Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 17. März 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 64

Keine faulen Kompromisse!

Der hallische Metall-Schiedsspruch unannehmbar

Der hallische Metall-Schiedsspruch trennt die Arbeitszeit-Vereinbarungen vom Manteltarif. Erstere sollen erstmalig zum 31. Oktober 1927 kündbar sein, letzterer — derselbe wie bisher — zum 31. März 1928. Am 23. März, also am Mittwoch nächster Woche, läuft die Erklärungsfrist beider Parteien ab.

Es ist anzunehmen, daß die Reformisten den Spruch ohne weiteres anzunehmen bereit sind, da er „grundsätzlich" die 48-Stunden-Woche vorsieht.

Wir haben bereits gestern schon einmal darauf hingewiesen, wie durch die Klausel, „im Benehmen mit der Betriebsvertretung" **tatsächlich die 52-Stunden-Woche durch** den Spruch festgesetzt wird, da „im Benehmen" nur als „Mitteilung" an den Betriebsrat ausgelegt wird. Nicht umsonst heißt es nur in dem nachfolgenden Absatz (3), daß eine Verlängerung über 52 Stunden nur mit „Zustimmung" der Betriebsvertretung erfolgen könne.

Eine besondere Klausel enthält Absatz 3 auch insofern, als die 52-Stunden-Woche tunlichst mit Sonnabendfrühschluß festgesetzt werden soll, „wenn der gleiche technische und wirtschaftliche Nutzeffekt nicht durch Mehreinstellung von Arbeitern erreicht werden kann". Für die ersten drei Ueberstunden gibt es dann 10 Prozent Zuschlag und für die vierte Stunde 15 Prozent.

Dieser Passus erfordert eine große Aufmerksamkeit und Aktivität der Betriebsräte, da die Unternehmer ihnen stets „beweisen" werden, daß Neueinstellungen nicht möglich seien, während sie im Interesse ihrer werktätigen und erwerbslosen Kollegen das Gegenteil zu beweisen haben. Wenn die 48-Stunden-Woche tatsächlich durch den Schiedsspruch wieder eingeführt werden sollte, warum denn überhaupt die Absätze 2 und 3?

Die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft kann diesem Schiedsspruch nicht die Zustimmung geben. Das muß den DMV.-Instanzen aus allen Betrieben und in allen Verbandsveranstaltungen deutlich gesagt werden.

Steigende Bewegung auch bei den Werftarbeitern

Stettin, 17. März.

Die Stettiner Werftarbeiter nahmen in den einzelnen Branchen zur Lohnbewegung Stellung. Nach scharfer Kritik der Taktik des DMV. wurde die **Forderung eines Stundenlohnes von 1 Mk.**, 95 und 85 Pf. erhoben und zugleich die Verbindung des **Lohnkampfes mit dem Kampf um den Achtstundentag** verlangt.

*

(WTB.) **Köln**, 16. März.

In der Lohnfrage in der **Metallindustrie des oberen Kreises Solingen** ist es zu einer Einigung gekommen. Der Arbeitgeberverband hat nach der Streichung einer Bestimmung des jüngsten Schiedsspruchs, wonach den in Kündigung stehenden Arbeitern einzelner Firmen **eine besondere Lohnerhöhung** zuteil werden soll, seinen Einspruch gegen diesen Schiedsspruch zurückgezogen. Die Arbeiter erhalten eine **Lohnerhöhung von 8 bis 12 Prozent auf den Stundenlohn, während alle Akkordlöhne um 5 Prozent erhöht werden.** In der Arbeitszeitfrage hat jetzt der Schlichter die Entscheidung zu treffen.

*

Die Saar-Bergarbeiter für Streik

(Eig. Meld.) **Saarbrücken**, 17. März.

Die am 12. März stattgefundene Revierkonferenz des BAV. beschloß, über den Lohnabbau in keinerlei Form mehr verhandeln zu lassen, sondern **auf das jämmerliche Verhandlungsergebnis mit dem Streik zu antworten.** Weil der Lohnabbau ein allgemeiner ist, verlangte die Revierkonferenz von ihrer Verbandsleitung, daß sofort die nötigen Schritte zur Einberufung eines **Kongresses der freien Gewerkschaften im Saargebiet** unter Zuziehung von Delegationen christlicher, Ruhr-, lothringischer und französischer Gewerkschaften unternommen werden.

*

Die vorstehenden Meldungen sowie eine Reihe **Streikmeldungen aus einzelnen Betrieben der verschiedensten Industrien** zeigen deutlich, wie die Welle der Abwehrkämpfe gegen die tägliche Provokation der Unternehmer und der Bürgerblockregierung im Steigen begriffen ist. Im **Ruhrgebiet** wächst die Bewegung der Bergarbeiter für einen Kampf um die Siebenstundenschicht; ein Teil der zum 26. März mit Aussperrung bedrohten Arbeiterschaft der **keramischen Industrie** steht bereits im offenen Kampf.

Die Werktätigen Mitteldeutschlands schauen jetzt insbesondere auf die Metall- und Chemiearbeiter, bei denen Verhandlungen schweben, von denen sie erwarten, daß sie **unter keinen Umständen sich auch nur einen Schritt von ihren Forderungen zurückdrängen lassen.** Sie verfolgen genau, inwieweit die Bergarbeiter auf den im Mai unausbleiblichen Kampf sich rüsten.

Die mitteldeutschen Unternehmer aller Zweige machen ungeheure Gewinne, teilweise haben trotz Rationalisierung, infolge riesiger Erweiterung der Produktion, Neueinstellungen Platz gegriffen. Diese Zeit gilt es auszunutzen. **Zwingt die Verbände zu aktiver Kampfesführung, nutzt die Kartelle des ADGB. aus zu gründlicher Massenmobilisierung. Jeder Betrieb ein Feld der Kampfesorganisierung!**

800000 Metallarbeiter für den Kampf um den Achtstundentag

Wir entnehmen den folgenden Artikel, der noch vor dem Schiedsspruch für Mitteldeutschland geschrieben wurde, der Berliner „Roten Fahne".

In der Metallindustrie, dem größten und wichtigsten Industriezweig Deutschlands, laufen zum 1. April eine große Anzahl bezirklicher Arbeitszeit- und Lohntarife ab. In Kündigung stehen die Metalltarife in den Bezirken Groß-Berlin (VBMT.-Rahmenvertrag, Ablauftermin 6. April), Freistaat Sachsen (mit Ausnahme des Bezirks Leipzig), Halle-Merseburg-Magdeburg-Anhalt, Großthüringen, Frankfurt-Hessen, Württemberg-Baden sowie der Werftarbeiter-Lohntarif für die ganze Wasserkante. Diese am 1. April fälligen Tarife umfassen eine Arbeiterschaft von rund 800 000 Personen. Dazu kommt am 1. April noch der Tarifablauf von zahlreichen Orts- und Branchentarifen des Metallgewerbes in fast allen Bezirken des Reiches. Im Saargebiet versuchen die Unternehmer den Achtstundentag durch eine Aussperrung von 50 000 Metallarbeitern zu beseitigen.

Die bisherigen Tarife aller obengenannten Bezirke sehen Arbeitszeiten von mehr als 48 Stunden vor. Da gegenwärtig der Kampf um die Zurückeroberung des Achtstundentages im Mittelpunkt steht, da selbst die SPD. und der ADGB. seit Monaten den Kampf um den Achtstundentag im Munde führen, so bietet die jetzige Tarifbewegung von 800 000 Metallarbeitern die beste Gelegenheit, eine wuchtige und umfassende Mobilisation für einen systematischen und erfolgreichen Kampf vorzubereiten. Die Aussicht auf einen Erfolg ist um so größer, als zurzeit allgemein ein Ansteigen der Konjunktur in wichtigen Zweigen der Metallindustrie, Werften, Stahl- und Eisenerzeugung, Elektroindustrie u. a., sogar eine Hochkonjunktur zu verzeichnen ist.

Welche Politik und Taktik schlägt angesichts dieser Sachlage die Führung des DMV. ein?

An der Tätigkeit der Verbandsinstanzen kann man nicht feststellen, daß fast die Hälfte aller Metalltarife in Kündigung steht. Im Verbandsorgan, der „Metallarbeiterzeitung", ist von der umfangreichen Tarifbewegung so gut wie nichts zu lesen und zu merken. Die bezirklichen und örtlichen Verbandsinstanzen sind genau so passiv wie die Verbandsspitze. Ihre ganze Taktik beschränkt sich darauf, Verhandlungen vor den Schlichtungsbehörden einzuleiten und zu führen. Dagegen wird nicht das geringste unternommen, um eine Stellungnahme der Mitglieder zu den Tariffragen und Forderungen, geschweige denn eine Massenmobilisation herbeizuführen. Umgekehrt. Die Bureaukratie tut alles, um jede Aktivität, jede Bewegung in der Mitgliedschaft oder gesamten Metallarbeiterschaft zu verhindern.

In Branchen-, Stadtbezirks-, ja selbst Generalversammlungen wird die Besprechung von Tariffragen systematisch, weil angeblich „nicht zuständig", unterdrückt. Es werden statt dessen langweilige Vorträge oder Hetzreden gegen die Kommunisten gehalten. Teilweise wird selbst Betriebsversammlungen verboten, über die schwebenden Lohn- und Arbeitszeitforderungen zu sprechen oder Beschlüsse zu fassen. Da, wo dies nicht verhindert werden kann, sabotiert oder mißachtet die reformistische Bureaukratie derartige Beschlüsse konsequent.

In Berlin, wo der Tarif für etwa 180 000 Metallarbeiter gekündigt ist, hat die sozialdemokratische Ortsverwaltung von sich aus noch keine einzige Mitglieder-, Branchen- oder Betriebsversammlung einberufen, um zur Tarifbewegung oder gar zum wirklichen Kampf um den Achtstundentag Stellung zu nehmen. Nichts, aber auch gar nichts, wird von ihr getan, um eine Massenbewegung zu entfachen und Mitgliederwerbung durchzuführen. Hier wird in allen General- und Branchenversammlungen die Behandlung der Lohn- und Arbeitszeitfragen von den sozialdemokratischen Führern abgewürgt.

Damit ist bewiesen, daß die reformistischen Führer bewußt und absichtlich jede Massenbewegung zu verhindern versuchen, jede Aktivität und Kampfstimmung der Mitgliedschaft und daher jeden Kampf im voraus unterdrücken und erdrosseln wollen. Werden dann von den Schlichtungsinstanzen, die unter diesen Umständen unter keinerlei Massendruck stehen, die miserablen Schiedssprüche gefällt, dann werden sie von der Bureaukratie zur Annahme empfohlen, weil „wegen Passivität der Arbeiter" kein anderer Ausweg, kein Kampf möglich sei. Tatsächlich ist dann nach einer solchen

Wir alle marschieren

Sonntag zu den Gräbern der Märzgefallenen

Wir demonstrieren

gegen Bürgerblock, Trustkapital und Imperialismus

Das ist die deutsche Republik!

25000 Mark für Jürgens — 1½ Millionen für Wilhelm

Berlin, 16. März.

Wie die VS.-Korrespondenz mitteilt, finden im Justizministerium bereits Beratungen darüber statt, wie man Jürgens weiter beschäftigen wird. Die Beratungen stehen kurz vor dem Abschluß. Man will Jürgens als Kammervorsitzenden weiterverwenden und ihm einen gutbezahlten und sehr angenehmen Posten im Rang eines Landgerichtsdirektors in der Justizverwaltung übergeben. Dadurch fällt Jürgens die Treppe herauf. Heute soll Jürgens höchst persönlich im Justizministerium empfangen werden. Weiter teilt dieselbe Korrespondenz mit, daß Jürgens eine Entschädigungssumme von 25 000 Mark wegen der verbüßten Untersuchungshaft erhalten soll.

Zur gleichen Zeit werden interessante Tatsachen bekannt über die Abfindung Wilhelm des Ausgerissenen. Die preußische Regierung mit Severing und Braun an der Spitze hat dem ehemaligen Kaiser für das Schloß Urville in Lothringen 1½ Millionen Goldmark Entschädigung angeboten und ausgezahlt. Dieses Schloß kam vorgestern auf der Bürgermeisterei von Remilly in der Nähe von Metz zur öffentlichen Versteigerung, da es vom französischen Staat beschlagnahmt worden ist. Das Schloß mitsamt Park und Inhalt ging für 375 000 Franken, das sind rund 75 000 Goldmark, in den Besitz eines Pariser Großindustriellen über. Damit ist der Beweis geliefert, daß man Wilhelms angebliches Eigentum um mehr als das 20fache überzahlt hat aus den Steuergroschen der Werktätigen.

Etwas anders in Sowjet-Rußland . . .

London, 16. März.

Die Kaufleute Englands und des Kontinents bekunden ein lebhaftes Interesse für die von der Sowjetregierung veranstaltete Veranktionierung der russischen Kronjuwelen bei Christie in London. Ein Hochzeitsdiadem wurde von einem Pariser Kaufmann für 6100 Pfund Sterling erstanden.

52 ungarische Genossen vor dem Standgericht

Protestiert gegen die Henkerjustiz!

(Eig. Drahtm.) **Budapest**, 17. März.

Laut Beschluß der Budapester Staatsanwaltschaft werden Szanto und 52 Genossen vor das Standgericht gestellt. Die Verhandlung findet innerhalb zehn Tagen statt. Der Beschluß der Budapester Staatsanwaltschaft wurde auf Antrag des berüchtigten Blutrichters Miskolczy gefaßt. Miskolczy wurde vor kurzem zum Senatspräsidenten der Königl. Tafel ernannt, doch hat man die Vorbereitung dieses Prozesses noch seinen zuverlässigen Händen anvertraut.

50 Kilometer vor Nanking

Schanghai, 16. März.

Nach eben eingetroffenen Nachrichten sind Kämpfe zwischen Wuhu und Nanking, etwa 50 Kilometer von der letzten Stadt, im Gange. Die Drahtverbindung ist zwischen Nanking und Taipingfu unterbrochen.

Weiße Truppen abgeschnitten

London, 16. März.

Amtliche englische Mitteilungen besagen, daß die weißen Truppen bei Schanghai abgeschnitten sind, weil die Kanton-Truppen Pengpu eingenommen haben. Damit ist die Eisenbahn zwischen Schanghai und Nanking besetzt.

Aufbauarbeit der Kuomintang

Hankau, 15. März.

Die zurzeit tagende Session des Exekutivkomitees der Kuomintang beschloß, neue Ministerien für Arbeit, Aufklärung, Landwirtschaft, Industrie und Gesundheitsschutz zu schaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0001

„Vorbereitung" die Masse im entscheidenden Moment nicht mobilisiert und meist nicht fähig zu einem wirklichen und erfolgreichen Kampf. Die Taktik der Reformisten macht es auch unmöglich, daß die Zeit vor der Kündigung bis zum Ablauf des Tarifs zu einer Stärkung des Verbandes, zu einer wuchtigen Mitglieder-Werbeaktion ausgenützt werden könnte.

Die Gefahren, die der Metallarbeiterbewegung, dem Kampf um den Achtstundentag und Lohnerhöhung aus der reformistischen Taktik erwachsen, sind riesengroß und jedem Arbeiter klar, wenn sie ihm dargelegt werden.

Hier ist das Feld, wo alle klassenbewußten Gewerkschaftsmitglieder sich mit Einsatz ihrer ganzen Kraft betätigen müssen. Die erste Forderung, die überall, in jedem Betrieb, jeder Versammlung erhoben werden muß, ist:

Heraus mit den Tarifsragen, mit den Forderungen über Lohn- und Arbeitszeit aus der Dunkelkammer bureaukratischer Konventikel und Schlichtungsbehörden ans Licht der öffentlichen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen.

Unter diesen Losungen müssen die kommunistischen Betriebszellen und Fraktionen überall ihre Kollegen aufrütteln. Unter dem Massendruck muß in jeder Versammlung die Behandlung der Tarifsragen und Forderungen erzwungen, müssen die Massen zum Kampf vorbereitet und für den Eintritt in den Verband gewonnen werden. Immer und immer wieder gilt es dabei zu betonen: **der Verband, das ist nicht die Bureaukratie mit ihrer Geheimdiplomatie, der Verband, das sind die zum Kampf für ihre Interessen zusammengeschlossenen Proletarier, das ist die aktive Mitgliedschaft. Für den Verband, zum Kampf gegen das Unternehmertum, nicht für die Bureaukratie, werben wir Mitglieder.**

Der Essener Parteitag der KPD. hat in seinen Verhandlungen und Beschlüssen beim allgemein politischen, wie speziell gewerkschaftlichen Referat den Weg gewiesen, hat gezeigt, daß die Wirtschaftskämpfe der Mittelpunkt und die Achse des proletarischen Kampfes gegen Kapital und Reaktion sind. Diese Beschlüsse gilt es besonders bei der Metallarbeiterbewegung lebendig zu machen. Die Metallarbeiterschaft darf sich durch die lähmende Kampfsabotage der reformistischen Führer keine Sekunde entmutigen lassen. Alle ehrlichen, alle oppositionellen und revolutionären Proletarier ans Werk. Sie müssen die Initiative ergreifen, die faktische Führung in der Gewerkschaft erkämpfen und mit der Gewerkschaft den Kampf um Achtstundentag und mehr Lohn durchführen.

Der Schandparagraph 57 der Erwerbslosenversicherung angenommen

Im Sozialpolitischen Ausschuß wurde in der Sitzung am 16. März der § 57 der Erwerbslosenversicherung, nachdem an der verschärften Formulierung, die von den Bürgerblockparteien vorgelegt worden war, nur unwesentliche Aenderungen vorgenommen, **gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten angenommen.** Die traurigste Rolle bei der Beratung der Erwerbslosenversicherung spielt das Zentrum, das zum Vorkämpfer der Antistreikfront geworden ist. Insbesondere ist es der zentrümliche Auchgewerkschaftsführer André, der ganz offen und brutal die Unternehmerinteressen vertritt. Allerdings konnte sich André in seiner scharfmacherischen Rede darauf berufen, daß im Reichswirtschaftsrat **auch Sozialdemokraten für das Kompromiß gestimmt haben,** das von der Regierung und den Regierungsparteien als Grundlage ihrer Formulierungen zum § 57 genommen wurde.

Im Anschluß an die Abstimmung über den § 57 sprach der Regierungsvertreter über den von der Regierung vorgelegten Entwurf über den Aufbau der Organisation der Erwerbslosenversicherung. Die nächste Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses findet am Donnerstag, dem 17. März, statt.

Sowjet-Rußland als Friedensfaktor

Ein Eingeständnis der „Leipziger Volkszeitung"

Seit einigen Tagen veröffentlicht die „Leipziger Volkszeitung" längere Leitartikel, die sich mit dem Problem **England — Sowjet-Rußland** befassen und die Kriegsgefahr aufzeigen, die durch das Vorgehen Englands gegenüber Sowjet-Rußland gegeben sind.

Wir behandelten gestern den Artikel: **„Hände weg von Sowjet-Rußland"** von Richard Kleineibst in der „Leipziger Volkszeitung". Am 15. März werden die Ausführungen Kleineibsts durch einen Artikel von Smilg Benario: **„Das Kriegsgespenst im Osten"** ergänzt. Während Kleineibsts Artikel die Bürgerblockpolitik gegen Sowjet-Rußland im Schlepptau des imperialistischen England beleuchtete — eine Politik übrigens, die keine spezifische Bürgerblockpolitik, sondern ebenfogut die Politik der führenden sozialdemokratischen Instanzen bis zu den linkssozialdemokratischen Instanzen ist, was Kleineibst natürlich vollkommen verschweigt — schildert der neue Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" in breitester Weise die systematische Einkreisungspolitik Englands gegenüber Sowjet-Rußland. Alle Momente dieser Einkreisungspolitik werden sorgfältig registriert, sei es der Mai-Umsturz Pilsudskis in Polen, sei es die Umwälzung in Litauen usw.

Diese Aufzählung rechtfertigt nachträglich all das, was wir als Kommunisten sofort bei Eintritt dieser Ereignisse ausführten, und beleuchtet jene zynische Nachlässigkeit der „Leipziger Volkszeitung", die sonst nicht genug sich über die kommunistische Presse lustig machen konnte, wenn sie — wie dies seit Jahren geschehen ist — auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht hat.

Am Schluß des Artikels führt Smilg Benario wörtlich aus:

„Es ist zwar **nicht möglich,** so wie die Dinge heute liegen, die **Gegensätze aus dem Wege zu schaffen;** aber es ist doch wenigstens möglich, auf der Basis der bestehenden Verträge solche Voraussetzungen zu schaffen, **die für längere Zeit eine friedliche Entwicklung im Osten gewährleisten würden.** Dies kann vor allem durch den Abschluß von **Sicherheitspakten** erreicht werden.

Die Sowjetunion bemüht sich schon seit über einem Jahre, mit den einzelnen sie umgebenden Ländern solche Sicherheitsverträge abzuschließen . . . Gleichzeitig wird von sowjetrussischer Seite die Behauptung aufgestellt, daß **England die Bestrebungen der Sowjetunion zum Abschluß von Garantieverträgen hintertreibe,** weil es bei einer evtl. kriegerischen Auseinandersetzung die Oststaaten als **strategisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion benutzen wolle.** Bis zu einem gewissen Grade wurden diese Anschuldigungen in diesem Sommer durch die bekannten Enthüllungen des estnischen Gesandten in Moskau, Birk, bestätigt."

Wir können diese Ausführungen nur unterstreichen. Sie bestätigen **exakt** die Auffassung, daß Sowjet-Rußland durch seine Pakt-Politik im Osten — **kein Mittel unversucht läßt, um den Frieden so lange wie möglich zu sichern,** und daß jeder Schachzug des imperialistischen England in den Randstaaten, der auf eine Einheitsfront der Randstaaten unter dem Protektorat Englands hinausläuft, **die schwerste Bedrohung des Friedens darstellt.**

Diese Töne sind **bemerkenswert in einem Blatt, das noch bis vor wenigen Tagen im Kielwasser Chamberlains schwamm,** Rußland als Störenfried hinstellte und die Politik Englands gegenüber Rußland höhnisch ignorierte.

Der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter hat an Stärke zugenommen. Sie sind des bisherigen Sowjetgranatengeschwätzes leid und sehen, daß diese ganze Politik imperialistische Chamberlain-Politik ist, geistige Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion.

Das Zollprogramm des Bürgerblocks

Der Zucker soll teurer werden — Neue Belastung der arbeitenden Massen

(Sppd.) **Berlin, 16. März.**

Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung vom Mittwoch, dem 16. März, stand die Durchpeitschung des Etats des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Dieser wichtige Etat soll in einer einzigen Sitzung durchgepeitscht werden. Die Redezeit für jede Fraktion beträgt eine Stunde. Genosse Torgler beantragte die Redezeit auf mindestens 1½ Stunde zu verlängern. Die Notlage der kleinen Bauern und die Fragen der Brot- und Getreidepreise müßten eingehend debattiert werden.

Der Antrag wurde vom Bürgerblock gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die kommunistische Fraktion beantragt:

Als Beihilfen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für unentgeltliche fachwissenschaftliche Kurse, Filmvorführungen usw., für Landfrauen und Landarbeiter, sowie für Anstellung von bäuerlichen Wirtschaftsberatern 5 Millionen;

zur Gewährung von billigen Darlehn und den Bezug von Düngemitteln für Kleinbauern 50 Millionen;

zur Gewährung zinsloser Notstandskredite an durch Elementarschäden, Seuchen geschädigte Bauern, Kleingewerbetreibende, Fischer und Häusler 100 Millionen.

Reichsernährungsminister Schiele

verlangt in seiner Begründung des Etats, daß der Landwirtschaft (lies: den Großagrariern. D. Red.) als dem Grundpfeiler des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens auch der **Einfluß in der Gesamtpolitik eingeräumt werde,** der ihr als „Hort vaterländischer Kultur" gebühre.

Die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel habe in den letzten beiden Jahren 4 Milliarden betragen. Das Ziel müsse ein **Agrarindustriestaat** sein, der in seinem nationalen Machtbereich seine Grundlage auf die eigene Wirtschaft stütze.

Der agrarische Zollschutz sei kein Geschenk an die Landwirtschaft (!), sondern eine Sicherungsmaßnahme (!) für die künftige Ernährung und Existenz der städtischen Verbraucher. Die Regierung sei deshalb entschlossen, in kürzester Frist eine Vorlage dem Reichstag zu unterbreiten, durch die der rübenbauenden Landwirtschaft und der Zuckerindustrie der erforderliche Zollschutz gewährt werde.

Eine Politik in diesem Sinne (im Sinne einer verschärften Wucherzollpolitik. D. Red.) sei richtige **Produktionspolitik** und zugleich auch wirksamste Lohnpolitik (!). Ein soziales Agrarprogramm biete neue Aufstiegsmöglichkeiten zur Selbständigkeit und Eigentum.

Abg. Thomsen (Dn.) spendet selbstverständlich dem Landwirtschaftsminister Dr. Schiele großes Lob für sein Programm. **Die erleichterte Einfuhr polnischer Schweine nach Oberschlesien würde die Schweinezucht ruinieren. Darum habe die Landwirtschaft aufgeatmet, als die Verhandlungen mit Polen abgebrochen wurden.**

Sodann spricht Genosse Hörnle:

Der einzige Punkt, über den sich Minister Schiele ganz klar und konkret aussprach, war die **Frage der Schutzzölle.** Aber auch hier hat er nicht die ganze Wahrheit gesagt. Das ganze Schutzzollprogramm der Landbündler wurde vor wenigen Tagen vom Brandenburgischen Landbunde veröffentlicht. Der Brandenburgische Landbund, der Auftraggeber des Herrn Schiele, erklärte:

„Wir fordern für alle Zollpositionen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse die jetzigen autonomen Sätze als Mindestsätze. Darüber hinaus fordern wir bei endgültiger Regelung der Zollgesetzgebung eine allgemeine Erhöhung des deutschen autonomen Zolltarifs."

Also Erhöhung der Agrar- wie der Industriezölle! Das bedeutet ein gewaltiges Emporschnellen aller Preise für die werktätigen Massen. Als besonders dringlich fordert der Landbund einen Schutzzoll auf Frischmilch, Erhöhung des Kartoffelzolls, des Mehlzolls, des Zuckerzolls, erhöhter Zollschutz für Butter, Käse, Schmalz, Fleischwaren, Eier, Aufhebung der bisher geltenden Vergünstigungen für Polen, Frankreich und Italien in bezug auf Schweine, Gemüse und Obst.

Das ist also das Ernährungsprogramm des Reichsernährungsministers und des gesamten Bürgerblockkabinetts: **ein Programm der Ausplünderung und Auswucherung der arbeitenden Massen.**

Reichstag für ein halbes Jahr ausgeschaltet?

Berlin, 16 März.

Die Bürgerblockparteien haben, wie die „Vossische Zeitung" meldet, die Absicht, den Reichstag im Mai für ein halbes Jahr zu vertagen und ihn erst im November wieder zusammentreten zu lassen. In der Zwischenzeit soll die Regierung das Schulgesetz und die Konkordatsvorlage ausarbeiten und die öffentliche Meinung entsprechend bearbeiten.

Es gibt keine völkische Reichtagsfraktion mehr

Die nationalsozialistischen Abgeordneten des Reichstags haben an den Vorsitzenden der Völkischen Arbeitsgemeinschaft, von Graefe, die Aufforderung gerichtet, ihnen den Vorsitz der Fraktion der Völkischen Arbeitsgemeinschaft abzutreten, da sie jetzt die stärkste Gruppe der Fraktion sei. Graefe hat sich geweigert und die nationalsozialistischen Abgeordneten haben ihren Austritt aus der Völkischen Arbeitsgemeinschaft erklärt. Damit hat die völkische Fraktion zu bestehen aufgehört.

Die völkischen Gruppen haben in der Periode des Bürgerblocks keine große Bedeutung mehr. An ihre Stelle sind die weit wichtigeren und größeren Gruppen des Stahlhelm und des Jungdo getreten. Die Völkischen werden von der Bourgeoisie fallengelassen, bis man sie später noch einmal braucht.

Kämpfe in der Metallindustrie

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 17. März.

Am Mittwoch sollten im Hause des Vereins Berliner Metallindustrieller (VMMI.) die **Verhandlungen über die Erneuerung des Rahmenvertrags für die Berliner Metallindustrie** beginnen. Gleichzeitig standen die Lohnforderungen der Metalltransportarbeiter, die in ihrer Mehrzahl im Deutschen Verkehrsbund organisiert sind, mit zur Verhandlung. Zum Rahmenvertrag erklärten die Unternehmer provokatorisch, daß es darüber keine Verhandlungen gäbe. Vor Zustandekommen des Arbeitszeitnotgesetzes sei die Lage überhaupt unübersichtlich. Ein Zugeständnis in der Arbeitszeitfrage komme für den VMMI. nicht in Betracht. Die Unternehmer seien lediglich bereit, den Rahmenvertrag vorläufig um acht Wochen zu verlängern und über die Lohnforderungen der **Hilfsarbeiter** sofort zu verhandeln. Schließlich beschlossen sie, um eine sofortige Verhandlung über die Hilfsarbeiterlöhne herbeizuführen, **in eine Verlängerung des Rahmenvertrags einzuwilligen, jedoch nur um vier Wochen.** Darauf kam schließlich eine Einigung zustande. Der Rahmenvertrag, der am 6. April ablaufen sollte, wurde bis 30. April verlängert. Die Verhandlungen über die Hilfsarbeiterlöhne sollen in der nächsten Woche zum Abschluß kommen.

(Eig. Meld.) **Suhl,** 16. März.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Metallindustrie Suhls haben auf einer stark besuchten **Betriebsrätevollversammlung** beschlossen, gegen die erneuten Verschleppungsmethoden des Schiedsamtes zu protestieren. Es wird verlangt, daß die gestellten Minimalforderungen: Einheitlicher Stundenlohn von 74 Pf. und Achtstundentag ohne jede Ausnahme entweder bewilligt oder aber durch **Streik** durchgesetzt werden.

In **Ruhla** hat, dem Beispiel des Suhler Gewerkschaftskartells folgend, der Ortsausschuß des ADGB. sich in einem Aufruf an die Metallarbeiter Ruhlas und Umgebung gewandt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die **Hungerlöhne der Ruhlaer Metallarbeiter** für gelernte Arbeiter 35 bis 59 Pfennig, für angelernte 36 bis 52 Pfennig und für ungelernte 32 bis 46,8 Pfennig betragen. Jugendliche erhalten nur 16 bis 25 Pfennig, Frauen im Durchschnitt die Hälfte des Lohnes eines gelernten Arbeiters, also 16 bis 33 Pfennig. Bei diesem geringen Lohn, der zum notwendigen Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie, bei den steigenden Miet- und Lebensmittelpreisen nicht ausreicht, werden Frauen und Kinder gezwungen, **Heimarbeit** zu verrichten. In stickigen Arbeiterwohnungen arbeiten Hunderte von Kindern für das Ruhlaer Unternehmertum. Bei teilweisen Stundenlöhnen von 3 bis 4 Pfennig herrscht schlimmste **Kinderausbeutung** trotz „Kinderschutzgesetz". Das Gewerkschaftskartell fordert zum Kampf gegen die schandbaren Zustände auf für folgende Forderungen: **Achtstundentag ohne Ausnahme und ohne Durchbrechung, restlose Einstellung sämtlicher Erwerbslosen, 74 Pf. Stundenlohn für alle Metallarbeiter.**

Durcheinander in der SPD.

Unsere Behauptung, daß der Völkerbund eine Steigerung der Kriegsgefahr bedeutet, ist von den Sozialdemokraten immer als ein Beweis kommunistischer Bosheit zurückgewiesen worden. Jetzt veröffentlicht die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme" einen Artikel, der zu den gleichen Ergebnissen kommt. Die „Volksstimme" schreibt:

„Völkerbund, Paneuropa (Alleuropa), Zollunion, Kontinental-Europa — alles das sind nur verschiedene Namen für einen einzigen großen Sammelbegriff, den Weltimperialismus, der seine letzte und höchste Stufe zu erklimmen beginnt . . .

Auswärtige Aemter finanzieren pazifistische Organisationen, reaktionäre Parteien schlüpfen in das Gewand der Liga für Völkerbund . . .

Ob Nationalstaat oder Staatenbund, der Sozialist muß wissen, daß der kapitalistischen Gesellschaft die **Unterdrückungstendenz** und die **Kriegsgefahr im Wesen eingeboren** und daß die Größenverhältnisse daran nur insoweit etwas ändern können, als die Zusammenstöße dementsprechend fürchterliche und die Wunden des Proletariats schmerzhafter werden . . . **Paneuropa auf dem Kriegspfad!** Was bedeutet das für uns? Das bedeutet: **Abwehraktion** des europäischen Proletariats auf der ganzen Linie, bedeutet Eroberung der Macht, wo immer wir zur Macht gelangen können, bedeutet schärfstes Mißtrauen gegen den Völkerbund und seine Spielarten, bis ein wahrer Völkerbund daraus geworden ist."

Die „Volksstimme" verhöhnt auch die sozialistisch gefärbten Kontinental-Europäer unter der Führung des Sozialdemokraten Quessel, der durch seine pazifistische Ideologie die Arbeiterschaft über die Kriegsgefahr zu täuschen sucht.

Wenn der Sozialdemokratische Pressedienst und seine Provinz-Kopfblätter, wie „Volksblatt" und „Volksbote" wieder einmal unser Urteil über den Völkerbund als Ausfluß russisch-imperialistischer Tendenzen bezeichnen sollten, dann werden wir ihm die Aeußerung der sozialdemokratischen „Volksstimme" entgegenhalten.

Das Angebot der österreichischen Kommunisten von den Sozialdemokraten abgelehnt

Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat den öffentlichen Vorschlag der österreichischen Kommunisten, die bereit waren, für die sozialdemokratische Liste bei den Nationalratswahlen zu stimmen, wenn sich die Sozialdemokratie zum Kampf für die wichtigsten Forderungen der Werktätigen verpflichtet hätte, abgelehnt. Der sozialdemokratische Parteivorstand teilte der Kommunistischen Partei mit: Die Sozialdemokratie könne im Wahlkampf selbstverständlich nur für ihr eigenes Programm kämpfen und sich, falls sie die Mehrheit erobere, selbstverständlich nur von den Grundsätzen ihres eigenen Programms leiten lassen. Der Parteivorstand sei daher nicht in der Lage, zu diesem Zwecke von Wahlvereinbarungen mit anderen Parteien in Verhandlungen über das Programm der Sozialdemokratie einzutreten.

Diese Ablehnung erfolgt in einem Augenblick, wo die Gefahren für die Werktätigen Oesterreichs größer sind als sie jemals waren. Die Bourgeoisie rüstet zum faschistischen Putsch, weil ihr selbst die bürgerliche Scheindemokratie zur vollständigen Niederwerfung der österreichischen Werktätigen nicht genügt. Die Sozialdemokratische Partei propagiert als entscheidendes, als einzig geeignetes Mittel für Abwehr der Bourgeoisie die Erringung einer parlamentarischen Mehrheit. Die Kommunisten hatten die Sozialdemokratie in aller Oeffentlichkeit vor die Frage gestellt, wofür diese Mehrheit ausgenützt werden soll. Durch seine Antwort hat der sozialdemokratische Parteivorstand klar und öffentlichtlich erwiesen, daß er die parlamentarische Mehrheit nicht zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen, sondern zur Fortführung der Koalitionspolitik anstrebt.

Die Kommunistische Partei Oesterreichs wendet sich daher jetzt mit einem Aufruf an die österreichischen Arbeiter, in dem sie sie auffordert, nunmehr den Kampf für die kommunistische Partei aufzunehmen, die selbständig in den Wahlkampf tritt, um für das Programm des entschlossenen einheitlichen Kampfes der Werktätigen zu demonstrieren und gleichzeitig diesen Kampf gegen die faschistische Bourgeoisie und die koalitionsfreundliche „linke" Sozialdemokratie zu organisieren. Der Aufruf gipfelt in der Feststellung, daß die Sozialdemokratie durch ihr Verhalten jetzt eindeutig aufgezeigt habe, daß ihre Losung, die fehlenden 350 000 Stimmen für die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen, keinen anderen Zweck als den der Ablenkung der Massen vom unmittelbaren Kampfe um die proletarischen Daseinsinteressen hat.

Wachsender Einfluß der Kommunisten in Schanghai

(Inprekorr.) **Schanghai,** 16. März.

Die demokratische Bewegung in Schanghai breitet sich aus. Zurzeit finden Delegiertenwahlen für die Schaffung der sogenannten nationalen Delegiertenversammlung statt, die nach dem Fall Schanghais die Macht übernehmen sollen. Zurzeit wählen die Fabrikarbeiter, Schullehrer, Kaufleute und Studenten. Eine von 200 Delegierten besuchte Vorversammlung ernannte eine Kommission zur Ausarbeitung der Satzungen des neuen Organs auf der Grundlage der Vertretung der Fabriken, Gewerkschaften, öffentlichen Körperschaften und der politischen Parteien. Die Delegiertenversammlung wählte ein Exekutivkomitee von 31 Mitgliedern, darunter 16 Vertreter der Arbeiter- und Studentenorganisationen. **Die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei sind die Träger und Förderer der neuen Bewegung. Besonders bemerkenswert ist, daß mehrere Mitglieder des neugewählten Exekutivkomitees direkt als Kandidaten der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes gewählt wurden.** An der Delegiertenversammlung nahmen auch Vertreter der Schanghaier Seeleute, die vor kurzem zur Nationalregierung übergetreten sind, und einige Truppenteile Schanghais teil.

Die Lodzer Metallarbeiter sind in den Solidaritätsstreik für die **Textilarbeiter** getreten. Zahlreiche Mitglieder des Streikkomitees wurden verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0002

Die Lage der arbeitenden Jugend

Referat des Genossen Geschke auf dem XI. Parteitag

Der Umklammerungsoffensive der Unternehmer der Bourgeoisie, r Regierung, der Kapitalisten hat die deutsche Arbeiterklasse die rbeitliche Abwehr und Einheitsfront der Arbeiter entgegenzu llen. Alle diese Kämpfe, die von der Bourgeoisie gegen die Ar iterklasse und von der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ge hrt werden, sind Klassenkämpfe. Wir müssen bei diesen Klassen mpfen der Bourgeoisie feststellen, daß eine großzügige Strategie awaltet. Die Bourgeoisie, die Kapitalisten, die Regierungen, die irgerlichen Parteien, die christlichen Organisationen einschließlich PD. und ADGB., haben sich auf die Aussonderung und Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse, auf die Vernichtung der Einheitsfront der Arbeiterklasse eingestellt. Die Unternehmer drücken das sehr klar aus. Die Unternehmer sprechen nz offen aus, daß die Menschen nichts anderes sind, als eine Ware, daß der Mensch allgemein von erheblicherer Bedeutungslosigkeit ist, als der Mensch vor dem Arbeitsplatz. Notwendig ist ne auszubildende Menschenbehandlungstechnik. Also Verbesserung der Technik, der Zersplitterung, Zersetzung, Klassifizierung r Arbeiterschaft im Betriebe.

Aber es kommt noch etwas anderes in Frage. Wir sehen jetzt rade im Prozeß der Rationalisierung, daß eine Reduzierung der acharbeiter vor sich geht, daß eine Teilung der Arbeit vorgenommen wird, und die so geteilte mechanisierte und taylorisierte Arbeit wird durch ungelernte und angelernte Arbeiter vorgenommen, r allem durch jugendliche.

Die Löhne der jugendlichen Arbeiter

Betrachten wir, wie die Löhne der Lehrlinge und jugendlichen rbeiter beschaffen sind. Die Löhne der Metallarbeiter-Lehrlinge tragen in Deutschland im Durchschnitt 10 bis 20 Pf. pro Stunde n 4. Lehrjahr bei 57stündiger Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt nach der Erhebung des DMV. für jugendliche Metallarbeiterehrlinge unter 16 Jahren noch zum großen Teil 9½ Stunden, nd jugendliche Hilfsarbeiter, die jetzt gerade im Rationalisierungstoßen mehr in die Betriebe hineinkommen, erhalten ganze 2 Pf. ehr mehr, als die Lehrlinge der Metallindustrie.—

Achtzehnjährige Lehrlinge der Werkzeugindustrie erhalten 27 Pf. Stundenlohn, aber die Arbeitszeit in der Metallindustrie für diese jährigen Lehrlinge beträgt bis zu 15 Stunden, und innerhalb eser 15 Stunden müssen diese Lehrlinge ein Arbeitspensum leisten, as dem eines erwachsenen, alten Arbeiters in eunstündiger Arbeitszeit im Akkord gleichommt. So bekommen wir einen Einblick von Konkurrenz durch ehrlingsausbeutung gegen die Erwachsenen. Wenn ich von den Metallarbeitern als einem der höchst qualifizierten Berufe in eutschland gesprochen habe, so gestaltet mir, auf die männliche ugend der Landarbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren und ren Entlohnung in der Landwirtschaft hinzuweisen. Ich will icht sämtliche Zahlen aus den Bezirken, die wir in Deutschland ben, aufführen. Ich will nur darauf verweisen, daß zum Beisiel in der Provinz Ostpreußen das Gesamteinkommen eines ungen Landarbeiters von 14 Jahren pro Stunde zusammengesetzt ird aus einem Barlohn von 5,23 Pf. und einem Deputatlohn on 3,66 Pf., das macht zusammen 8,69 Pf.; ein 18jähriger jugendlicher Landarbeiter bekommt insgesamt 14,79 Pf. ausbezahlt. In nhalt bekommt der 14jährige junge Arbeiter 12,47 Pf. und der 18jährige insgesamt 20 Pf. Die Stundenlöhne der weiblichen ugendlichen Arbeiterinnen sind noch niedriger. In Ostpreußen kommt die weibliche jugendliche Arbeitskraft im Alter von 4 Jahren 8,89 Pf. und im Alter von 18 Jahren 12,2 Pf., gegenber 14,79 Pf. des männlichen jugendlichen Arbeiters. In Tzilsen bekommt der 18jährige jugendliche Arbeiter in der Landirtschaft 14,72 Pf. und der 14jährige Arbeiter 10,32 Pf. Das sind öhne, die in der Landwirtschaft bezahlt werden.

Mangel an Lehrstellen

Ein besonderes Kapitel ist der Mangel an Lehrstellen. n Beweis ist Berlin, wo tausende 14jährige Knaben und Mädhen keine Möglichkeit zur Erlernung eines Berufs haben. Solch n Jugendlicher wird also in das Erwerbslosenheer gestoßen. Er bekommt natürlich auch keine Erwerbslosenunterstützung, eil er ja nicht aus einem Betriebe kommt. In der Not wird er aufbursche oder ähnliches. Lehrlinge, die mit 18 Jahren ihre ehrstelle verlassen, finden meist keine Arbeit, weil sie angeblich icht genügend Kenntnisse haben, weil sie angeblich nicht über geügend praktische Erfahrungen verfügen und weil dann auch ein mmisser Tarifsprung vom Lohn des 18jährigen Lehrlings zum ohn des 18- bis 19jährigen Arbeiters hinzukommt. Ich will nicht ngehen auf das ganze Kapitel des Erwerbslosenelends bei den ugendlichen. Gegenüber diesem Erwerbslosenelend, das die irgerliche Gesellschaft selbst sieht, wird zu Maßnahmen gegriffen, ie ganz besonders charakteristisch sind und auf die ich die Aufmerksamkeit des Parteitages ganz besonders lenke. In Berlin erfolgt die Sammlung und Beschäftigung der erwerbslosen Jugend kleinen Gruppen. Sie werden zur Pflichtarbeit herangezogen, sie werden in Jugendheime gebracht unter dem Motto: Weg von der Straße!" Im Sommer werden sie draußen im reien untergebracht. Mitwirkende bei diesen „Bemühungen" der ourgeoisie, der Berliner Gemeindevertretung für die erwerbslose ugend, sind u. a.: Reichswehrkapellen. Daß dort ganz bestimmt icht die „Internationale", daß dort ganz bestimmt nicht unsere ampflieder gespielt werden, ist klar. Daß dort ihnen schon artiotisches, nationales Gift wieder eingeimpft wird, ist ebenfalls lar. In einigen Bezirken macht man die Auszahlung der Erwerbslosenbeihilfe vom Nachweis der Teilnahme an solchen Veranstaltungen abhängig.

Die Erwerbslosenfrage

In Frankfurt a. M. hat die Erwerbslosenfürsorge für jugendliche Arbeiter wieder einen anderen Charakter. In Frankfurt a. M. wird eine „große sozialpolitische Einrichtung für jugendliche Erwerbslose" geschaffen. Das Arbeitsamt hat zur Fortbildung der ugendlichen Erwerbslosen Pflichtkurse eingerichtet, zu denen alle ugendlichen verpflichtet sind. Die Kurse selbst sollen eine berufliche Ausbildung, eine allgemeine Bildung und allgemeine körperliche Ertüchtigung (!) bringen. Begründet wird diese Maßnahme es Arbeitsamtes mit der Bekanntmachung des § 15 der Erwerbsosenfürsorgeverordnung. Nach diesem Paragraphen ist das Arbeitsamt ermächtigt, die Gewährung einer Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen.

Hier wird der erste Schritt, wie in Berlin, zur Pflichtarbeit und um Arbeitsdienstpflichtgesetz unternommen. Und das ist ein Punkt, auf den wir ganz besonders unsere Aufmerksamkeit lenken müssen.

Was haben wir als Kommunistische Partei demgegenüber, und was hat unser Kommunistischer Jugend-Verband als Gegenforderung aufzustellen: Lehrwerkstätten, ja, Lehrwerkstätten in den Betrieben, unter der Aufsicht von Staat und Stadt. Die Beschäftigung dort darf nur zu tariflichen Bedingungen geschehen.

Methoden der Bourgeoisie gegenüber der arbeitenden Jugend

Und, Genossen, ein kurzes Wort setzt zur Frage der Rationalisierung, zu der verstärkten Welle des Elends, der Krankheit, der Not, die über die Arbeiter-Jugend, männliche und weibliche, hereinbrechen ist und sich noch weiter verstärkt. Jugendliche Arbeiter im Fließband, zu immer größerer Hetzarbeit getrieben, erliegen schneller dem Hetztempo. Die Krankheitsziffern unter den jugendlichen Arbeitern wachsen an. Die Arbeiterschaft hat die Verpflichtung, die Interessen dieser Jungarbeiter in den rationalisierten Betrieben besser als bisher zu vertreten. Wir können heute schon bei den jugendlichen Arbeitern noch klarer als bei den Erwachsenen feststellen, daß im Rationalisierungsprozeß der Radikalisierungsprozeß wächst. Die bürgerliche Gesellschaft spricht von einer Frühreife der Jugend. Jawohl, es ist eine Frühreife, aber diese Frühreife ist ein Heranreifen des Klassenbewußtseins, eine Erkenntnis der Lage, in der sie leben. Wir werden diese Erkenntnis ausbauen und festigen, fundieren. Wir werden in diesem Radikalisierungsprozeß der Jugendlichen sie zu klassenbewußten Kämpfern erziehen.

Diesem Radikalisierungsprozeß muß sich die bürgerliche Gesellschaft um ihrer selbst willen entgegenstellen. Die Jugend soll ja ihr Jungborn sein, die ihrer Gesellschaftsordnung neue Säfte und Kräfte zuführt. Und, um diese Jungbronnen zu erhalten, bedienen sich die Unternehmer der verschiedensten Organisationen, der Parteien, der Presse, der staatlichen und städtischen Jugendpflege, der gesetzlichen Jugendschutzes, der Kirche und Schule. Welches sind die Methoden dieser kapitalistischen Jugendfürsorge? Ihr kennt die Gelben aus den Betrieben, gegen die wir schon vor 1914 rücksichtslos kämpften. Wir kennen ihre gelbe Wirtschaftspolitik. Wir kennen die Jugendheime in Leverkusen, Zeiß-Jena, Siemens-Berlin. Wir kennen die Methoden der Unternehmer, die jungen Arbeiter auf eine ganz bestimmte Spezialität des Betriebes auszubilden. Der Jugendliche wird theoretisch und praktisch vertraut gemacht in der chemischen Industrie mit der Herstellung eines bestimmten Präparats. Und wenn der Jugendliche bei diesem Unternehmer nicht mehr die billige und willige Arbeitskraft ist, fliegt er heraus. Und wenn es ihm dann unmöglich ist, da er nur ganz einseitig ausgebildet ist, andere Arbeit zu bekommen, tritt er als Schmutzkonkurrent seiner Arbeitsbrüder auf.

Jawohl, wir sind für fachmännische Ausbildung, aber unter Kontrolle der Betriebsräte und der Gewerkschaften und nicht vom Unternehmer, sondern von Staat und Stadt auf Kosten der Unternehmer unter Kontrolle der Arbeiter, zu durch Tarife festgelegten Lohnsätzen. Wir erklären hier: Weg mit dem Werksfrieden, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als versteckte faschistische Wehrorganisation gegen die Arbeiterklasse. Wir betonen, daß wir für die Abschaffung aller privaten Lehrverträge eintreten.

Die Rolle der SAJ.

Ein anderes Kapitel ist die „Deutsche Volkshochschule" in Berlin-Treptow, über deren Arbeit und Arbeitsmethoden Genosse Geschke längere Ausführungen macht. Darauf beleuchtet und charakterisiert der Referent die nationalistischen, faschistischen, katholischen, christlichen und andere Jugendorganisationen. Nun zur SAJ. und den Jugendsektionen der Gewerkschaften, und dabei ein paar Worte zu der Geschichte der Arbeiterjugend und zu dem Kommunistischen Jugendverband. Der Kommunistische Jugendverband entstand aus dem Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus innerhalb der Arbeiterjugend von 1914. Er entstand in der Kriegszeit von 1914 bis 1918, er entstand in dem Kampfe gegen Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitik. So erfolgte die Trennung von der „Arbeiter-Jugend". Heute können wir feststellen, daß diese SAJ. im „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände" zusammen mit den bürgerlichen Jugendorganisationen sitzt. Sie begründen diese Zugehörigkeit zum Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände damit, daß sie die bürgerlichen Jugendverbände von den Erwachsenen ihrer Partei trennen wollen. Heute ist die SAJ. nur aus pädagogischen Gründen gegen das Reichsbanner. Heute tritt die SAJ. ein für die Republik und ist gegen die Kommunisten. Die SAJ. „vertritt" die Interessen der Jugend genau so wie die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter. Heute ist die „Sozialistische Arbeiter-Jugend" für die Koalitionspolitik, nicht für den gemeinsamen Kampf des Jungproletariats mit dem Proletariat, sie ist für Schwächung der Front der Arbeiterklasse. Das hat dazu geführt, daß diese SAJ. heute im Höchstfalle eine Mitgliederzahl von 56 000 hat. Heute geht durch die Presse die Meldung, daß die Rebellion in der Arbeiterjugend jetzt ihren Ausdruck findet in der Abspaltung ganzer Gruppen von der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend", wie es sich zum Beispiel in Berlin gezeigt hat. (Beifall und Bravo-Rufe.)

Das Bürgertum „schützt" die Jugend

Und nun, Genossen, muß ich eingehen auf ein ganz besonders wichtiges, politisches und umfangreiches Gebiet, das ist die Jugendfürsorge, der Jugendschutz in der deutschen Gesetzgebung. Wir haben die Zusammenfassung aller Schutzbestimmungen im Arbeiterschutzgesetz. Aber in diesem Gesetzentwurf wird festgestellt, daß kein ausreichender Urlaub für Jugendliche mit hingearbeitet worden ist, daß er keine freien Sonnabendnachmittage, so wie sie durch unsere Anträge gefordert worden sind, enthält. Wir können feststellen, daß dieses Arbeiterschutzgesetz ein Gesetz der Unternehmer ist, das zwar die Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre erfolgt ist, aber daß Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren auch Sonntags beschäftigt werden und Nachtarbeit leisten können und deren Arbeitszeit gesetzlich festgelegt wird auf 50 Stunden wöchentlich. Dazu kann pro Woche eine dreistündige Vorbereitung und Ergänzungsarbeitszeit hinzugenommen werden. Das zweite Gesetz, das erst vor wenigen Wochen großes Aufsehen in der Oeffentlichkeit ausgelöst hat, ist das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund.

Genosse Geschke beleuchtet das Arbeiterschutzgesetz, das Gesetz „zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund".

Wir haben noch ein Gesetz, ein Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, ein Gesetz, wo festgestellt wird von den Polizeiorganen, wie Sitte und Moral gefährdet werden. Worin aber eine sittliche Gefährdung besteht, wird nicht angegeben. Genosse Geschke spricht ausführlich zu dem Inhalt dieses Gesetzes und weist nach, daß das Ziel ist: das Verbot des KJVD., aber nicht nur des KJVD., sondern unter Umständen auch der Arbeitersporter-Organisationen.

Außerdem kommt noch in Frage das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Dieses Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hat zum Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie geführt. Es sind Unstimmigkeiten vor allem hier im Rheinland zwischen Katholiken und Sozialdemokraten vorhanden. Das Zentrum verlangt, daß die Jugendpflege, die Jugendfürsorge der Kirche unterstellt wird, daß vor allen Dingen nach Konfessionen Jugendpflege betrieben wird. Zur gleichen Zeit hat die SPD. mit dem Zentrum die Große Koalitions-Politik betrieben, um wieder in die Ministersessel zu kommen. Auch ein Beitrag einer Ergänzung des Janus-Kopfes der SPD.

Unsere Fehler

Genossen, nun einiges zu den Fehlern und Mängeln unserer Arbeit, der Arbeit der Partei und des KJVD. Der größte Fehler ist die nicht genügende Verbindung mit der Arbeitern im Betriebe, in Gewerkschaft und in den Massenorganisationen. Aber der Jugendverband ist selbst noch keine Massenorganisation, obgleich er sich nicht zu schämen braucht neben der SAJ. Wir müssen feststellen, daß, gemessen an der Stärke der Kommunistischen Partei, der Kommunistische Jugendverband bedeutend stärker sein könnte und müßte. Da könnte ich hier auf Grund der mir vorliegenden Statistik manch einem Bezirk ein besonderes Privatissimum lesen, manch einem Bezirk sagen, daß er sich mehr um die Jugend in seinem Bezirk kümmern soll. Genossen, wir haben die verschärfte Pflicht und Schuldigkeit, in allen Bezirken zu überprüfen, wie weit wir unsere Pflicht gegenüber der Jugend erfüllt haben, und wir werden zugeben müssen, wenn die Jugendorganisationen nicht so stark sind, wie sie es sein könnten, es unsere Schuld als Parteiorganisation mit ist.

Ein zweiter großer Fehler ist die mangelhafte Teilnahme und Einstellung auf die Arbeitskämpfe. Ich verweise auf Hamburg und Weißenfels, wobei ich betone, daß eigentlich wenige Jugendliche von Hamburg vom Kampf betroffen wurden. Ein gutes Verhältnis muß geschaffen werden zwischen Roter Jungfront und dem KJVD. zum erfolgreichen Kampf mit der Partei gegen den Betriebsfaschismus. Wir müssen, und mehr als bisher, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale halten. Wir haben nicht alle Beschlüsse erfüllt, die uns verpflichteten, in engster Fühlung mit der Jugend zu stehen, zu kämpfen und zu arbeiten.

Wir müssen als Kommunisten, als Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse, Freund, Berater und Belehrer unserer arbeitenden Jugend sein. Wir müssen aber auch eines sagen: Der KJVD. untersteht der politischen Führung der Partei. Und wir müssen noch etwas anderes sagen: Die Diskussionen, die innerhalb unserer Partei geführt werden, sind auch innerhalb des KJVD. zu führen: Die Linie der Partei muß auch die politische Linie im KJVD. sein.

Worauf müssen wir das Hauptgewicht legen?

Wir müssen mehr an der Herstellung der Einheitskomitees der Jugend in den Betrieben arbeiten. Wir müssen mehr als bisher die „Reichskomitees der werktätigen Jugend" unterstützen durch die Auslösung einer Massenbewegung in den Betrieben selbst. Wir müssen den KJVD. bei seiner Reorganisierung auf Betriebszellen fördern und dort, wo jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, aber kein Mitglied des KJVD. vorhanden ist, muß die Partei Jugendsektionen aufbauen. Wir müssen dabei die Arbeitsmethoden des KJVD. berücksichtigen. Wir müssen berücksichtigen, daß wir vor allem die Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren am besten in Jugendheimen zu Spielabenden, Wanderungen usw. zusammenfassen müssen. Wir haben besonders die Arbeit des KJVD. in der Jungfront und auch im RJMV. bei den Mädchengruppen zu unterstützen. Aber wir müssen für unsere Fraktionsarbeit besondere Pleiboden finden, entsprechend der Struktur, dem Inhalt und Gesicht dieser Organisationen. Wir müssen wissen, daß wir als Kommunisten in diese Organisationen gehen. Und dort, wo wir in den Gewerkschaften Positionen haben, müssen wir mehr als bisher für die Heranziehung der Jugendlichen zur Herausbildung jugendlicher Vertrauensleute, Betriebsfunktionäre, Lehrlingskommissionen für die Interessen der Jugendlichen beim Abschluß von Tarifverträgen tun. Nehmt Stellung zur Werksschule und zur Schule überhaupt, zum Lohn- und Arbeitszeitabkommen, zum Streikrecht der Jugend, auch wenn sie noch Lehrlinge sind. Hier sind große Unterlassungssünden seitens der Parteimitgliedschaft gegenüber der Jugend zu verzeichnen. Wir müssen der Jugend bei ihrem Fraktionsaufbau in allen Organisationen helfen, wir müssen in engster Zusammenarbeit mit dem KJVD. überall, wo jugendliche Massen vorhanden sind, Fraktionen aufziehen, wir müssen diese enge Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugend herstellen durch eine stärkere Vertretung der Kommunistischen Jugend bei der Partei und der Partei in der Kommunistischen Jugend. Es genügt heute nicht mehr, wenn im ZK. oder im Bezirk ein Verbindungsmann ist, sondern es muß noch ein Gewerkschaftssekretär, ein Org-Sekretär, es müssen drei bis vier Genossen hinzugezogen werden, die mit der Jugend in inniger Verbindung stehen. Wir müssen der Jugend bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik helfen, wir müssen ihr bei der Ausnutzung ihrer Rußland-Delegationen helfen, zur Schaffung eines großen, breiten Gürtels sympathisierender jugendlicher Massen und erwachsener Arbeiter. Wir müssen an der Jugendpresse mitarbeiten. Wir müssen selbst aus den Betrieben, in denen Jugendliche beschäftigt sind, die nicht bei uns organisiert sind, Artikel für die Partei- und Jugendpresse liefern. Wir müssen gemeinsam mit dem KJVD. ein großes und breites Netz von Jungarbeiter-Korrespondenten ausbauen. Unsere Redakteure müssen der Jugendbewegung größere Aufmerksamkeit schenken.

Jung-Spartakus

Noch ein kurzes Wort zum Jung-Spartakus-Bund. Ich habe gestern bemerkt, daß verschiedenen alten Genossen so ein bißchen die Tränen in den Augen standen, als hier der JSB. aufmarschierte. Wir müssen dafür sorgen, daß in jedem Orte, wo Kommunisten sind, solche JSB.-Gruppen aufgezogen werden. Das ist mit die Hauptsache. Es war Ostern 1926, als der JSB. 3000 Mitglieder, die die Schule verlassen haben, dem KJVD. übergeben hat. Es war ein feierlicher Akt. Aber restlos blieben diese 3000 nicht bei uns. Da liegt die Schwäche, da liegen die Fehler und Mängel, an denen wir als Partei eine große Portion Schuld haben.

Wir sollen sorgen, daß so auch aus dem Kommunistischen Jugend-Verband die Jungkommunisten hinübergeführt werden in die Partei, das soll mit einer gewissen Feierlichkeit erfolgen. Es muß von Etappe zu Etappe gehen: Jung-Spartakus-Bund, KJVD., Kommunistische Partei. Dabei wird notwendig sein, ganz besondere Aufmerksamkeit der Herausbildung eines Funktionärkaders zu widmen. Weiter ist notwendig, gegen Schulreaktion und gegen alle Maßnahmen bei der Bekämpfung des Jung-Spartakus-Bundes zu kämpfen. Wir haben uns nicht nur zu kümmern um die Reaktion in den Kinderschulen, sondern auch um die Reaktion in den Pflichtfortbildungsschulen, in den Werkstätten, neben den Werks- und Berufsschulen, allüberall, sei es, wo es sei.

Karl Liebknecht unser Beispiel

Nun, Genossen, noch einige Worte. Am 17. April wird in Hamburg der Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugend-Verbandes Deutschlands stattfinden. Die Werbearbeit für diesen Jugendtag ist nicht nur eine Aufgabe des KJVD., sondern eine Aufgabe der Partei insgesamt. Noch eine Bitte habe ich: Sollte es nicht möglich sein, daß Ihr jeden Monat für unsere Jung-Spartakus-Gruppen freiwillig 10 Pf. als Marke klebt? Und nun, Genossen, zum Schluß. Die Geschichte der deutschen Jugendbewegung, vor allem in revolutionärer Zeit, zeigt uns, wie unsere deutsche Arbeiter-Jugend erfüllt ist vom revolutionären Geiste. Die Berliner Jugend wird sich erinnern unseres unvergeßlichen Genossen Haberlad, der mit der Waffe in der Hand fiel. Jeder, der nicht von heute und gestern in der Arbeiterbewegung steht, weiß, wie, vor allem im Kriege, gegen den Krieg in den Jahren des Weltkrieges 1914/1918 unsere ganze illegale Arbeit sich stützte auf die Jugend, manchmal ebensoviel auf die weibliche Jugend wie auf die männliche. Im Krieg gegen den Krieg stand die Jugend besser ihren Mann als manch ein Alter.

Genossen, einer der Führer, der größte Führer der deutschen Jugendbewegung, der kommunistischen Jugendbewegung, war Karl Liebknecht. Er war so beliebt bei den Jugendlichen, auf Grund der Kameradschaftlichkeit, auf Grund des Tones, auf Grund seines Wissens, auf Grund seines revolutionären Mutes, auf Grund des Einstehens mit der Tat zu seinen Worten. Sorgt dafür, daß jeder einzelne den Platz, den Karl Liebknecht bei der Jugend freigelassen hat, ausfüllt, in jedem Ort, in jedem Bezirk und im Reich. Wir haben draußen 1914/1918 gemeinsam Schulter an Schulter gestanden, Männer von 40 bis 60 Jahren mit den Jungen von 15 bis 18 Jahren. Wir müssen jetzt wieder gemeinsam stehen, jetzt wieder, junge und alte Arbeiter zusammen in einer einheitlichen Front, im Kampfe gegen den drohenden Interventionskrieg gegen Sowjet-Rußland. Und wenn drüben die Rote Armee Sowjet-Rußland verteidigt, dann bilden wir jugendliche Kommunisten und wir Kommunisten die Rote Front, die Rote Armee Deutschlands, die Einheitsfront. Wir bilden die Einheitsfront zwischen den russischen und deutschen Rotarmisten als Soldaten der Revolution.

Mit Stolz, mit Recht und mit Siegeszuversicht können wir sagen: „Unser die Jugend, trotz alledem!" (Lebhafter Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0003

Lackspange ..... Sensationspreis **6,50**

Lackzugschuh **7,50**

Wir sind billig!

SCHUHWARENHAUS **Wiebach**

NUR KLEINE ULRICHSTRASSE 1/2

Blonde Spangenschuh ..... Louis XV.-Absatz **9,75**

Braun Zugschuh ..... Block- und Louis XV.-Absatz **9,75**

Radio-Ausstellung

Volkspark Halle-Saale

Geöffnet täglich von 3 Uhr vormittags an

Anschließend heute, Dienstag, 8 Uhr: Lichtbilder-Vortrag

Bei 10 Mk. Anzahlung und 3 Mk. wöchentl. Abzahlung erhalten Sie sofort ein

1a. Markenfahrrad

Fahrrad-Vertrieb GmbH.

Artur Engelhardt, Steinweg 32

Reparaturen u. fachmännische Leitung

Achtung! Achtung!

Hohenmölsen 682a

Schweinefleisch ..... Pfd. 1,10

Reine Schweinewurst . Pfd. 1,30

Reine Schwartenwurst Pfd. 1,00

Reine Sülzwurst .... Pfd. 0,40

Salzknochen ..... Pfd. 0,50

Bekannt ff. Warme, la. Aufschnitt

Röhrborn & Co.

Lützener Straße 19 (Ecke Nordstraße)

Kredit

Empfehle bei niedrigster Angzahlung und bequemer Ratenzahlung:

Herren: Anzüge, Regenmäntel Mäntel usw.

Damen: Kleider, Strickjacketts Mäntel usw.

Burschen- u. Knaben-Anzüge

Zur Konfirmation:

Anzüge, Kleider, Wäsche, Schuhwaren, Kleiderstoffe in aparten Farben, Manufakturwaren, Leib-, Bett- und Tischwäsche, Gardinen, fertige Federbetten, Möbel, Spiegel, Polsterwaren usw.

Die Ware wird sofort beim Kauf ausgehändigt

— Kredit auch nach auswärts —

Waren- u. Möbel-Kredit-Haus

Carl Rasemann

Halle, Alte Promenade 351

667 Nähe Hauptpost

Kredit

Zuverlässiger

Zeitungsträger

wird für Lösau gesucht.

Meldungen sind an den Klassenkampf, Fil. Weißenfels, Marienstraße 46. zu richten

---

Stadt-Theater

Heute Donnerstag, 8 Uhr: R. v. Gneisenau

Freitag, 8 Uhr: Wiener Blut

Walhalla

Anfang 8 Uhr

Täglich 8 Uhr: Gastspiel d. Berliner Metropol-Theaters

Die große Ausstattungsrevue: **Wieder Metropol**

26 Bilder nach Ideen von Direktor Friedmann-Frederich

Musik v. Hugo Hirsch

24 Metropol-Girls

350 Kostüme

50 Mitwirkende

Glänzende Besetzung

Gewöhnliche Preise von 60 ₰ bis 4.- ℳ

Vorverk. ab 11 Uhr ununterbrochen 680

Edison-Theater

Goethestraße 26

Freitag — Sonntag 7 und 8.20 Uhr

Die Seeteufel

7 spannende Akte aus dem Piratenleben

Aus dem Inhalt: Seekämpfe im 17. Jahrhundert. Schmugglerschiffe einer Seeräuberbande. Fortsetzung Galeeren b. angekettete Sklaven und monatelange Mißhandlungen

Hierzu: 681

1000:1 = Harold Lloyd

6 Akte zum Kranklachen

Sonntag, nachmittags **Kindervorstellung.**

Für Erwachsene:

Anf. 6 Uhr u. 8.20 Uhr

Billige Möbel

Blitzschloß gute Arbeit

Kleiderschränke

hell u. dunkel gestrichen

Auszieh-Tische

Stühle

mit Rohr- und Lederstiß dauerhaft gepolstert

Bettstellen

mit u. ohne Matratzen verkauft

Max Jungblut

37 Albrechtstr. 37

H. Mannhardt

Delitzschstraße 11

Fernruf 24402

empfiehlt sich zur

Fassaden-Glas-Gebäude-Lack-Parkett-Teppich-Reinigung

Morgen Freitag

Schlachtefest

8.30 Uhr ab Wellfleisch

B. Kühlewind

Schweineschlachter. 28

Kaufen Sie auf bequeme

TEILZAHLUNG

Herren-Bekleidung

Damen-Bekleidung

Leib- und Bettwäsche // Möbel // Bilder // Korbmöbel

Kleine Anzahlung ☆ Leichte Ratenzahlung

Neu aufgenommen: Federbetten, Schuhwaren für Damen und Herren

Carl

Klingler

11 Leipziger Straße **11** Erste Etage

Kein Laden — Eingang Sandberg

Vertr. für Merseburg u. Umgeb.: Hugo Dies, Merseburg, Annonstraße 14

Bernhard Jilg, Neumark, Bedraer Straße 16

Freitag und Sonnabend

je 1 Waggon

686 **Qualitätsware**

Nordsee

Gr. Ulrichstr. 58 u. am Nelleck

Kabeljau ohne Kopf . ℳ 25 ₰

Echter Nordsee-Seelachs ohne Kopf ..... ℳ 22 ₰

Kabbonaden brasfertig. ℳ 40 ₰

Grüne Heringe 4–6 auf 1 Pfund ..... ℳ 25 ₰

Grüne Heringe 2–3 auf 1 Pfund ..... ℳ 15 ₰

Bratscholle ..... ℳ 35 ₰

Schellfisch ohne Kopf groß, fett und zart. . ℳ 55 ₰

Rotzunge, mittel ..... ℳ 55 ₰

Aus frisch eingetroffenen Ladungen, aus eigenen Fabriken

unsere Marke **Schlüsselflagge** alle Dosen über 2 Pfund schwer

Bratheringe, 12–14 Fische Dose 78 ₰

Saure Sardinen ... Dose 85 ₰

Rollmops und Bismarckheringe / Hering in Gelee Marke Seehund — Dose **88** ₰

Täglich frische Räucherwaren!

Tabakpfeifen

Das passende Geschenk in vielhundertfacher Auswahl

K. E. Müller,

Bitterfeld ✦388

Burg-Theater

Ab morgen Freitag Gr. Gosenstr. 12

Der gelbe Prinz

6-Akter-Drama. Durch Liebe vom königlichen Prinzen zum Revolutionär

Pat und Patachon auf der Wolfsjagd

Unsere urkomischen Freunde. 6 Akte

Mütter, kauft Schulstiefel nur bei

R.-Chev.-Stiefel . .	31/35	5,90	
Br. R.-Box-Stief l .	31/35	7,90	
Br. Spangen	31/35	4,25	
Sandalen	25/26	2,90	
Hallen-Turnschuhe	36/42	1,50	31/35 1,25 27/30 1,15
Lackdef. Stiefel	20/22	4,20	18/19 3,75
Turnschuhe, mit Gummisohlen . . .	36/42	3,25	29/35 2,75 20/28 2,25
Turnschuhe, mit Chromsohlen	36/42	2,50	31/35 2,25 27/30 1,95
Schwarze Stiefel			18/19 2,75

Alzak Steinweg 46/47 Ecke Taubenstraße

Schuhhandelsges. m. b. H.

Achtung!

Empfehle diese Woche bestes junges Mast-**Rollschlachtfleisch** Rouladen, Schmer fettes Rostbeef, Fett, alle Wurstwaren mit Schweinefleisch gemischt

Die Nachf., G. Reif,

Zeitz, Schorrenstr. Telephon 433

Heute

Schlachtefest

Karl Krug, Zeitz

Schützenstraße 9

Spendet für die „Rote Hilfe"

Die Umschau

muß jeder Gebildete kennen. Sie ist die beste illustr. Wochenschrift in Wissenschaft u. Technik. Probeheft 10 sendet kostenlos der Verlag in Frankfurt am Main, Niddastraße 81/83. – Schreiben Sie noch heute eine Postkarte

für 5 Pfennig

Haustragen! kauft nur bei unseren Inserenten

Fahrräder: Nähmaschinen

Sämtliche Ersatzteile — Oel, Benzin „Frisch auf"-Fahrräder ✦732

Bruno Lau, Wiesenena Kreis Delitzsch

Fahrrad- u. Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt

Zuverlässiger

Zeitungsträger

für Zöberitz bei Tannep. zum 1. April gesucht

Meldungen sind an den Genossen Herm. Liesche, dortselbst zu richten

---

Tausende Zöpfe

Stück von 3 Mk. an

Alle Erfahrbeile billigst

Damen-Kopfwäsche 1,00 mit Ärmel 1,50 Mk.

Zopf-Siebert

33 Leipziger Str. 33

Geschenke zur Konfirmation und Jugendweihe

M. Winkler

Glaucharer Straße 27

Lederflohlen

Gummiabsätze

billig bei 86

Wilh. Kranz

Neue Promenade 15

Arbeitsl. Bäckerlehrling sucht ge. 3. m. b. Kramerei, Nickelstraße 14, Hf. pt. von abends 6 Uhr an 675

Sie kaufen

Leder-Ausschnitte Schuhmach.-Artik.

vorteilhaft

Nur Klosterstr. 35

J. M. Noßnau

Weißenfels

Lederhandlung

Saubere Schlafstelle frei Leipzigstr. 9, II l.

Gute h. Kinderwagen z. v. Schmiedestr. 26, pt.

Perf. Schneiderin nähte u. mß. h. Hause Off. u. Nr. 635 a. Verl.

Federbetten, Gas, Kommod., Kleiderschränke, Bettstelle m. M., Küchenuhr., starke Ard. „Posen verkauft Hoßland, Zapzenstraße 18

Lest

die größte politische Tageszeitung Mitteldeutschlands

Klassenkampf

15 Beilagen!

Monatl. frei Haus 2,30 M

Total-Ausverkauf

wegen Geschäfts-Aufgabe

Samt-, Seiden-, Damen-, Herren-**Stoffe**

Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.

Halle S., Gr. Ulrichstr. 52 (Ecke Schulstraße)

Verkaufszeit: Von 8½ vormittags bis 6½ abds.

Werbt Leser für unsere Presse!

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung. Lesegebühr Monat 10 Pf.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr

Büchervorzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung. Hara 42/44

Familien-Nachrichten

Dienstagabend verschied nach kurzer aber schwerer Krankheit, unser liebes Enkelkind

Ruth Wagner

im Alter von 4 Jahren

Merseburg, den 16. März 1927

Sigiberg 5

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Familie R. Seydel

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 18. März, nachm. ½3 Uhr vom Trauerhause aus statt ✦737

Kaffee und alle **Kolonialwaren** stets von **Otto Bornschein,** Groß-Rösterei „Halloria" Halle a. S., Mittelstr. 21

Haben Sie mein Rouladenfleisch noch nicht versucht, dann bitte ich höflichst darum. Sie sind bestimmt höchst zufrieden **Rouladen** 1 Pfd. nur **110** Pf. | **Schmeer 80** Pf. | **Gehacktes** gem. **80** Pf. | **A. Knäusel**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0004

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 10 – Donnerstag, den 17. März 1927

Deutschlands Industrialisierung

Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925

„Etwas mehr Statistik und etwas weniger Phrasen."
Lenin.

A. F. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung, die am 16. Juni 1925 für das ganze Reich durchgeführt wurde. Wenn solche Betriebszählungen in regelmäßigen Zeitabschnitten und in wissenschaftlich einwandfreier Weise durchgeführt werden, bilden sie die Grundlage für unsere Kenntnis von der sozialen und wirtschaftlichen Zusammensetzung eines Landes. Nicht nur der Sozialpolitiker und Wirtschaftspolitiker, sondern jeder denkende Arbeiter hat das größte Interesse daran, zu erfahren, in welchem Umfange und in welchem Tempo Industrie, Handel und Landwirtschaft sich entwickeln und wie sich diese Entwicklung für die Erstarkung der Arbeiterschaft auswirkt.

Was die Arbeit des Statistischen Reichsamtes betrifft, so ist sie weder regelmäßig, noch wissenschaftlich. Die letzte gewerbliche Betriebszählung wurde im Jahre 1907 durchgeführt. Ein Vergleich zwischen 1907 und 1925 ist ganz und gar nicht geeignet, um die Hauptfragen, die uns heute interessieren, zu beantworten. Dazu kommt, daß die Fragestellungen der Erhebung oft unklar sind und eine genaue Erfassung der Verhältnisse gar nicht ermöglichen. Schließlich ist ein geradezu katastrophaler Mangel, daß die **gesamte Landwirtschaft bei der Betriebszählung nicht berücksichtigt wurde,** so daß die ganze Untersuchung nur die Industrie und den Handel umfaßt.

Bei der Bewertung der Ergebnisse fällt auch der Zeitpunkt ins Gewicht. Die Erhebung wurde am 16. Juni 1925, d. h. **vor der großen Rationalisierungskampagne** des deutschen Kapitalismus durchgeführt. Damals betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 200 000, heute 1,6 Millionen. Zehntausende von Betrieben, die die Betriebszählung registriert, sind heute stillgelegt oder haben überhaupt aufgehört zu existieren. Ein riesenhafter Konzentrationsprozeß führte zur Verschmelzung von Hunderten von Betrieben, die in der Statistik vom Jahre 1925 gesondert aufgeführt werden.

Trotz aller Unzulänglichkeiten, trotz der kläglichen Methode der Untersuchung sind aber die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung doch sehr wichtige Materialien, die insbesondere in der **Gewerkschaftsarbeit,** in der **Kommunalpolitik,** aber auch in unserer gesamten politischen Arbeit ausgenützt werden müssen.

Grundzahlen

Bei der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 wurden im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) gezählt:

rund 3,5 Millionen gewerbliche Betriebe (örtliche Einheiten) mit 18,4 Millionen beschäftigten Personen.

Bei einer Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1907 und 1925 ergibt sich, daß die Gesamtbevölkerung sich in dem Zeitraum von 1907 bis 1925 um 13,5 v. H., die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sich um 26,4 Prozent erhöht hat.

Dagegen stieg die Zahl der gewerblich tätigen Personen im gleichen Zeitraum um 28,5 v. H., und zwar die Zahl der gewerblich tätigen Männer um 25 v. H., die der gewerblich tätigen Frauen um 39 v. H.

Von dem Zuwachs an erwerbsfähigen Männern, den das Reich in der Zeit von 1907 bis 1925 erfahren hat, von etwa 3,7 Millionen, sind über 3 Millionen Männer in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigt. Die **Industrialisierung Deutschlands** kommt in diesen Zahlen mit schlagender Deutlichkeit zum Ausdruck.

Daraus können wir gleich den wichtigen Schluß ziehen, daß die zahlenmäßige Stärke des Proletariats im Wachsen begriffen ist.

Verhältnis von Industrie, Handel und Verkehr

Von der oben angeführten Gesamtzahl der erwerbstätigen Personen fallen 12,5 Millionen auf die Industrie, 5,4 Millionen auf Handel und Verkehr.

Dagegen bleibt die Zahl der Betriebe in Handel und Verkehr (1,5 Millionen) kaum hinter der Zahl der Industriebetriebe (1,8 Millionen) zurück.

Ein Vergleich zwischen 1907 und 1925 ergibt, daß die Zahl der Betriebe in Industrie und Handwerk nur um rund 2 Prozent erhöht, während sie im Handel und Verkehr fast um 40 v. H. gestiegen ist. Es handelt sich dabei um die starke Aufblähung der Zwergbetriebe im Einzelhandel.

Die wichtigsten Industriezweige

Die Wichtigkeit der einzelnen Industriezweige ist oft verschieden, je nachdem wir die Frage rein wirtschaftlich oder vom Standpunkt der Arbeiterbewegung stellen. So sehen wir aus der Statistik, daß z. B. die chemische Industrie, der wirtschaftlich und politisch (Imperialismus) eine ungeheuer wichtige Rolle zukommt, mit 300 000 beschäftigten Personen nicht nur hinter dem Bergbau, der Eisen- und Maschinenindustrie, sondern auch hinter anderen Industriezweigen zurückbleibt, die wirtschaftlich keine zentrale Bedeutung haben. (Z. B. Papierindustrie.)

An der Spitze der Statistik stehen, was die Zahl der Betriebe und der beschäftigten Arbeitskräfte betrifft, die noch in starkem Maße handwerklich betriebenen Gewerbezweige, nämlich

das Baugewerbe mit 1 470 000 beschäftigten Personen in 225 000 Betrieben;

das Bekleidungsgewerbe mit 1 436 000 beschäftigten Personen in 601 000 Betrieben;

das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 1 346 000 beschäftigten Personen in 292 000 Betrieben.

Dann folgen:

die Maschinenindustrie mit 1 221 000 beschäftigten Personen in 41 000 Betrieben;

die Textilindustrie mit 1 196 00 beschäftigten Personen in 123 000 Betrieben.

Für die Bedeutung der einzelnen Industriezweige in der Produktion gewinnen wir bessere Anhaltspunkte, wenn wir neben der menschlichen Arbeitskraft auch die angewendeten Maschinen, d. h. die motorische Kraft, berücksichtigen. Es ergibt sich dann die Reihenfolge:

Bergbau mit den sogenannten kombinierten Werken (Hüttenanlagen)	**3 833 000 PS**
Eisen- und Metallgewinnung	**3 689 000 PS**
Maschinen- und Elektroindustrie	**1 887 000 PS**
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	**1 707 000 PS**

(PS bedeutet Pferdestärke.)

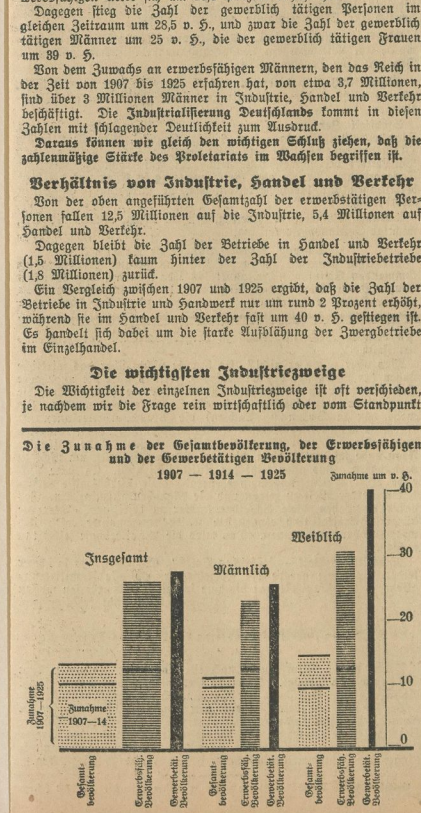
Bergbau, eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie bilden einen mächtigen Komplex, die deutsche Montanindustrie, in der nach wie vor die gewaltigsten Kräfte sowohl des Proletariats als des Kapitals zusammengeballt sind. Ueber vier Millionen Arbeiter, etwa 10 Millionen Pferdestärken Kraftmaschinenleistung, 1,5 Millionen PS motorische Fahrzeugleistung werden in der Kombination Bergbau—Eisen—Metall vereinigt: 32 Prozent aller in der Industrie beschäftigten Kräfte, 55 v. H. der Kraftmaschinenleistung!

Und die Lehre?

Was lehren uns die Zahlen? Welche Folgerungen gilt es aus ihnen zu ziehen? Die entscheidende Folgerung ergibt sich von selbst: Die Industrie wird in immer stärkerem Maße der Lebensnerv Deutschlands. Die Industrialisierung Deutschlands bedeutet bei der fortschreitenden Konzentration der Betriebe, bei dem Niedergang des Handwerks gleichzeitig die **Proletarisierung Deutschlands. Deutschland ist ein proletarisches Land. Zwei Drittel der Erwerbstätigen sind ihrer sozialen Lage nach Proletarier. Wenn es gelingt, diesen zwanzig Millionen Proletariern auch das proletarische Klassenbewußtsein beizubringen, dann hat die Schicksalsstunde des Kapitalismus geschlagen. Die Ergebnisse der Betriebszählung müssen in den Reihen der Arbeiter das Bewußtsein ihrer Macht stärken und den Willen stärken, die Millionen-Einheitsfront in den Betrieben herzustellen.**

In einem nächsten Artikel werden wir die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung im Bezirk Halle-Merseburg behandeln.

Die Zunahme der Gesamtbevölkerung, der Erwerbsfähigen und der Gewerbetätigen Bevölkerung 1907 — 1914 — 1925



Konjunkturumschwung auch in der Maschinenindustrie

Die deutsche Maschinenindustrie gehörte bisher zu jenen Zweigen der Produktion, in denen — wenigstens nach den Angaben der Unternehmer — der Konjunkturumschwung sich bis jetzt nicht ausgewirkt hatte. Nach dem Bericht, der vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten über den Monat Februar herausgegeben wird, ist nun auch in der Maschinenindustrie ein Umschwung eingetreten. In der diplomatischen Sprache des Unternehmerblattes heißt es: „Im Beschäftigungsgrad der Maschinenindustrie wirkt sich die Besserung der Konjunktur allmählich stärker aus, es hat sich in vielen Fällen ein Auftragsbestand angesammelt, der die unvermeidlichen Schwankungen im Eingang auszugleichen imstande ist. Die Zahl der als „schlecht beschäftigt" bezeichneten Betriebe sank im Februar auf rund 40 Prozent der Gesamtzahl gegenüber 50 Prozent im Vormonat. Dem entspricht auch eine weitere Zunahme der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit. Das Anwachsen der Belegschaften geht nur allmählich vor sich, macht sich aber in immer größeren Teilen der Maschinenindustrie bemerkbar."

Es folgt ein Vorstoß der Maschinenindustriellen gegen die Ablehnung der Ueberstunden und gegen die Vorschläge, für die Ueberstunden einen nennenswerten Lohnzuschlag auf gesetzlichem Wege festzulegen. Der Bericht behauptet, daß die ausländischen Aufträge kurze Lieferfristen setzen, die bei den „starren Vorschriften über Ueberstundenleistung" nicht einzuhalten wären.

Für die mitteldeutsche Maschinenindustrie ergibt sich ebenfalls eine günstige Konjunktur, da wichtige Spezialartikel, wie die Maschinen und Apparate für die Zuckerindustrie, sowohl auf dem Inlands- als auf dem Auslandsmarkt einen verstärkten Absatz finden.

Damit ist das alberne Märchen von der notleidenden mitteldeutschen Metallindustrie erledigt und auch das letzte Scheinargument gefallen, das gegen die berechtigten Lohn- und Arbeitszeitforderungen der Metallarbeiter geltend gemacht wurde.

8 oder 10? 8 oder 10 Prozent soll die Dividende für die Mansfeld A.-G. betragen? Darum geht der Streit zwischen der Verwaltung und den Großaktionären der Mansfeld A.-G. Einig sind sie sich nur darüber, daß weder bei 8 noch 10 Prozent Dividende die bekannten Elendslöhne der Mansfeld-Arbeiter aufgebessert werden sollen.

Mitteldeutsche Wirtschaft

Künstliches Oel und Schwefelsäurefabrikation in Leuna

Die Aufnahme der Produktion des künstlichen Oels im Leunawerk soll tatsächlich im April beginnen. Die J. G. Farbenindustrie bestätigt diese Meldung, die wir schon vor einiger Zeit mitteilten und fügt hinzu, daß die Produktion in kleinen Mengen sofort auf den Markt gebracht werden soll. Verschwiegen wird, daß außer der auf den Markt kommenden Produktion, der größere Teil für die Zwecke der Stickstoffförderung im Werk selbst verwendet wird.

Wie die „Chemical-Information" meldet, wurde Anfang März auch die Schwefelsäurefabrikation im Leunawerk versuchsweise in Betrieb gesetzt. Bisher wurde die Schwefelsäure aus anderen Werken der J. G. bezogen. Die Herstellung im Leunawerk selbst ermöglicht eine weitere Senkung der Selbstkosten.

*

Riesenprofite der Elektrowerke

Die dem Reich gehörenden Elektrowerke, die u. a. das Großkraftwerk Zschornewitz mit der Grube Golpa besitzen, veröffentlichen einen Bericht, der den technischen Ausbau der Gruben und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Elektrowerke hervorhebt. Die Stromerzeugung ist von 1577 Millionen Kilowattstunden auf 1486 Millionen Kilowattstunden zurückgegangen, weil die Piesteritzer Stickstoffwerke im Jahre 1926 bedeutend weniger Strom bezogen. Die sonstigen Teilnehmer haben dafür in steigendem Maße Strom bezogen. Der Bericht weist einen Reingewinn von 5 Millionen Mark aus, wovon das Reich 8 Prozent Dividende, insgesamt 4,8 Millionen Mark erhält. Dabei wurden Millionen in der Form von sogenannten stillen Reserven vom Reingewinn abgetrennt. Zu berücksichtigen ist auch, daß der Wert der alten und neuen Anlagen stark gestiegen ist, und daß diese Steigerung in der Bilanz bei weitem nicht genügend zum Ausdruck kommt. Alles in allem: Die Wirtschaftspolitik des Reichs unterscheidet sich in keiner Beziehung von der arbeiterfeindlichen Politik der Privatkapitalisten. Enorme Gewinne, aber keine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft.

*

Kapitalverdoppelung des Kaliwerks Krügershall. Das Kaliwerk Krügershall A.-G., das dem Burbach-Konzern gehört, beantragt Erhöhung des Kapitals von 14,4 Millionen auf 30 Millionen Mark. Der Erlös soll dazu verwendet werden, einen Teil der vom Burbach-Konzern erworbenen Winters-hall-Kuxe zu übernehmen. Auch diese Finanzschiebungen zeugen von der gesteigerten Kapitalkraft der Kaligewaltigen und sind Winke für die Kaliarbeiter, deren Arbeitszeitbedingungen bekanntlich zu den schlechtesten in ganz Deutschland gehören.

*

Große Bestellungen für Gottfried Lindner. Die Verwaltung der Gottfried Lindner A.-G., Ammendorf teilt mit, daß die Gesellschaft aus England und aus Amerika große Aufträge auf Lastanhängewagen erhielt. Auch auf der Leipziger Messe soll die Gesellschaft bedeutende Abschlüsse getätigt haben. Trotzdem steht die Gottfried Lindner A.-G. an der Spitze, sobald es sich um Lohn- und Akkordkürzungen handelt.

*

15 Prozent Dividende in der Meuselwitzer Braunkohlenindustrie. Die Prehlitzer Braunkohlen A.-G., Meuselwitz, beantragt die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent. Berücksichtigen wir dazu den Umstand, daß die Gesellschaft in ihrer Bilanz überaus hohe Abschreibungen vornimmt (318 000 Mk. Abschreibungen und 200 000 Mk. Rücklagefonds bei einem Bruttogewinn von 892 000 Mark), so kommen wir zum Ergebnis, daß der tatsächliche Reingewinn mindestens 25 Prozent ausmacht. Diese enormen Profite des Braunkohlenkapitals sind ebenfalls eine Folge der in der Braunkohlenindustrie herrschenden 12stündigen Arbeitszeit.

Wie die Ausfuhrprofite der chemischen Industrie steigen

Der Wert der Ausfuhr von chemischen Rohstoffen betrug (außer schwefelsaurem Ammoniak)

im Monat Januar 1927	**10 809 000 Mark**
im Jahre 1926 pro Monat durchschnittlich	**6 849 000 Mark**

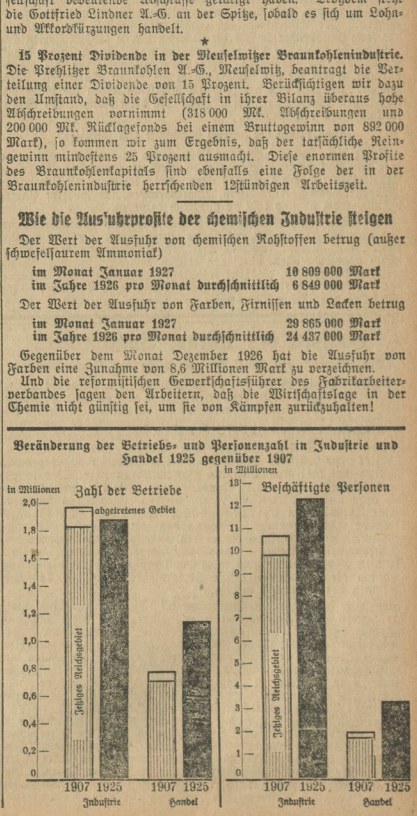
Der Wert der Ausfuhr von Farben, Firnissen und Lacken betrug

im Monat Januar 1927	**29 865 000 Mark**
im Jahre 1926 pro Monat durchschnittlich	**24 437 000 Mark**

Gegenüber dem Monat Dezember 1926 hat die Ausfuhr von Farben eine Zunahme von 8,6 Millionen Mark zu verzeichnen.

Und die reformistischen Gewerkschaftsführer des Fabrikarbeiterverbandes sagen den Arbeitern, daß die Wirtschaftslage in der Chemie nicht günstig sei, um sie von Kämpfen zurückzuhalten!

Veränderung der Betriebs- und Personenzahl in Industrie und Handel 1925 gegenüber 1907



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0005

Stadt Halle

Erwerbslose Männer und Frauen!

Heraus zum Reichserwerbslosentag

am Freitag, dem 18. März 1927, vormittags 10 Uhr, Versammlung im „Volkspark", Burgstraße.

Thema:

1. **Für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung — Gegen die Arbeitslosen-Versicherung — Kampfbündnis mit den Betriebstätigen für Achtstundentag und Lohnerhöhung. Referent: Hans Schröter.**
2. **Unsere Stellungnahme zum Haushaltplan des Stadtmagistrats. Berichterstatter: Stadtverordneter Hans Höder.**

Erscheint und macht die regste Propaganda für diese Versammlung. **Der Erwerbslosenausschuß.**

Jugendleiter, heraus zum Werbeabend der roten Jungfront!

Am Donnerstag, dem 17. März, veranstaltet die Rote Jungfront in Halle drei Werbeabende, und zwar

für den Stadtteil Süden und Osten in „Loest's Hof", Merseburger Straße;

für den Stadtteil Westen in der Produktiv-Genossenschaft;

für den Stadteil Zentrum und Norden im Lokal Wözel, Unterberg.

Jungarbeiter, erscheint zu diesen Veranstaltungen, werdet Mitglieder der Roten Jungfront!

Der Bauausschuß der Stadtverordneten

beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Reihe von Vorlagen, die mit einem Kostenaufwand von nahezu 900 000 Mk. z. T. im Rahmen von Notstandsarbeiten die Durchführung einer Reihe wichtiger Projekte vorsehen. So wurden 80 000 Mk. für die Erschließung des Hafenbeckens in Trotha bewilligt, 117 000 Mk. erfordert der Bau eines Sammelkanals in der Mötzlicher Straße, 216 000 Mk. der Ausbau der Beesener Straße, ein Projekt, das auch die Verwirklichung einer geschlossenen Ringbahn bringt. 245 000 Mk., die aus der kürzlich bewilligten 12-Millionen-Anleihe genommen werden, kostet der Ausbau der Reideburger Straße. Hierdurch rückt der Plan einer Eingemeindung des Vorortes Diemitz wieder in greifbare Nähe. Schließlich wird Halle, dem Beispiel anderer Städte folgend, auch Vorkehrungen treffen, um das Faulraumgas oder Sumpfwassergas für die Gasversorgung nutzbar zu machen, worüber wir bereits kürzlich berichteten. Man rechnet mit einer Erzeugung von 650 000 Kubikmeter pro Jahr, eine Menge, die ausreicht, um eine Stadt von 25 000 Einwohnern mit Gas zu versorgen. Hierzu wurden 180 000 Mark bewilligt, die aber durch spätere Einnahmen verzinst und amortisiert werden.

Radio im Film

Im Rahmen der Funkausstellung des hiesigen Arbeiter-Radioklubs fand gestern abend im großen Saale des „Volkspark" ein Filmabend statt, der den vielen erschienenen Interessenten zahl- und lehrreiches Anschauungsmaterial brachte. Der erste Film zeigte den Weg eines drahtlosen Ueberseetelegramms, das durch den Großsender in Nauen einem amerikanischen Empfänger übermittelt wurde. Eine Stunde später, nachdem das Telegramm dem deutschen Schalterbeamten ausgehändigt ist, wird es bereits durch die amerikanische Postbehörde dem Adressaten zugestellt. Jede einzelne hierzu nötige Arbeitsleistung ist im Bild festgehalten. Auch zeigte der Filmstreifen die technischen Anlagen der gewaltigen Funkanlage in Nauen.

Andere Filme brachten Bilder aus dem Rundfunkwesen, speziell auch der mitteldeutsche Sender Leipzig und Dresden und der dazugehörigen Besprechungsstellen. Der Werbefilm hob besonders die Vorzüge hervor, die dem angeschlossenen Rundfunkhörer zuteil werden. Der Börsenspekulant erhält die neuesten Kurse gefunkt, der fette Gutsbesitzer lauscht die neuesten Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die Wettervoraussage ab. Die „gnädige Frau" kontrolliert die Ausgaben ihres Dienstpersonals für die Haushaltung, indem ihr der Radioapparat die neuen Marktpreise übermittelt. Mittags und am frühen Nachmittag haben die Gäste der „Gnädigen" Gelegenheit, ihr Täßchen Tee beim Konzert des Rundfunkorchesters einzunehmen.

Was bringt der heutige Rundfunk dem Arbeiter?

Ueber diese Frage wußte der Film nichts zu berichten, und zwar aus dem Grunde nicht, weil für die nach abertausenden zählenden Arbeiterhörer nichts geboten wird. Man speist sie mit Jazzmusik, Modenproblemen, Kurzzetteln, Sportberichten und seichtem Unterhaltungskram ab und läßt sie pünktlich bezahlen.

Die bürgerlich-kapitalistischen Beherrscher des Rundfunkwesens sind aber insofern ehrlich, als sie im letzten Film, „Tod der Langeweile", mit anerkennenswerter Offenheit zugeben, daß sie auch gar nichts anderes wollen, als jenen reichen Schichten, die vor Langeweile fast verfaulen, die Zeit totschlagen zu helfen. Der Arbeiter hat angesichts des 10- bis 14-Stunden-Tages keine Langeweile. Er hat selbst dann keine Langeweile, wenn er arbeitslos ist.

Die werktätige Bevölkerung, die sicher den größten Teil der Rundfunkhörer stellt, hat ein Recht zu verlangen, daß proletarische Sprecher, Schriftsteller, Dichter, Schauspieler und Künstler anderer Art durch den Rundfunk zu Worte kommen. Wir brauchen die verhunzte bürgerliche Kunst nicht. In unserem Lager ist die unverfälschte Kunst, nicht geboren aus Langeweile und um Langeweile totzuschlagen, sondern aus Not und Elend und Unterdrückung geboren und emporstrebend zur Befreiung aller Arbeitenden aus dem Joch einer unwürdigen Unterdrückung.

Darum, werktätige Hörer, hinein in die rote Klassenfront! Hinein in den Arbeiter-Radioklub! Erobert die Welt und damit die Sender! Tz.

Was haben Geschlechtskrankheiten mit Moral zu tun?

Unserm Bericht von der Besichtigung der Universitätskliniken sollte noch eine Informierung über den jetzigen Stand der Hautklinik folgen. Diese Klinik wurde, wie schon mitgeteilt, im Oktober vorigen Jahres zu einem Preise von 165 000 Mark dem Professor Grouven vom Staat abgekauft, der dort jedoch weiter als leitender Arzt tätig ist. Es kann festgestellt werden, daß sich die Verhältnisse gegen die Zeit, als die Klinik noch Privateigentum war, in der Tat erheblich gebessert haben. Allerdings noch lange nicht so, wie das im Interesse der Kranken notwendig wäre. Denn die Klinik ist so ungünstig angelegt, daß auch der geplante Verbindungsbau zwischen den beiden in Frage kommenden Gebäuden hier nicht die letzten Unzuträglichkeiten beheben wird.

Das Essen wird jetzt aus der großen Zentralküche der Kliniken dorthin gebracht, und es ist „nur" dann schlecht, wenn es in allen übrigen Kliniken auch schlecht ist. Soweit ist nichts mehr zu sagen.

Viel schlimmer aber ist etwas anderes: Nämlich die Art, wie von den leitenden Instanzen über die Insassen dieser Klinik gesprochen wird. Schon in dem offiziellen Bericht, den der Kurator Sommer gab, heißt es:

„Unter 970 in der Mehrzahl bettlägerigen Kranken befinden sich natürlich stets eine große Anzahl von Querulanten, bezeichnenderweise häufiger unter den Leicht- als unter den Schwerkranken. Z. B. sind die schwerst zu befriedigenden Patienten unter den Geschlechtskranken der Hautklinik zu finden, die durch ihr Leiden im Allgemeinbefinden kaum gestört, schon aus Langeweile zum Querulieren neigen. Gelegentlich befinden sich unter diesen übrigens auch ganz besonders üble Elemente."

Und als Herr Sommer dann vor der Führung durch die Hautklinik dieser selbst nochmals einen besonderen Abschnitt widmete, da spürte man aus seinen mit eminenter Lässigkeit herausgebrachten Worten die ganze schmähliche Ideologie dieser Herrschaften: daß ein Geschlechtskranker einem sittlich minderwertigen Menschen gleichzusetzen sei. Der völkische Apotheker Schunke der als Stadtverordneter an der Besichtigung teilnahm, sprach das nachher ganz deutlich aus: „Diese Leute hier haben doch alle einen sittlichen Defekt." Herrn Schunke wurde unversehens die Antwort zuteil, daß die Leute, denen man keinen sittlichen Defekt vorwirft und die das dazugehörige Portemonnaie haben, nicht in dieser Klinik anzutreffen sind, wenn ihnen „sowas" passiert.

Die Einstellung gerade der Medizin angehörender Kreise ist derart unerhört, daß man sich das Martyrium der Kranken vorstellen kann, wenn sie von den Aerzten mit dieser Moralgesinnung angefaßt werden. Und man kann sich vorstellen, daß diese Kranken, auf denen in der Tat ein seelischer Druck lastet, aus dieser Beurteilung sich in ganz offene Feindschaft zu Leuten stellen müssen, die sie als „ganz besonders üble Elemente" bezeichnen. Die feinen Seelenforschungen kommen ja wohl bei den Aerzten und Professoren nicht, wenn es sich um proletarische Kranke handelt. Da gibt es kein Verständnis für ihre Situation, da gibt es nur blasierte Ablehnung und Moralsalbaderei.

Es muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: Geschlechtskrankheiten haben nichts mit Moral und Unmoral zu tun. Sie sind Unglück, wie die Tuberkulose. Daß ihre Folgen so furchtbar sind, ist wiederum keine moralische oder unmoralische Sache, sondern es liegt an unserer famosen Gesellschaftsordnung, die Abtreibungsgesetze und Wohnungsnot heilig hält und die Prostitution dadurch großzüchtet.

Wenn aber die „feinen" Leute ein Grauen vor „üblen Elementen" verspüren wollen, dann mögen sie sich in ihren eignen Kreisen umsehen.

Kassenpatienten

Die Aerzte sehen durch die goldnen Brillen,
Bekümmert sehn sie Deinen Kassenschein.
Sie möchten ja, sie hätten guten Willen,
Doch reicht es nur für Wasser, nicht für Wein.

Im Auto kommen reiche Patienten.
Man leitet sie durch eine andere Tür.
Man spricht mit ihnen in getrennten
Und bessern Zimmern für die Höchstgebühr.

Man spricht zu ihnen in weicheren Zungen,
Die Du nie hörst am kalten Warteort.
Der Doktor wird nervös und sagt gezwungen:
Dir fehle wenig, und er schickt Dich fort. X.

Krankenkassen-, nicht Armenbehandlung!

In der letzten Stadtverordnetensitzung kam es anläßlich der Magistratsvorlage über „Verbesserung der Einrichtungen in den Universitätspolikliniken" zu einer scharfen Kritik unserer Genossen über die Zustände, die die Hilfsbedürftigen des Jugend- und Fürsorgeamtes über sich ergehen lassen müssen, wenn sie die Hilfe der öffentlichen Fürsorge bei Krankheitsfällen in Anspruch nehmen. Bekanntlich hat der Magistrat die ärztliche Fürsorge so gerezelt, daß er an die Kliniken 15 Pf. pro Kopf der Bevölkerung abführt. Diese Art der „Fürsorge", die die Hilfsbedürftigen dem „Armenarzt" ausliefert, wurde von unseren Genossen verworfen und verlangt, daß an Stelle dieser Methode der Versorgung eine Krankenbehandlung tritt, wie sie den im Erwerbsleben stehenden Krankenkassenmitgliedern nach der Reichsversicherungsordnung zusteht. Diese Art der Behandlung durch den Krankenkassenarzt trägt nicht den Charakter der Armenbehandlung. Von dieser Erwägung ausgehend, haben **6 Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenorganisationen beim Bezirksfürsorgeverband den Antrag gestellt, gemäß § 30 der Reichsgrundsätze über Art und Maß der öffentlichen Fürsorge der Ortskrankenkasse die Heilfürsorge zu übertragen.** Dieses Gesuch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß eine Verbesserung der Heilbehandlung **allen** Bedürftigen und nicht nur den Kriegsbeschädigten zugute kommen dürfte. Diese Begründung des Fürsorgeamtes ist jedoch unzutreffend und irreführend, denn der Magistrat wollte damit glaubhaft machen, daß sein Verhalten den Kriegsbeschädigten gegenüber gerechtfertigt gewesen sei. Tatsächlich war aber der Bezirksfürsorgeverband in der Lage, mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine Vereinbarung zu treffen, nach welcher derselben für sämtliche Fürsorgeempfänger — nicht nur für Kriegsbeschädigte — die Krankenpflege übertragen werden kann. Unstatt nun den sehr einfachen Weg den die Reichsversicherungsordnung bietet, zu beschreiten, **steckt der Magistrat 40 000 Mk. in Unternehmungen, auf deren Geschäftsführung er nicht den geringsten Einfluß hat,** die aber der Universität sehr gelegen kommen. Einmal sorgt der Magistrat für Studienobjekte der Universität und zahlt dafür noch erhebliche Zuschüsse neben den laufenden Vergütungen. Trotzdem muß der Magistrat bei seiner Vorlage nicht ganz sicher gewesen sein, denn die schriftliche Information der Stadtverordneten erfolgte erst kurz vor der Sitzung, und in den Vorberatungen hatte der Berichterstatter den Umstand, daß die Kriegsbeschädigten die Heilfürsorge durch die Ortskrankenkasse verlangt hatten, aus naheliegenden Gründen verschwiegen!

Hallische Tageschronik

Keine Wohnungsnot mehr? Man möchte fast glauben, daß es so sei, denn bei meinem täglichen Geschäftsgang durch die Krausenstraße ist mir aufgefallen, daß seit zirka ¼ Jahr eine Wohnung im ersten Stockwerk leer steht. Es fehlt nur der bekannte Aushang „Wohnung zu vermieten". Warum steht nun bei dem großen Wohnungsmangel eine Wohnung so lange leer? Zufällig erfuhr ich aber, daß wohl wegen der Besetzung Streitigkeiten bestehen. Solch eine Regelung muß ja demnach wohl eine furchtbare Arbeit verursachen? Das wichtigste wäre wohl, daß das Wohnungsamt vergrößert wird. Wer bezahlt denn den Mietausfall?

Ein Wohnungsuchender.

Mückenbekämpfung. In der nächsten Zeit wird die Gegend der Stadt, welche zwischen Geiststraße, Bernburger Straße, Reilstraße, Friedenstraße, Fichtestraße, Burgstraße, Kirchtor und Fleischerstraße einschließlich des genannten Straßen liegt, soweit diese noch nicht entmückt sind, daraufhin nachgesehen, ob von den Hausbesitzern pp. die Bekämpfung der Mückenplage durchgeführt worden ist. Die Vernichtung der Mücken wird dort, wo es nicht bereits geschehen ist, durch die Stadtgemeinde veranlaßt werden. Deren Beauftragten ist der Zutritt zu den Kellern zu ermöglichen.

Solidarität. Im Krankenhaus „Bergmannstrost" wurden von einigen hungernden Bergkumpels eine Summe von 2 Mark für unsere proletarischen politischen Gefangenen gesammelt.

Besitzer tiefliegender Grundstücke, denen an einer kostenlosen Aufschüttung und Einebnung ihres Landes gelegen ist, wollen dies der Tiefbauverwaltung, Wagegebäude, Zimmer Nr. 23, mitteilen.

Rauchen verboten. Der Polizeipräsident macht neuerdings darauf aufmerksam, daß das Rauchen in sämtlichen hiesigen Lichtspieltheatern verboten ist. Uebertretungen werden künftighin unnachsichtlich zur Strafverfolgung gebracht werden.

Die Saale steigt weiter. Am Unterpegel der Schleuse Trotha wurde am Mittwoch ein Wasserstand von 2,70 Meter festgestellt. Das sind zehn Zentimeter Wuchs.

Stadtteil Westen, Zellengruppe 1. Morgen, Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" Sitzung aller Funktionäre.

Stadtteil Zentrum. Freitag, den 18. März, abends 7 Uhr, Stadtteilleitungssitzung. Um 8 Uhr Sitzung aller Funktionäre (Kassierer der Straßen- und Betriebszellen, Org-, Agitprop- und Pol-Leiter) bei Wöhel, Unterberg. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, Bericht vom Reichsparteitag in Essen und die Vorbereitungen zur Reichsparteikontrolle, ist unbedingtes Erscheinen erforderlich.

Achtung, Steinmetzen. Freitag, den 18. März, abends ½7 Uhr, wichtige Sektionsversammlung.

Achtung, Arbeiter-Sängerchor Halle!

Der Chor beteiligt sich an der Märztundgebung Merseburg am kommenden Sonntag. Treffpunkt ½8 Uhr früh auf dem Wettiner Platz. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, dem es irgend möglich ist, an der Fahrt teilzunehmen. **Der Vorstand.**

Gastspiel des Wiener Burgtheaters

„Der Schwan", ein Spiel in drei Akten von Franz Molnar

Dieses Gastspiel gehört zu den Ueberflüssigkeiten, an denen unsere Theaterleitung gerade in der letzten Zeit so viel Gefallen zu finden scheint. Ist's nicht ein Schmarrn, so ist's ein Reißer, ist's nicht ein Reißer, so ist es ein routiniertes Unterhaltungsstück, das unter Herbeizitierung teuer bezahlter Gäste zu einem Ereignis gemacht werden soll. Dieser „Schwan" von Molnar hätte, im Thalia-Theater vom hallschen Ensemble gespielt, denselben Effekt gehabt, nämlich eine drei Akte währende Beweisführung, daß Thronfolger und Prinzessinnen verkalkt, bösartig und lächerlich sind, daß es sich aber nur, flankiert von zwei hübschen jugendlichen Prinzen, unter Thronfolgern und Prinzessinnen leben läßt. Hier ist alles Zubehör einer Sonntagsbelustigung von den französisch und englisch parlierenden Dienern bis zu den bitzenden Ordenssternen der hochgeborenen Offiziere. Dazwischen wird noch von anderen Sternen gesprochen, die aber tausendmal größer sind als die Sonne und als dieses Gastspiel, dessen Romantik darin besteht, daß alle Personen der Romantik entsagen.

Es hätte also dieselben Dienste getan? Ja, aber das Publikum, das gestern unser Stadttheater (nicht) füllte, hätte sich das Sonntagsvergnügen im Thaliasaal nicht geleistet. Es mußte ihm schon großartiger serviert werden. Es wurde serviert wie die eisgekühlte Bouillon, von der im Stück immerzu die Rede ist. So spielen die Burgtheatermitglieder nämlich. Schauspielkunst eines andern Jahrhunderts in versilberten Konservenbüchsen. Diese sublime Hoftheaterkunst ist von dem angeblich neuen Kulturwillen des angeblich roten Wien unangetastet geblieben. Kaum fraglich, ob das an der Stärke dieser Kunst oder an der Schwäche des Kulturwillens liegt. Und es macht ja auch Spaß, historisch funkelnde Altertümer zu betrachten, aber das darf sich nur leisten, wer die ideologischen Ausstrahlungen dieser Altertümer überwunden hätte. Der herrschende Geist des Bürgertums wird sie nicht überwinden. Die Bürger wollen angleichen: sich selbst an diesen feinen Modergeruch und das vornehm Moderne an ihre nach Oel und Psychoanalyse riechende Zeit. Zu diesem Zweck legen sich die jugendlichen Liebhaberinnen einen so sinnlich gleitenden Ton zu. Maria Mayen, als Prinzessin Alexandra, hatte ihn auch.

Die Beratung über den Theateretat steht vor der Tür, und da kann nur gesagt werden: diese Art Genuß- und Vergnügungsgastspiele hat endlich aufzuhören. Olf.

Schaffendes Volk — armes Volk!

Der letzte Film der hallischen Kulturfilmgemeinde führte uns durch das herrliche Erzgebirge und durch verschiedene Städte Sachsens. Er behandelte weniger die Naturschönheiten als das Leben und die Tätigkeit der Erzgebirgler. Bald konnte man sehen, wie aus Ton schöne bunte Töpfe, Tassen und Krüge hergestellt wurden, bald sahen wir die Weber an der Arbeit, wie sie den Webstuhl traten, unermüdlich, ohne von ihrer Arbeit aufzublicken. Korbflechter, die Spankörbe herstellen, und Heimarbeiter für die Spielwarenindustrie, die die bekannten erzgebirgischen Spielwaren verfertigen. Die Herstellung der berühmten Sebnitzer künstlichen Blumen und der so begehrten Klöppelspitzen, alles das wurde gezeigt. Ueberall sahen wir ganze Familien vom kleinsten Sprößling bis zum Großvater bei der Arbeit. Es war in der Tat ein Film der Arbeit.

*

„Schaffendes Volk — fröhliches Volk" hieß der Film. Was ist über ihn eigentlich zu sagen? Er zeigt schöne Landschaften, bringt Bilder aus dem Leben der Arbeiter des Erzgebirges. Also könnten wir als Arbeiter diesen Film wohl als gut bezeichnen? Nein! Er ist es nicht! Der ganze Film ist für uns Proletarier nicht nur unzulänglich, sondern geradezu irreführend. Wohl sehen wir hier ein Bild der Arbeit. Wir sehen sechs bis acht und noch mehr Menschen in einem kleinen Raum Spielwaren herstellen. Wir sehen den alten ausgemergelten Weber, wie er emsig webt, den Töpfer, der mit ungeheurer Schnelligkeit der Beine sein Tischchen in Umdrehungen versetzt, damit er den Ton formen kann. Wir sehen die müden, alten Gesichter der Kinder, die mitarbeiten müssen, um den elenden Verdienst etwas zu vergrößern. All das zeigt uns der Film.

Was aber zeigte er nicht? Er brachte nichts über das wirkliche Leben der Bewohner des Erzgebirges. Nichts über die ungeheure Not, die unter ihnen herrscht. Nichts über die Hungerlöhne, die den Heimarbeitern für ihre mühevolle Arbeit gezahlt werden. Ich weiß, daß in Sebnitz (Sachsen) die Blumenarbeiterinnen für ein Gros hergestellter Blumen 30 bis 50 Pfennige „Lohn" erhalten und dafür fast zwei Stunden arbeiten müssen. Eine 86jährige Frau habe ich dort gesehen, die noch Blumen herstellt, um nicht zu verhungern. Das alles zeigt der Kulturfilm nicht. Es wäre Aufgabe einer Kulturfilmgemeinde, gerade diese Verhältnisse aufzudecken, sie der Welt zu zeigen und die Menschen aufzufordern, alles dafür einzusetzen, diese Schandbenkmäler zu beseitigen. Aber die bürgerlich-kapitalistisch eingestellte Kulturfilmgemeinde wird das weder wollen noch können. Das wird die Arbeiterschaft selbst tun müssen.

„Schaffendes Volk — fröhliches Volk?" Ein Volk, das so schwer leiden muß, wie gerade die Erzgebirgler, wo alle Familienmitglieder vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten müssen und dennoch in der größten Not leben, kann nicht fröhlich sein. Wir sagen daher:

Schaffendes Volk — armes Volk!

*

Neben diesem Film wurde noch ein sehr guter Naturfilm vom Spreewald gezeigt. Herrliche Aufnahmen der Spree, sowie die Sitten und Gebräuche der Spreewaldbewohner.

Der Beschluß an diesem Abend war eigentlich ein schlechter zu nennen. Proleten sah man überhaupt nicht. Das ist kein Wunder. Solange Filme gezeigt werden, die die verlogene Kultur der bürgerlichen Gesellschaft verherrlichen, wird kein Arbeiter die Veranstaltungen der Filmgemeinde besuchen. Aba.

Volkshochschule. Die Volkshochschule wurde in diesem Trimester von 2350 Hörern besucht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0006

Aus den Betrieben

n den Unglücksfällen im Bitterfelder JG.-Betrieb

Mangel an sanitären Einrichtungen

Am 6. März verunglückte im **Phosphorbetrieb von Werk I der** beiter Richard Barthel aus Holzweißig. Als er seinen Ofen schlackte, fing plötzlich die Arbeitsbluse aus bisher noch ungeirtem Grunde Feuer. Dem Kollegen Barthel wurde nicht unheblich die rechte Brustseite und die linke Hand verbrannt, daß sich seine sofortige Ueberführung nach dem Bitterfelder rankenhaus nötig machte.

Am anderen Morgen verunglückte der Arbeiter Schumann durch, daß ein Gehänge der Schwebebahn zerbrach und die chlackenmuhle auf seinen Fuß fiel, so daß sich Schumann ebenls in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Die sanitären Zustände im Werk I sind dringend besseingsbedürftig. In den Ofenbau gehörten etliche Sprungfässer it gut temperiertem Wasser, damit ein sofortiges Löschen der leidung möglich wäre. Jetzt befinden sich die Wasserbottiche im reien und das Wasser ist bei der jetzigen Jahreszeit eitig kalt. er ist ein dankbares Feld für die Betriebsvertretung! es weiteren sind Sonntags von 2 Uhr nachmittags bis Montagüh überhaupt keine Sanitäter im Werk, ebenfalls cht in der Nachtschicht, und kostbare Minuten verstreichen bei hweren Unglücksfällen, ehe ein Sanitäter telephonisch herbeirufen ist. Wohl sind eine ganze Anzahl Kollegen im Sanitätsienst durch den Werksarzt ausgebildet, aber wir möchten doch zweifeln, daß ein Mensch in drei Lehrstunden genügend rzhgebildet sein kann! Außerdem ist, wenn etwas passiert, ein Verbandsmaterial zur Verfügung.

Nun noch einiges über die Arbeitsverhältnisse im Phosphorbtrieb. Von den Ofenleuten werden dauernd **Nebenarbeiten ver**ngt. Reserveleute gibt es überhaupt nicht mehr, und wenn ein ofenmann fehlt, so müssen die anderen Kollegen die Arbeit mit erichten. Die Meister versprechen dann eine entsprechende Vertitung, aber wenn die Woche rum ist, merken wir am ahltage nichts davon. Hier ist der Doktor Dalem erantwortlich da er die von den Meistern geschriebene Prämie infach streicht. Er denkt nur an seine Dividenden; werden ch im Phosphorbetrieb **Millionen über Millionen Ueberschüsse** zielt.

Aehnlich liegen die Verhältnisse im Neubau. Wo früher an nem großen Ofen 12 Mann beschäftigt waren, müssen sie heute wei Oefen bedienen. Es ist eine Hetzjagd, so daß man sich undert, daß nicht noch mehr Unglücksfälle vorkommen. Alles eses geschieht im Zeichen der so überaus gelobten Nationalisierung — auf Kosten der Arbeiter.

Kollegen, wir rufen Euch zu: Organisiert Euch restlos im Fabrikarbeiterverband, kämpft mit uns gemeinsam um Abschaffung des Prämiensystems, welches nur Schmuser und Schmarotzer züchtet. Kämpft aber her mit einem ausreichenden Stundenlohn und tragbaren Arbeitsbedingungen! Mehrere Phosphorarbeiter.

Wer lacht, wird entlassen

Schon einmal mußten wir uns mit der seinen Firma **Mitteldeutsche Waffel- und Keksfabrik A.-G.** beschäftigen. Bei der Lohnzahlung am 11. März fanden etwa 25 bis 30 Frauen und Mädchen folgenden Zettel in der Lohntüte:

Falls Sie das dauernde Lachen bei der Arbeit nicht unterlassen, sind wir gezwungen, Sie zu entlassen, auch schon deshalb, weil Sie dadurch die jungen Mädchen von der Arbeit ablenken.

Eine nochmalige Warnung erfolgt nicht.

Gebr. Fricke, Mitteldeutsche Waffel- u. Keks-Fabrik GmbH.

Eisleben, den 11. März 1927.

So sieht es heute in den Betrieben aus! Solche Dinge können sich heute die Unternehmer leisten!

Warum albern die Mädels auch immer herum — so hörte ich schon von verschiedenen Leuten sagen. Aber überlegt Euch, wenn eine Mutter, um zu den Haushaltskosten beizutragen, in die Fabrik gehen muß und die Kinder sich dann ganz selbst überlassen bleiben und wenn ein Mädel selber schon früh das Brot mit verdienen muß, wobei viele sehr bald das Lachen verlernen, so ist sie im Betrieb nun doch noch nicht im Zuchthaus! Und die Herren Franz und Arno Fricke können ihnen wohl schwer das Lachen verbieten!

Es ist ein erbärmlicher Lohn, den die Arbeiterinnen der „Miwaffa" erhalten. **5,60 Mark (fünf Mark und sechzig Pfennig) pro Woche** erhalten sie zu Anfang. Dieser Lohn steigt bis 9 Mark bei 54stündiger Arbeitszeit — aber die 9 Mark bekommt man nur bei ganz besonderem Dusel und Willfährigkeit. Sobald die Zeit des höheren Lohnes (nach etwa einem Jahr) kommt, tritt „Arbeitsmangel" oder so etwas wie der heutige Zettel ein — und die Mädels werden entlassen. Nach einigen Wochen darf man wieder nach Arbeit fragen, wird eingestellt und darf wieder für 5,60 Mark pro Woche anfangen. Dieses sind allerdings feine Geschäftspraktiken!

Frauen, Mädchen, weshalb arbeitet Ihr für solchen Lohn und zu solchen Bedingungen? **Warum seid Ihr nicht organisiert?** Ist Euch noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß Ihr mehr Kleider bei Eurer Arbeit ruiniert und an Eurer Gesundheit verliert, als Ihr verdient? Lebt Ihr um zu arbeiten, oder arbeitet Ihr um zu leben? Ist unter Euch nicht eine, die zur Organisation drängt? Rafft Euch endlich auf, reiht Euch ein in die Front der klassenbewußten Arbeiter und kämpft für besseren Lohn und bessere Arbeitszeit! Dann werden auch die Gebrüder Fricke schließlich höheren Lohn zahlen müssen, oder sie werden hinweggefegt.

„Kampf um die Betriebsdemokratie"

Unter diesem Titel bringt die **„Mansfelder Volkszeitung"** vom 12. März, von der übrigens nur die Zeitung da ist, aber das „Volk", welches sie liest, fehlt, eine Betrachtung **über die bevorstehende Betriebsratswahl beim Kreisausschuß des Mansfelder Seekreises.**

Auf die Notwendigkeit der Wahl wollen wir nicht weiter eingehen, höchstens erwähnen, daß mancher Betrieb sich an dem vorgenannten ein Beispiel nehmen könnte. Jedenfalls war es so unter der Aera Mettenheim. Damals hat bei der Kreisverwaltung immer eine sehr gute Betriebsvertretung bestanden — ob es heute noch so ist, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. Denn heute herrscht die SPD., die jetzt bei dem Regiment ihrer Parteigenossen die Kollegen auf die Betriebsratswahl hinweist, während sie früher das nicht für notwendig hielt.

Wenn der Artikelschreiber glaubt, das Schlußlosen vom Zentralverband nach 1921 der Kommunistischen Partei anzuhängen, so wäre dieses **ja auch nur ein Beweis, daß lediglich die Kommunisten wirkliche Gewerkschaftsarbeit geleistet haben.** — Bis zu dem 21er-Aufstand in Mansfeld gehörte der größte Teil der Beamten und Angestellten des Kreisausschusses der Kommunistischen Partei an, allerdings weniger aus Ueberzeugung, als aus Konjunkturgründen, so daß, als es 1921 galt, Ueberzeugungstreue zu zeigen und persönliche Opfer zu bringen, so mancher abschwirrte. Der ZdA. am Orte war in der Hauptsache von KPD.-Genossen aufgebaut. Als die Leichenfledderer nun über die KPD. herzogen, sprangen die Konjunkturhelden aus Angst auch vom ZdA. ab und gingen in die gelben Verbände, wovon heute noch ein Rest vorhanden ist.

Auf die Namen der einzelnen Gelben wollen wir heute nicht eingehen. Wenn wir uns aber recht besinnen, so ist der mit auf der gelben Liste stehende Gründler der junge Mann, welcher wohl im Jahre 1922 ob seiner großen Aehnlichkeit mit Mettenheim in Verbindung gebracht wurde. Dem damals als Urheber der Behauptungen unter Anklage stehenden Angestellten ist die Beweisführung nicht geglückt, Beweise sind nicht erbracht.

Ein recht netter junger Mann scheint auch der Techniker Munderbach zu sein, der noch zwei Tage vorher als Butab-Mitglied als Gast an der ZdA.-Versammlung teilnahm. Nun, der Butab kann auf solche ehemaligen Mitglieder stolz sein, aber noch stolzer die Vertreter der gelben Landratsamtsliste — wir und die Angestellten des Landratsamtes können den „Gelben" diesen Zuwachs gönnen.

Wieviel „Klassenkampf"-Leser hat Deine Betriebszelle gewonnen? Berichte darüber der Redaktion

Betriebsmord!

Explosion in der Celluloidfabrik Eilenburg

Eilenburg, 16. März.

Mittwoch nachmittag ½2 Uhr explodierte das Mundstück einer Röhrenpresse. Der Vorarbeiter Willy Heine wurde dabei schwer verletzt, so daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Erst im vergangenen Jahre wurde bei einem derartigen Unfall der Vorarbeiter Moritz schwer verletzt, der an den Folgen starb. Verschiedene Unfälle haben sich nach dieser Zeit in derselben Abteilung ereignet, in der heute außer den Vorarbeitern nur Arbeiterinnen beschäftigt sind.

Der Streik geht weiter

Der Streik bei Steffens & Nölle (Stickstoffwerke Piesteritz) geht weiter. Das Angebot der Firma bei der heutigen Verhandlung wurde mit 102 gegen 3 Stimmen, bei 3 ungültigen Stimmen abgelehnt. Die Löhne sollen betragen inkl. Höhenzulage:

gelernte Arbeiter bis zu 20 Jahren	53 Pf.,	heute zugestanden 70 Pf.
gelernte Arbeiter über 20 Jahre 63, 67 und 75 Pf.,		heute zugestanden 80 Pf.
ungel. Arbeiter bis zu 20 Jahren 47 bis 67 Pf.,		heute zugestanden 68 Pf.
ungelernte Arbeiter über 20 Jahre		heute zugestanden 72 Pf.

Weiter sollen gelernte und ungelernte Arbeiter unter 20 Jahren keine Höhenzulage bekommen. Der Streik geht also weiter. Die Monteure sind bis auf fünf Mann abgereist. Ein Apollensdorfer Arbeiter macht Streikarbeit. Während die Fa. Monierbau, Akt.-Ges., und auch die „Huta" bedeutend höhere Löhne zahlt, weigert sich die bestreikte Firma, für die Morbarbeit die Forderungen zu bewilligen. Vor Arbeitsannahme wird gewarnt.

Bei der Eisenbahn — — —

(Arbeiterkorrespondenz)

Ein Antreiber übelster Sorte ist der Rottenmeister Beckmann auf **Bahnmeisterei 4, Halle,** Sammellager. Er tituliert die Leute mit Kosenamen wie Faulenzer, Bummelanten, usw. Am Freitag hatte er wieder seinen schlechten Tag, wo er ein paar Arbeiter, welche beim Ausladen von Wagen beschäftigt waren, wieder mit Redensarten belästigte, als ob sie dumme Jungens wären. Als die Arbeiter sich dieses verbaten, sagte er, sie sollen sich mit Leck.... unterhalten. Dieser Flegel hat scheinbar seine Bildung in einer Baumschule erhalten, und wir können ihm nur empfehlen, einmal „Knigges Umgang mit Menschen" zu lesen.

Arbeiter der Bahnmeisterei, erkennt aus solchen Vorgängen, daß es höchste Zeit wird, daß Ihr Euch organisiert und solchen Leuten, denen Ihr erst ihr Gehalt mitverdienen müßt, das Handwerk legt.

Eisenhandlung Theodor Richter, Halle

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Zustände bei der Firma Richter sind geradezu unerhört. Wann morgens angefangen wird, weiß der Meister Grützner genau, aber wann Frühstücks- und Mittagspause ist, weiß er bestimmt nicht. Feierabend soll um ½5 Uhr sein, aber bei dem Meister Grützner geht es am liebsten von früh bis nachts.

Auch laufen ihm die Arbeiter mit ihrer schweren Last nicht schnell genug. Zu einem Arbeiter sagte er, wenn er nicht schneller laufen könnte, dann soll er seine Papiere holen. Herr Grützner bekommt nämlich dann höhere Prozente.

Die meisten Arbeiter werden nach wenigen Tagen wieder aus dem Betrieb geekelt. Kollegen, die in dem Betriebe arbeiten, laßt Euch von dem Meister nicht die Spitze bieten!

Traurig, aber wahr

Von einem Arbeiter des **Steinbruchs Wildschütz** bei Torgau geht uns folgender Brief zu:

Werte Redaktion! Ich bitte um Aufnahme dieser Zeilen, bin parteilos, erkenne aber nun, da man täglich die traurigen Zustände sieht, daß wir uns in Gewerkschaft und Partei organisieren müssen. Im obengenannten Steinbruch geht es jetzt wieder drunter und drüber. Die Firma kann nicht genug liefern, so daß wir **im Februar vier Wochen lang 9 Stunden arbeiten mußten, „weil** es der Betrieb erforderte". Als diese vier Wochen um waren und wir wieder 8 Stunden arbeiten wollten, ließ der Betriebsleiter Wolf durch ein Betriebsratsmitglied dem Betriebsratsvorsitzenden mitteilen, daß **9 Stunden weiter gearbeitet werden müßten.** Als der Betriebsrat dem Betriebsleiter dann erklärte, daß die Brecher nur noch acht Stunden zu arbeiten beschlossen haben, erklärte Wolf: **„Das ist ja nur der Betriebsrat, die Brecher arbeiten auch neun Stunden,** dem Betriebsrat glaube ich nicht." So kommen beide in Wortwechsel, wer über die Arbeitszeit zu bestimmen habe, und Wolf wird ausfällig: „Wenn Du nicht machst, daß Du raus kommst, dann fliegste raus." Der Betriebsrat verbittet sich das, Wolf springt auf den Betriebsrat zu, holt mit geballter Faust aus und knirscht: „Wenn Du jetzt nicht machst, daß Du rauskommst, haue ich Dir ein paar in die Fresse."

Was heute dem Betriebsrat angeboten wird, kann morgen schon bei der Belegschaft ausgeführt werden. Deshalb Kollegen, zusammenschließen in Gewerkschaft und Kommunistischer Partei! Und bei der Betriebsratswahl erst recht Kollegen gewählt, welche nicht vor wilden Tieren zurückschrecken, sondern die Belegschaft energisch vertreten.

Wie sieht es auf den Gruben aus?

Plessaer Kohlenwerke

Zu den bevorstehenden **Betriebsratswahlen** greifen nach Mitteilung des Gründers der Wertsgemeinschaft die Beamten zu recht fraglichen Mitteln. Sie sollen die Kandidaten der Liste der Werksgemeinschaft selbst aufgestellt haben, was dem BRG. wohl nicht entspricht, und zu einer Anfechtung der Wahl führen muß. Dem Gründer der Werksgemeinschaft scheinen auch die Anordnungen der Angestellten in betrieblicher Hinsicht nicht einwandfrei zu sein, denn er äußerte sich dahin, daß diesen die Stücke gleich an den Kopf fliegen müßten. Auch uns erscheint es als unzulässig, daß **Pumpenwärter, welche sechs Pumpen zu bedienen haben, noch zwei Fördermaschinen beaufsichtigen müssen,** und das in einer Entfernung von 600 bis 700 Metern. Außer den vielen Betriebsstörungen gefährdet das die Gesundheit und das Leben der Arbeiter. Es ist dringend nötig, daß die Aufsichtsbehörden dagegen einschreiten.

Durch die stetige Antreiberei konnte erst kürzlich wieder **ein Kamerad das Augenlicht und vielleicht auch das Leben einbüßen,** indem ihm eine Schraube an den Kopf flog. In der Antreiberei sucht immer ein Angestellter den anderen zu überbieten und sich bei dem Betriebsleiter beliebt zu machen. Auch die Bäume dieser Helden werden nicht in den sogenannten Himmel wachsen. Es wird für die Zukunft unser Bestreben sein, die Mißstände in voller Oeffentlichkeit aufzudecken.

Zur Frage der achtstündigen Arbeitszeit möchten wir noch bemerken, daß ein Unterschied zwischen Freigewerkschaftlern und Werksgemeinschaftlern und zwischen Arbeitern und Angestellten nicht besteht, sondern alle hier dasselbe Ziel haben. Wenn die freien Gewerkschaften die achtstündige Arbeitszeit wirklich durch Kampf zurückzugewinnen die Absicht haben, so müssen sie die Mobilisierung aber auch vor Ablauf des Mehrarbeitsabkommens durchführen. **Sollten die Kampfesmaßnahmen der freien Gewerkschaften betreffs der Arbeitszeit unterbleiben, so würde das bestimmt eine Stärkung der gelben Werksvereine hervorrufen,** umgekehrt würde das Vertrauen zu den freien Gewerkschaften gestärkt.

Abraum, Grube Kurt, Streckau

Es werden jetzt überall Vorbereitungen zur Betriebsratswahl getroffen, so auch auf Grube Kurt, Abraum. Der Kollege, der hauptsächlich in Frage kam, wurde **schnell in die Schwelerei verschoben.** Er wurde indes krank (Grippe) und gleich noch am Tage der Krankmeldung kam auch schon die Kündigung! Die Herren Grubengewaltigen wollen natürlich keine Betriebsräte, sie wollen ungehindert herrschen und ausbeuten.

In diesem Betrieb hat nun schon **zwei Jahre kein Betriebsrat** fungiert, die früher da waren, haben alle selber das Feld geräumt. Durch seine Treibereien soll demnächst Herr Schobb („Gottes Lohn") einen höheren Posten bekleiden. Viele Arbeiter haben es noch nicht begriffen, daß sie sich organisieren müssen. Man hört so verschiedene Meinungen unter den Kumpels. Viele erklären, daß sie **nicht im Verband bleiben, wenn es im Mai wieder nichts mit dem Achtstundentagkampf wird.** Andere wollen „erst mal sehen", dann wollen sie der Organisation beitreten. Das ist natürlich verkehrt, denn der Verband kann, auch wenn er will, nichts machen, wenn die Arbeiter nicht selber aktiv sind! Deshalb, Kameraden, so schnell als möglich in den Verband, nicht noch weiter zögern und warten, das hindert uns nur in der Bewegung. Und nicht herausgegangen, sondern dabei geblieben und **mit den Kameraden gearbeitet, die die Opposition bilden innerhalb der Gewerkschaften,** damit diese stärker wird. Sie sind es, die die Gewerkschaft zu einer Kampforganisation machen wollen, damit das Unternehmertum wieder Respekt bekommt vor der Organisation.

Grube „Walters Hoffnung", Stedten

Vor kurzem mußten alle krankfeiernden Arbeiter der Grube auf Anordnung des Direktors Heckmann in der Werkskrankenstube erscheinen, wo sie durch zwei Aerzte untersucht wurden. Das neueste bei dieser Untersuchung war, daß der Direktor mit einem Werksschreiber selbst während der Untersuchung der kranken Kumpel im Zimmer anwesend war. Wie können sich die Aerzte ein derartiges Mißtrauen und eine solche Kontrolle bieten lassen! Soll etwa auch auf diesem Gebiete rationalisiert werden, sollten etwa die Aerzte noch ausgeschaltet werden und **einfach durch einen Machtspruch des Berggewaltigen bestimmt werden, wer krank ist und wer nicht?** Wenn der Direktor die Zahl der Krankfeiernden vermindern will, **so soll er schnellstens das menschenmordende Akkordsystem abbauen!**

Ein Seuchenherd sondersgleichen ist die 100 Meter lange Laufstrecke in dieser Grube, in welcher Kohlenstaub 20 bis 30 Zentimeter hoch liegt. Es kommt vor, daß die durchschwitzten Kumpels öfters vor der Kaue im Winde stehen müssen und nicht hinein können. Erkältungen sind die Folge.

Im Zusammenhange des gesamten Antreibesystems wäre noch viel zu schildern von diesem „Musterbetrieb". — Kumpels, organisiert Euch im Bergarbeiterverband, tretet ein in die rote Klassenfront, denn nur geschlossen können die Schikanen und Brutalitäten der Unternehmer und ihrer Knechte abgewehrt werden. Auch verweisen wir auf die in Kürze stattfindenden **Betriebsrätewahlen.** Stellt nur klassenbewußte, organisierte Genossen auf, folgt deren Weisungen, und Ihr kommt ein ganzes Stück in Eurem harten Kampfe ums Brot vorwärts.

Briefkasten

„Ein Schlachtfeld der Arbeit" (Fa. Steffens & Nölle) kann nur gebracht werden, wenn Einsender seine Adresse einsichtet und persönliche Verantwortung übernimmt. — Eine Reihe seit Sonnabend voriger Woche eingesandter Korrespondenzen mußten aus Raumgründen noch zurückstehen. — Sendet Resultate und Berichte von den Betriebsrätewahlen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0007

MAGGI's Fleischbrühwürfel

MAGGI's Fleischbrüh-Würfel 4 Pfg.

sind mit bestem Fleischextrakt und feinen Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Auf Teilzahlung

Moderne Frühjahrsbekleidung!

Damen-Mäntel ℳ 62,– 53,– 48,– 32,– **22,–**

Damen-Kleider ℳ 52,– 48,– 32,– **24,–**

Kleine Anzahlung ☆ Wochenrate 3 Mk.

Paul Sommer

Leipziger Straße 14 I. und II. Etage

gegenüber Café Zorn

Sie staunen!

über die **Reichhaltigkeit** und Billigkeit unserer **Frühjahrsmoden!**

Damen-Spange, schwarz mit Kroko-Einsatz und Louis XV.-Absatz	7.95	Herren-Stiefel schwarz Rindbox, gute Qualität	8.90
Damen-Spange, braun	7.90	Herren-Stiefel schwarz Rindbox, gute Strapazierware	10.90
Damen-Lack-Spange gute Qualität, eleg. Ausführung . 9,75 8,90	7.90	Herren-Halbschuh schwarz Rindbox, elegante Form . . . 9,75	7.90
Damen-Spange und Pumps (die große Mode) grau, braun und blond	11.90	Herren-Halbschuh braun Rindbox, elegante Form . . . 13,75	11.90
Damen-Pumps, schwarz mit Gummizug	10.50	Herren-Halbschuh, schwarz elegante Form	12.50
673 Konfirmanden-Stiefel Ia. Qualität 10,90	9.75	für Mädchen 8,75	7.90

Schweres Arbeits-Schuhwerk in Qualität! Billige Preise!

Schuhwarenhaus Hönigsberg, Halle a. S.

1. Geschäft: Gr. Ulrichstr. 54 — 2. Geschäft: Geiststr. 9 (Ecke Fleischerstr.)

Geschäftseröffnung!

Meiner werten Kundschaft sowie dem geehrten Publikum von Halle und Umg. zur gefälligen Kenntnis, daß ich meine Geschäftsräume von der **Jacobstraße Nr. 38** nach der

Schwetschkestraße Nr. 4

(Ecke Bertramstraße) 674

verlegt habe. Es wird auch fernerhin mein Bestreben sein, meine Kundschaft zur vollsten Zufriedenheit zu bedienen. Bei dieser Gelegenheit empfehle ich nochmals mein reichhaltiges Lager in

Fahrrädern, Grammophonen Näh- und Wring-Maschinen

Anzahlung 10,— Mk., Teilzahlung wöch. 3,—Mk.

Rahmenpumpe und Ständer gratis!

Fahrradvertrieb, Auslieferungsstelle Halle

Anna verw. Stölzel, Leipzig

Alfred Hallbauer, Geschäftsführer

Restaurant „Zur Weintraube"

Weißenfels — Weißenfels

Freitag, den 18. März 1927:

Großes Schlachtefest

Von 10 Uhr an: Wellfleisch

Nachmittags: Frische Wurst und Bratwurst

wozu freundlichst einladen *736

Alfred Pinn und Frau

Frühschoppen- u. Abend-Konzert

Kaufen Sie direkt ab Fabrik! Sie sparen viel Geld

Holz- und Metallbetten, Polsterwaren, Kleider- u. Wäscheschränke, Küchen Tische, komplette Schlafzimmer usw. 671

billigst bei bequemen Teilz.-Bedingungen

Fabrikniederlage:

Halle a. S., Leipziger Str. 13

Seitengebäude — Kein Laden

Vertreter: Bernh. Schormann

Schlossgarten-Lichtspiele, Zörbig

Inhaber: Strohschneider *92

Jeden Freitagabend 8 Uhr:

Vorstellung

Goldschmied Alfred Koch

7 Landwehrstraße 7

Reiche Auswahl preiswerter

Schulentlassungs-Geschenke

in Gold-, Silber- u. Kristallwaren

Herren- u. Damen-Uhren

Leder

zu bekannt billigen Preisen 97

Sommer & Kurzhals

Albrechtstr 46, Ecke Geiststraße

Edison-Lichtspiele

Keuschberg-Dürrenberg

Jeden Freitag u. Sonnabend im Gasthof zur Sonne empfehlen wir unsere neuesten

Filme.

Paul Sonntag.

Bringe mein

Rasier-Geschäft

in empfehlende Erinnerung

Gute Bedienung — Solide Preise

Albert Gutjahr,

Eisleben, Jüdenhof 12

Trinkt Barbarossa-Bräu

Baugewerkschule Halle a. d. S.

Klasse III

Beginn des Sommerhalbjahres: 21. März

Halle, 15. März 1927. Der Magistrat.

JOSKE, das führende Kaufhaus, Weißenfels

Farben

Schlemmkreide, Harnstoff Heilkräuter, Sämereien

Barbara-Drogerie

Merseburger Straße 104

Otto Hänisch

Fahrräder

Turmstraße 156

Wo kauft man **Bettfedern Inlettstoffe fertige Betten** am besten?

Bei **Kreß & Co.**

Halle a. d. S.

Pfännerhöhe 4 — Pfännerhöhe 4

Bettfedern-Reinigungsmaschine täglich im Betrieb

Hermann Schütze

Zigarren, Zigaretten und Tabake

Pfännerhöhe 52

Ia. Fahrräder

Nähmaschinen, Sprechapparate sämtliche Ersatzteile billigst

— Eigene Reparaturwerkstatt —

Emaillieren und Vernickeln

August Kraft

Steinweg 51 Geiststr. 49

Tel. 25156. Zahlungserleicht.

Was schenken Sie Ihrem Gatten, Bruder, Bräutigam?

Eine echte Shagpfeife

von

Johannes C. Müller

Leipziger Straße 75

Zigarren — Zigaretten

Hermann Zander

Bertramstraße 20 u. Lessingstraße 26

Kolonialwaren

Konserven ⊙ Weine

Fahrräder

Triumph, Panther, Presto Vittoria

Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate

— Zahlungserleichterungen —

Paul Krause

jetzt Geiststraße 39

Schuhe und Stiefel

wie immer nur bei

Alzak Steinweg 46-47

Ecke Taubenstraße

Arbeiter

laßt Strapazierschuhe nur mit grünem Leder „Marke Goliath" besohlen

1 Jahr Haltbarkeit, keine Seltenheit!

Kirchnerstraße 18a **Fußwohl** Wörmlitzstraße 6

Schuhinstandsetzungsfabrik

Auch Leder im Ausschnitt

Herrenhüte

für Straße und Sport

Regatta-, Sport-, Schülermützen

Sämtliche Vereinsmützen

J. Kaliga

Mützenfabrikant

Große Klausstraße 35

Telephon 24436

Größte Auswahl billigste Preise

Herren- u. Knabenkleidung sämtliche Berufskleidung

Gustav Reinsch

Marktplatz 25

im Roten Turm

Hallmarkt-Drogerie

Paul Claus

Dreyhauptstr. 2 — Dreyhauptstr. 2

Farben — Lacke — Pinsel

schnelltrockn. Fußbodenfarben

streichfertige

Oelfarben

Göbels Schuhe

sind die besten

Schuhfabrik, Einzelverkauf

20 Prozent Fabrikherstellungsrabatt

Schuhfabrik Albrechtstraße 25

Nähe Ludwig-Wucherer-Straße

Fahrräder

Opel, Phänomen und andere erstklassige Spezialmarken in großer Auswahl

Geringe Anzahlung, Wochenrate 3,— Mark

Reparaturen prompt und billig

Max Lange

Ludw.-Wucherer-Str. 63

Fahrräder

Nähmaschinen, Sprechapparate u. Zubehörteile

R. Kümpfel

Gr. Klausstraße 19

Ecke Domstraße

Groß-Roßschlächterei

Karl Böhlert

Halle an der Saale, Olearius-straße 3, Reilstr. 30, Tel. 23933

Ammendorf, Hauptstr. 30, Tel. 29

empfiehlt:

Prima Fleisch- u. Wurstwaren, warme Würstchen z. jd. Tageszeit

---

G. Both

Fleischermeister, Schwetschkestr. 19

Ecke Lerchenfeldstraße, empfiehlt

Ia. hausschlachtene Wurstwaren

Spez.: Wiener Würstchen

Jagd-, Sardellen-Leberwurst

Damen- u. Herrenhüte

Mützen aller Art

kaufen Sie zu äußerst billigen Preisen bei größter Auswahl im Spezialgeschäft

H. Gutermuth

Halle a. d. S. Rannischestr. 12

Gruden Oefen, Herde Gaskocher

Christian Glaser

Gr. Klausstr. 24

Carl Saatz

Rannischestr. 6 — Rannischestr. 6

Drogen, Parfümerien

Toilette-Artikel

Farben, Lacke

Zigarren

Zigaretten u. Tabake

Willy Feigler

Merseburger Straße 161

Zweiggesch.: Bahnhofsausgang Thielenstraße

Lauchstädter Straße 26

Delitzscher Str. 9

Spirituosen

Kolonialwaren

Spezialität:

Gebrannte Kaffees

Paul Richter

Steinweg 53 und 15

Geiststraße 32

Zigarren

Zigaretten, Tabake

M. Henning Pfännerhöhe 33 Telephon 28116

Schokoladen

kauft man am besten bei

Franz Däubert Thielenstraße (Bahnhofsausgang)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Große Wirtschaftskämpfe

Zur Erringung des Achtstundentages, Erhöhung der Löhne, größere Rechte für die Betriebsräte stehen bevor.

Darum stärkt die Internationale Arbeiter-Hilfe!

Sie unterstützt streikende, ausgesperrte und gemaßregelte Arbeiter und deren Frauen und Kinder.

Die Belegschaften der Betriebe und alle proletarischen Organisationen müssen sich der IAH. korporativ anschließen.

In Teutschenthal und Schraplau wurden neue Ortsgruppen gegründet. In Schraplau wurden neben 15 Einzelmitgliedern die Ortsgruppe des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung als korporatives Mitglied gewonnen.

In Halle hat eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Steinarbeiter einstimmig den korporativen Beitritt beschlossen, ferner in Naumburg die Ortsgruppe des Internationalen Bundes und der Arbeiter-Samariter-Bund.

Weitere Nähstuben wurden errichtet in Wittenberg, Stedten, Dölau und Naumburg.

Ostern (15. bis 18. April) wird der **2. Reichskongreß der IAH. in Erfurt** stattfinden. Am Oster-Sonntag ist ein großes internationales Meeting, wo Vertreter der Werktätigen aus fast allen Ländern zu den Besuchern des Kongresses sprechen werden.

Alle Vereine und Belegschaften der Betriebe, die den Ausbau der proletarischen Solidarität fördern wollen, werden aufgefordert, zu diesem Massenmeeting **Delegierte nach Erfurt zu entsenden.**

Weitere Auskunft vom Landesausschuß Halle, Große Steinstraße 16.

Tagung des Provinzialausschusses

Vor Eröffnung des 42. Provinziallandtages fand eine Sitzung des Provinzialausschusses statt. Es wurden noch folgende Vorlagen an den Landtag festgestellt:

1. Zusammenfassung der Sächsischen Provinzialbank zu Merseburg und Girozentrale — Kommunalbank für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt — zu Magdeburg zu einer „Mitteldeutschen Landesbank für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt (Girozentrale)".
2. Nachtrag zur Viehseuchenentschädigungssatzung.
3. Bürgschaftsübernahme durch den Provinzialverband für das Ev. Diakonissenhaus in Halle.
4. Wahlvorschläge für die Wahl der Stellvertreter des Landeshauptmannes als Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt sowie im Hauptamt und des Landesbaurats des Hochbaues.

Der Provinzialausschuß beschloß, den Provinzialverband an der Flughafengesellschaft in Erfurt m. b. H. mit 25 000 Mk. zu beteiligen.

Noch einmal Volkschor Merseburg

Wir erhielten von unserer Genossin nochmals folgende Zuschrift:

Die in der Nr. 57 des „Klassenkampf" veröffentlichte Richtigstellung meines Berichtes über das Winterkonzert des Merseburger Volkschores veranlaßt mich, noch einmal zu dem Thema Stellung zu nehmen. Hinsichtlich des Eintrittspreises ist mir kein Irrtum unterlaufen. Bei einem Preis von 1,25 bis 1,50 Mark pro Person ergibt sich für einen „Proleten mit seiner Frau" (vgl. ersten Bericht) tatsächlich die Summe von 2,50 bis 3 Mark. Es ist aber möglich, daß dies etwas unklar ausgedrückt ist und ich infolgedessen mißverstanden worden bin. Ich weise jede Verdächtigung einer „böswilligen Herabwürdigung der Tätigkeit des Merseburger Volkschores" ganz entschieden zurück. Kleinliche Nörgelsucht ist mir fremd. Ich bin auch nicht, wie man indirekt zu verstehen gab, von einer bestimmten Seite instruiert oder geschoben worden. Ich habe ferner an der künstlerischen Leistung des Merseburger Volkschores einschließlich seines musikalischen Leiters keinerlei Kritik geübt, vielmehr handelte es sich in meinem Bericht um eine „grundsätzliche Stellungnahme" (vgl. ersten Bericht). Aus dem Wortlaut der Richtigstellung ersehe ich, daß man mich vollkommen falsch verstanden hat, daß man in Sängerkreisen meine Auffassung entweder nicht teilen kann oder nicht teilen will und aus diesem Grunde versucht, die ganze Sache bewußt oder unbewußt auf ein anderes Gleis zu schieben. Die Tatsache, daß Weißenfelser und Dürrenberger Volkschor Freiheitslieder gesungen haben, hat doch mit meinem Urteil über das **Winterkonzert des Merseburger Volkschores** — und nur über dieses habe ich berichtet — nicht das geringste zu tun. Es ist deshalb auch gänzlich ungeeignet, meine Einstellung zu eben diesem Konzert in irgendwelcher Weise umzugestalten. Meine Meinung mit der ich **nicht allein dastehe**, geht dahin, daß **jede** proletarische Organisation, ganz gleich, welchen Namen sie trägt, die Verpflichtung hat, sich voll und ganz **in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse zu stellen.** (Auch der „VDGSR") Tut sie das nicht, so verliert sie ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung und damit in gewissem Sinne **ihre Existenzberechtigung überhaupt!** Das gilt auch für die Arbeiter-Sänger, sobald sie die Pflege des Gesanges als Selbstzweck, nicht als **Mittel zum Zweck** betrachten. Sogenannte klassische Musik wird uns so oft geboten, daß wir unseren Bedarf daran vollauf decken können. **Dazu brauchen wir keine Arbeiter-Sänger,** denn die komplizierten Kompositionen eines Beethoven, Mendelssohn, Händel, Haydn, Liszt oder wie sie heißen mögen, werden auch durch die Arbeiter-Sänger nicht Allgemeingut des „Volkes". Das Betätigungsfeld der Arbeiter-Sänger liegt in der **proletarischen Musik.** Revolutionäre Kampflieder, immer und immer wieder gesungen, werden schnell geistiges Eigentum der breiten Massen sein. Das ist der eigentliche Zweck und das Ziel der Arbeiter-Sängerbewegung. Ich verkenne absolut nicht, daß auch der „Maiturnfahrt" eine gewisse Tendenz innewohnt. Aber was für eine! Heißt die Losung etwa „Kampf"!? Oder auch nur „Wehrt Euch!"? Wer wollte das behaupten? Einen einzigen Satz akzentiere ich daraus: „Die Flamme reinigt sich vom Rauch." Ich wünsche nämlich, daß, so wie die Flamme sich vom Rauche reinigt, wir uns alle reinigen und befreien mögen von aller bürgerlichen Tradition und Ueberlieferung, die wir immer noch wie eine Kette hinter uns herschleppen. Und ich sage noch einmal: „Die Arbeiterschaft hat weder Ursache noch Bedürfnis, dem Gedenken eines Mendelssohn ein Konzert zu widmen!"

Rosa Vo.

Verhaftung eines höheren Leuna-Angestellten

Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters ist in Frankenthal der Fabrikant Albert Wagner durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. Gleichzeitig wurde der frühere Leiter des Postbauhauses Ludwigshafen, Baurat Kastell, in seinem Bureau in Speyer verhaftet. Direktor Wagner, der bereits im Hoeffe-Prozeß eine Rolle spielte, werden große Durchstechereien in Gemeinschaft mit dem Baurat Kastell zur Last gelegt. Es handelt sich dabei um Veruntreuungen von Postbauarbeiten. Im Zusammenhang mit der Angelegenheit ist ein weiterer Haftbefehl gegen einen Angestellten der J. G. Farbenindustrie, Abteilung Merseburg, namens Stamberg, erlassen worden. — Korruptionen, Durchstechereien höherer Beamter kennzeichnen den verfaulten Zustand unserer herrlichen von „Gott gewollten" Gesellschaftsordnung.

25 Jahre Genossenschaft in Lützen!

In den nächsten Tagen kann die hiesige Filiale der Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg auf ein **25jähriges Bestehen** zurückblicken. Die Verwaltung hat beschlossen, diesen Tag würdig zu begehen. Aus diesem Grunde soll am Sonnabend, dem 19. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" eine entsprechende Feier stattfinden.

Die Genossenschaftler werden daher aufgefordert, mit ihren Angehörigen diese Veranstaltung zu besuchen, um sich von den Erfolgen, welche die Genossenschaftsbewegung in unserer Filiale gemacht hat, zu überzeugen. Da an diesem Tage unsere Filiale schon bereits um 6 Uhr geschlossen wird, ersuchen wir unsere Mitglieder, ihre Einkäufe vor 6 Uhr zu machen.

Stadtverordnetenversammlung in Lützen

In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stehen acht Tagesordnungspunkte zur Verhandlung. Unter anderen auch der Beitritt zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft m. b. H. Bekanntlich hat die bürgerliche Mehrheit den kommunistischen Antrag, den Wohnungsbau in eigener Regie auszuführen, abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit hat beschlossen, den Bau an Wohnungen durch eine zu gründende Gesellschaft ausführen, und zwar wollen sich die Stadt mit 50 Prozent des Betriebskapitals und die hiesigen Handwerksmeister ebenfalls mit 50 Prozent beteiligen. Selbstverständlich wird sich der Bau dieser Wohnungen teurer stellen als in eigener Regie, so daß **die Mieter die Leidtragenden** sein werden. Ferner soll auch die Stadtverordnetenversammlung beschließen, eine größere Anleihe aufzunehmen, welche zu Wohnungsbauten und Straßenpflasterung verwandt werden soll. Auch diese Sitzung muß von den hiesigen Arbeiterwählern zahlreich besucht werden.

Erwerbslosenversammlungen

zum Reichs-Erwerbslosentag am 18. März 1927

Halle, vormittags 10 Uhr im „Volkspark". Referenten: Schröter und Häker.

Weißenfels, nachmittags ½3 Uhr im „Tivoli". Referentin: Irmgard Rasch, Halle.

Naumburg, nachmittags 3 Uhr im „Goldenen Hahn". Referent: Genosse Lenke, Zeitz.

Delitzsch, nachmittags 3½ Uhr im „Lindenhof". Referent ist anwesend.

Genosse, hast Du schon Deine Fahrkarte?

Merseburg. Der „Zentralverband der Witwen und Waisen" hielt am 13. März 1927 hier in der „Guten Quelle" eine Protestversammlung ab. Das Referat hatte Genosse Hirsemann, Merseburg, übernommen, der eingangs seiner Rede erklärte, daß die proletarischen Opfer, die der Weltkrieg gefordert hätte, sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie wüßten, in welch schamloser Weise die Opfer des Krieges und der Arbeit abgespeist würden. Heute wandert alles an die Gräber der im Weltkrieg Gefallenen und **heuchelt Mitleid,** und die zurückgebliebenen Opfer haben nicht das Nötigste, ihren Unterhalt zu decken. Genosse H. zeigte an Hand von Beispielen die elende Lage der Arbeitsinvaliden und den Kampf des Zentralverbandes um Besserung der Lage der Opfer der Arbeit. Die Schwerindustrie lehnt jedwede Tragung von Soziallasten ab, obgleich feststeht, daß das Schwerkapital 300 bis 400 Prozent Ueberprofite macht. **Mit monatlich 35 bis 45 Mark muß ein altes Ehepaar auskommen** und das sind meist diejenigen, die jahrzehntelang von der Schwerindustrie ausgebeutet wurden und Werte geschaffen haben. Dagegen bekommen abgetakelte Generale, die den Kampf gegen die „Republik" geführt haben, eine Jahrespension von 17 000 Mark. Auch sogenannte „Volksvertreter", die leider von einem großen Teil der Invaliden mitgewählt worden sind, haben absolut keine Rücksicht genommen auf die Belange der Arbeitsinvaliden. Er forderte auf, bei der nächsten Wahl den Parteien die Quittung zu erteilen für ihr Verhalten im Parlament. Zum Schluß appellierte Genosse H. an die Anwesenden, einzutreten in die gemeinsame Klassenfront aller Werktätigen und so den Kampf gemeinsam zu führen gegen den gemeinsamen Feind. Stadtrat Genosse Lehnert betonte, daß dieser Kampf mit den Gewerkschaften geführt werden muß. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Versetzung eines Stadtsekretärs im Wohlfahrtsamt protestiert.

Altranstädt-Kötschau. Die Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg veranstaltete am Sonnabend, dem 12. März, in Altranstädt einen Frauenabend, der sehr gut besucht war. Genosse Hirsemann von der Verwaltung sprach über das Thema: „Die Frau in der Genossenschaft". Er zeigte in leicht verständlicher Weise die Aufgaben, die die Frau innerhalb der Genossenschaft für dieselbe und für die gesamte Arbeiterbewegung leisten kann. Es entwickelte sich eine Diskussion, die zeigte, daß auch in den Frauen eine Wandlung zugunsten der Genossenschaft vor sich geht, und zu den besten Hoffnungen berechtigt. Aufgabe der Verwaltung der Konsum- und Spargenossenschaft muß es sein, daß das rege Interesse, das die Frauen der Genossenschaft entgegenbringen, erweitert und gefördert wird.

Lützen. Auf zur Märzgefallenendemonstration! Am Sonntag findet von Seiten der KPD. und des RFB. für den Bezirk Merseburg eine **gewaltige Demonstration zu Ehren unserer gefallenen Märzkämpfer statt.** Auch die hiesige Arbeiterschaft muß sich an dieser Veranstaltung zahlreich beteiligen. Alle Genossen und Genossinnen, welche gewillt sind, daran teilzunehmen — und das sollten alle sein —, treffen sich früh ½8 Uhr im „Bürgergarten". Von dort aus erfolgt die Fahrt per Auto. Genossen und Genossinnen, beteiligt Euch in Massen!

Aus dem Saalkreis

Der „linksgerichtete" Herr Landjäger und der reaktionäre Zimmermeister Möbus

Eine ganz „böse Zunge" flüsterte unserem Berichterstatter ins Ohr, daß der als stockreaktionär bekannte Zimmermeister Karl Möbus aus Ammendorf dem Landjägermeister Niemann aus gleichem Orte, linksgerichtete Gesinnung vorgeworfen haben soll und sich aus diesem Grunde wegen Beamtenbeleidigung vor dem erweiterten Schöffengericht in Halle zu verantworten habe.

Die „böse Zunge" hat nicht ganz unrecht gehabt, denn gestern nachmittag sollte tatsächlich eine Verhandlung gegen den genannten Zimmermeister stattfinden. Es kam jedoch dadurch zu einem Vergleich, daß der Angeklagte sich dazu bereit erklärte, die Erklärung abzugeben, daß es niemals seine Absicht gewesen sei, den Landjägermeister zu beleidigen. Da außer dem Landjägermeister auch der Landrat Strafantrag gestellt hat, ist das Einvernehmen des Landrates zu dem Vergleich für dessen Gültigkeit Voraussetzung.

Aus den wenigen Worten, die vor dem Zustandekommen des Vergleichs fielen, ist zu entnehmen, daß der Angeklagte dem Landjägermeister vorgeworfen haben soll, daß es dieser mit den roten Frontkämpfern halte. Daß diese Behauptung größter Unsinn ist, geht aus dem Strafantrag des Landjägers hervor, der es demnach schon als eine Beleidigung auffaßt, wenn man ihm irgendwelche Sympathien für die roten Frontkämpfer vorwirft. Darüber hinaus aber ist der genannte Landjäger Mitglied eines Kriegervereins, dem auch der Angeklagte angehört. Daß aber patriotische Kriegervereinler und revolutionäre rote Frontkämpfer sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser, müßte auch eigentlich einem Zimmermeister klar sein. Es ist also nur anzunehmen, daß es Weingeist war, unter dessen Einfluß der Herr Zimmermeister seinen Kriegervereinskameraden „beleidigte". Derselbe Geist wird sie wahrscheinlich auch wieder versöhnen.

Ammendorf. Alle proletarischen Organisationen und Korporationen rüsten zur Märzfeier am Sonnabend und Sonntag, dem 19. und 20. März. Das Programm ist nun endgültig festgelegt und hat sich ein jeder nach folgenden Anordnungen zu richten: Der RFB. tritt an am „Dreiecksaus". Abmarsch Punkt ½8 Uhr. Alle anderen, einschließlich Partei, RFMB., Kommunistischer Jugendverband und Sportvereine treten im Ortsteil Radewell hinter Krügers Gasthaus an Spielmannszug des RFB. Rottmannsdorf tritt ¼8 Uhr ebenfalls hier an. Sämtliche Fahnen sind mitzuführen. Weitere Anordnungen an die Fahnen-Delegationen erfolgen am Sonnabend. Im „Schützenhaus" wird sprechen der Genosse Thälmann. Anschließend wird dem RFB. eine russische Fahne überreicht. Sonntag, den 20. März, früh 6 Uhr, Wecken. Antreten ¾7 Uhr auf dem Schillerplatze. Abmarsch 7 Uhr nach dem Friedhofe an die Märzgräber. Von hier zurück nach dem Schillerplatze. Um 8 Uhr Abfahrt per Auto nach Merseburg, zur Ehrung der Märzgefallenen. Frauen fahren mit der Bahn. Anweisungen hierzu erfolgen noch. Melde sich jeder sofort und besorge sich seine Autofahrkarte. Karten sind noch zu entnehmen in der Volksbuchhandlung oder bei den Funktionären zu bestellen. Die Erwerbslosen beziehen ihre Karten nur durch den Erwerbslosenrat.

Diemitz. Für die Rote Hilfe. Zu dem am Sonnabend, dem 19. März, im „Gesellschaftshaus" stattfindenden „Proletarischen Unterhaltungsabend" ist die gesamte Arbeiterschaft von Diemitz eingeladen. Die Mitglieder der Roten Hilfe, die gesamten Arbeitervereine, sind besonders eingeladen, weil der Reinertrag restlos den politischen Gefangenen zugute kommt.

Döllnitz. Bahnprojekt. Wie wir hören, beabsichtigt die J. G. Farbenindustrie (Riebeck-Montan), eine Ringbahn von Ammendorf nach Leuna zu legen. Zwischen Osendorf und Döllnitz sind schon emsig bei den Vermessungsarbeiten. Was bringt der Bahnbau für die Arbeiter von Döllnitz und Umgebung? Vorübergehende Arbeit und darauffolgend noch größere Erwerbslosigkeit als bisher. Denn hier geht das Gerücht um, die Anlage solle so gehalten werden, daß die Kohlen gleich vom Bagger in die Loren versandfertig gemacht werden sollen. Würde dies zutreffen, so wäre das Riebeck-Leunakapital auf dem Wege der Nationalisierung wiederum einen Schritt vorwärts, und die Belegschaften der umliegenden Gruben könnten von neuem verringert werden.

Sennewitz. Arbeiter, heraus aus der Kirche! Besonders besorgt um seine Schäflein scheint unser Pastor Knobloch aus Teicha zu sein. Erlaubt sich ein junges Mädchen, aus der Kirche auszutreten, und wird es nachträglich auf der Straße von „Hochwürden" zur Rede gestellt, wobei ihm natürlich die gehörige Abfuhr erteilt wird, dann kennt sein Aerger keine Grenzen. Am Sonntag setzt er dann von der Kanzel herab seine liebe Gemeinde von dem abtrünnigen Schäflein in Kenntnis, hetzt mit dem Zusatz: **„Da dran ist nur der Schöning schuld."** Nun muß man wissen, daß „der Schöning" Kommunist ist.

Arbeiter, an diesem Vorkommnis seht Ihr, mit welchen Mitteln die Pfaffen ihre Macht zu halten suchen. Die einzige Antwort darauf kann nur sein: Heraus aus der Kirche, damit die Macht dieser Drohnen endlich gebrochen wird!

Zwintschöna. An alle Einwohner! Freitag, den 18. März, große öffentliche Versammlung im Gasthof Horn, Zwintschöna. Tagesordnung: **„Die Kommunalpolitik des Saalkreises und der Fall Bolm."** Referent: Landtagsabgeordneter Kilian.

Hohenthurm. Auch eine Schule! Was man der Elternschaft im Schulbezirk Hohenthurm bietet, spottet jeder Beschreibung. Bis voriges Jahr waren immer drei Lehrer vorhanden. Aber weil überall rationalisiert wurde, mußte man auch bei uns die Mode mitmachen. Man entließ auf Betreiben des Schulvorstandes einen Lehrer. Der Schulvorstand bestand nur aus Jüngern des Rittergutes, außerdem aus Lehrern, welche sich wohl vergeblich gewehrt haben. Zurzeit wurden alle Eltern aufgesucht, von denen man vermutete, daß sie ihre Kinder nach Halle schicken wollten. Denn es waren immer noch über 120 Kinder vorhanden. Infolgedessen wurde der Staatszuschuß für den dritten Lehrer gewährt. Einige Kinder wurde nach Halle in die Schule geschickt. Endlich waren es wirklich etwas weniger als 120 Kinder. Die Unterbringung von Kindern unseres Schulbezirkes in hallischen Schulen bewirkt, wie wenig Vertrauen die hiesigen Lehrer genießen. Einem Landarbeiter ist es jedoch nicht möglich, seine Kinder nach Halle zu schicken. Die brauchen das nach Ansicht der Bürgerlichen ja auch nicht. Sie können ja auch Ochsenknechte und Dienstmädchen des Rittergutes werden. Nach Ansicht des Schulvorstandes ist es mit zwei Lehrer wohl nun ein Jahr gut gegangen. Vor 14 Tagen meldete sich aber ein Lehrer krank, welcher auch in Krankenhausbehandlung kam. Nun steht ein einziger Lehrer mit 120 Kindern in der Schule. Auch dieser ging in Urlaub, vertreten wird er von dem einzigen Lehrer in Zwebendorf. Mit Hohenthurm und Zwebendorf unterrichtet er 160 Kinder, ein paar Stunden hier und ein paar Stunden dort. Ist es überhaupt unter solchen Umständen nötig, noch Kinder in die Schule zu schicken? Mit der Frau, die die Handarbeiten für die Mädels beaufsichtigt, ist es auch schlecht bestellt. Es werden nur Stümpfe gestrickt und dieses noch nicht einmal richtig, wie steht es mit den anderen Handarbeiten? Es wird höchste Zeit, daß hier mit diesen Zuständen aufgeräumt wird. Eltern, fordert auf 30 Kinder einen Lehrer. Bei der nächsten Wahl geht diesen Jüngern des Rittergutes die richtige Antwort und wählt Kommunisten in die Gemeindevertretung. Nur dieser werden solche Zustände abstellen. Wie richtig unsere Einstellung ist, geht daraus hervor, daß sich selbst bürgerliche Vertreter gegen solche Maßnahmen wenden. Bei der letzten Gemeindevertretung stimmte ein Vertreter für unsere Genossen.

Wettin. Märzfeier. Sonntag, den 20. März 1927, findet in Wettin a. d. S. die Gedenkfeier der Märzgefallenen statt. Sämtliche Vereine, Partei und Gewerkschaften treffen sich 1.30 Uhr an der Brücke zum Abmarsch nach dem Friedhof. Die werktätige Bevölkerung von Wettin und Umgegend muß der Bourgeoisie zeigen, daß sie den für das revolutionäre Proletariat gefallenen Genossen noch ehrt. Anschließend findet im „Kleinen Schweizerling" die diesjährige Jugendweihe statt. Der Kulturverein Halle wird die Anwesenden mit guter Musik und Theaterstück unterhalten. Anfang 8 Uhr, Ende 7 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Programme, welche zum Eintritt berechtigen, sind bei den Gen. Würzberg, Lange Reihe, Gen. Schmähling, Löbnitz-Markt, Gen. Pfau, Markt, und im Konsumverein erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zum Gedächtnis der Freiheitskämpfer

die in den Tagen des Kapp-Putsches im Jahre 1920 in Weißenfels ihr Leben einsetzten und den Tod fanden, sollte den Märzgefallenen ein Gedenkstein gesetzt werden. Diese Gedenksteinsetzung war schon längeren geplant und KPD.- und RVB.-Leitung gingen in diesem Jahre hurtig an die Arbeit, um dieses Denkmal bis zum 20. März zu vollenden. Nachdem die Genehmigung an Hand einer eingereichten Zeichnung erteilt, der Sockel bereits fertiggestellt und der Stein auf den Sockel aufgesetzt werden soll, kommt — wie der Blitz aus heitrem Himmel — ein Verbot, nach dem der Stein nicht gesetzt werden soll.

Wie es heißt, findet der am Stein eingemeißelte Sowjetstern das Mißfallen des Magistrats.

Wir möchten die Frage erheben, wie kommt es, daß jetzt erst der Sowjetstern Anstoß findet und nicht schon bei der Vorlegung der Zeichnung? In anderen Städten erregt der Sowjetstern an proletarischen Denkmälern kein „Mißfallen". **Wir fordern sofortige Aufhebung des ergangenen Verbots.**

Vor dem Gericht sind alle gleich

Das steht nämlich nur auf dem Papier. Bei jeder Eidesabnahme sagt der Richter: „Wenn Sie die Unwahrheit sagen, etwas verschweigen oder hinzufügen, werden Sie bestraft, darauf steht Zuchthausstrafe von mindestens 1 Jahr.

Am 10. März wurde vor dem Schöffengericht Weißenfels ein Fall behandelt, wo ein Milchhändler wegen Milchfälschung angeklagt, sein Dienstmädchen veranlaßt hatte, die Fälschung auf sich zu nehmen. Gegen das Mädchen kam es nicht zur Verhandlung, weil der Angeklagte ihr zugeredet hatte, die Aussage aus Furcht vor dem Schwur zurückzunehmen. Der Angeklagte wurde daraufhin **zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wegen Verleitung zum Meineid.**

Einen Tag zuvor wurde in Berlin gegen die Frau Landgerichtspräsident Jürgens verhandelt. Sie wurde wegen Meineides zu sechs Monaten Gefängnis, welche durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden, „verurteilt".

Also: „Vor dem Gericht sind alle gleich!" Arbeiter, was sagst Du dazu?"

Landarbeiter-Solidarität

Nette Zustände herrschen bei dem Stadtgutbesitzer Artur Koch jun. in Freyburg. Kommt eines Morgens ein Landarbeiter zum Anschirren. Auf einmal brüllt der Stadtgutbesitzer: „Lassen Sie die Pferde stehen!" Der Arbeiter glaubt, er ist nicht gemeint, da ertönt noch einmal die Kommandostimme. Der Landarbeiter läßt die Pferde stehen und verlangt andere Arbeit. Es wird ihm der Bescheid: „Für Sie habe ich keine andere Arbeit, lassen Sie sich vom Verwalter welche geben!" Die Schikanierereien hielt den Tag über an, als aber der Arbeiter abends nach Hause kam, war ihm die Kündigung vom Rechtsanwalt mit folgendem Inhalt zugegangen:

„Verehrter Herr .....

Im Auftrage des Herrn Stadtgutbesitzers Artur Koch, Sohn, hier, kündige ich Ihnen das zwischen Herrn Koch und Ihnen bestehende Dienstverhältnis zum 18. März 1927, die von Ihnen innegehabte Werkswohnung, Stall und Keller usw. Für den Fall, daß Sie Dienstverhältnis und Wohnung zu dem angegebenen Tage nicht verlassen sollten, wird sofort gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen.

Ergebenst R. R., Rechtsanwalt.

Noch nicht einmal die Courage besitzt der Koch junior, seinen paar Leuten selbst zu kündigen. Wahrscheinlich hat er schon trübe Erfahrungen gemacht? Obendrein ist sein getreuer Fridolin, der Verwalter, wie er ziemlich jung und dreist. Aber trotzdem bekommt er die Türklinke nicht mit. Ziemlich windig sieht es wahrscheinlich in seinem Portemonnaie aus, denn er macht die gut bezahlten Hochzeitsfuhren selber. Beide, Koch und er, halten die Arbeiter für sehr dumm. Als ein Kollege am gleichen Tage kündigte, war es Herrn Koch nicht genehm, denn er sagte: „Das hätte ich von Ihnen nicht erwartet." Er konnte es gar nicht fassen, daß sich ein Kollege mit dem anderen solidarisch erklärte. Der brave Kollege sagte dem aufgeblasenen Koch: „Ich hätte nicht erwartet, daß Sie meinem Kollegen kündigten." Landarbeiter, nehmt Euch ein Beispiel daran! Zusammenschluß, Solidarität ist die Grundlage eines erfolgreichen Abwehrkampfes gegen Unternehmerfrechheiten.

Die Naumburger Laute

greift uns an, weil wir über eine gewisse Hausbesitzerin aus der Michaelisstraße berichteten, daß sie ihre Mieter, die gegen 30 Jahre in dem Hause wohnten, an die frische Luft setzen wollte, weil angeblich keine Miete gezahlt worden sei. In Wirklichkeit hat der Magistrat schon seit Oktober 1925 die Mieten wegen rückständiger Steuern seitens der Hausbesitzerin Frau Dietrich eingezogen. Frau Dietrich ist ja auch, weil die Mieter tatsächlich keine Miete schuldig waren, mit ihrer Klage beim Wohnungsamt abgewiesen worden. Dem einen Mieter war nämlich mit Vereinbarung des Magistrats die Miete wegen Arbeitslosigkeit gestundet worden. Diesen Umstand wollte Frau Dietrich sich zu eigen machen, um ihren Söhnen Wohnungen zu verschaffen.

Die höhnische Bemerkung, die KPD. hätte den Albrechts wohl die Miete gegeben, um die Zwangsentfernung aus den Wohnungen abzuwenden, ist so albern, daß wir darauf nicht weiter eingehen. Herrn Stadtrat a. D. Becker raten wir, in Zukunft sich erst bei den Mietern nach der Wahrheit zu erkundigen, ehe er den „Klassenkampf" im Hausbesitzerverein Naumburg, wie auch im Naumburger Wurstblatt angreift, sonst könnte Herr Becker in etwas unangenehmer Art und Weise die Wahrheit von uns Arbeitern erfahren. Wir Arbeiter lassen nämlich nicht ungestraft unseren „Klassenkampf" beschmutzen von Reaktionären wie Stadtrat Becker.

Der Kreistag des Zeitzer Kreises

ist für den 22. März mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Verwaltungsbericht der Kommunalverwaltung für 1926.
2. Festsetzung des Haushaltplanes für 1927.
3. Erlaß von Statuten für die Bildung von Amtsausschüssen.
4. Gebührenordnung für die Tätigkeit des Kreisobstbaubeamten.
5. Uebernahme der selbschuldnerischen Bürgschaft für die den geschädigten Landwirten gewährten Staatsdarlehen.
6. Neuwahl der Mitglieder in den Verbandsausschuß der Ueberlandzentrale.
7. Bestellung von zwei Mitgliedern der Einquartierungskommission.
8. Schiedsmannswahlen.

Weißenfels. Die Arbeiter-Radfahrer treffen sich am Sonntagmorgen um 9 Uhr am Rosalaskweg. Abfahrt erfolgt pünktlich um ½10 Uhr nach Merseburg.

Weißenfels. Gestohlene Schuhe. In der Zeit vom Sonnabend bis Montag wurden in dem Schuhgeschäft Friedrichstraße 2 mittels Einbruchs folgende Schuhwaren gestohlen: 2 Paar Damenspangenschuhe, Größe 36 und 37, 1 Paar schwarze Sport-Herrenschuhe, Größe 42, 1 Paar schwarze Herren-Halbschuhe, Größe 41, 5 Paar schwarze Herren-Schnürschuhe in den Größen 45, 44, 43 und 40. Sachdienliche Angaben sind an die Kriminalabteilung zu richten. — Vermißt wird seit Sonnabend 12 Uhr mittags aus der elterlichen Wohnung der Schulknabe Heinz Ratajczak, geboren 10. Dezember 1916 in Weißenfels. Er ist mit grauer Schirmmütze, dunkelblauem Jackett, blauem Schwitzer, grauer Hose, blau gestreiftem Barchenthemd, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen bekleidet. Sachdienliche Angaben sind an die Kriminalpolizei zu richten.

Naumburg. Wichtige Versammlung. Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet im „Hotel zur Post" eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: **Arbeitersport, Gewerkschaft und Politik.** Die Arbeiterschaft wird zum Besuch eingeladen. Veranstalter der Versammlung ist das **Arbeiter-Sportkartell.**

Gleina b. Freyburg. Im Fahrstuhl erdrückt. In der Mühle kletterte in einem unbewachten Augenblick das zweijährige Töchterchen des Chauffeurs Alfred Vogt in den in Gang befindlichen Fahrstuhl und wurde von der Balkenlage des ersten Stockwerks totgedrückt. Der Fahrstuhl mußte herabgelassen werden, um das verunglückte Kind, dem der Kopf eingedrückt war, aus seiner Lage zu befreien.

Zeitz. Märzgedenkfeier. Am Freitag, dem 18. März, veranstaltet die Rote Hilfe im großen Saale des „Schützenhauses" abends 8 Uhr eine große Märzgedenkfeier. Verschiedene proletarische Organisationen haben ihre Mitwirkung zugesagt. Unter anderem wird das proletarische Drama: „Oktobersturme" aufgeführt. Die gesamte Zeitzer Arbeiterschaft muß zu dieser Veranstaltung erscheinen!

Stadtskandal auch in Weißenfels?

Halle macht Schule! — Magistrat und Schrumpfparlament schweigen!

Auf in die heutige Einwohner-Versammlung!

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus! Und nicht lange mehr, auch Weißenfels hat dann seinen Stadtskandal. Eigentlich ist er schon da. In allen Straßen und Gassen ein geheimnisvolles Raunen und Flüstern. Es liegt etwas in der Luft! Keiner weiß etwas Bestimmtes. Schrumpfparlament und Magistrat schweigen. Im Blätterwald der hiesigen Zeitungen herrscht eisige Ruhe. Schon werden die Stimmen aus dem bürgerlichen Lager dringender. Die Arbeiter in den Betrieben rebellieren. Die Erwerbslosen schimpfen und fluchen! Und so reift langsam, aber sicher eine Stickstoffatmosphäre heran, die gefährlich werden kann, wenn die Ventile nicht geöffnet werden.

Allerdings hat die Oeffentlichkeit ein Recht, zu erfahren, was gespielt wird. Aber der Magistrat, der reden sollte, wo es etwas zu reden gibt, hüllt sich in tiefes Schweigen. Sieht und hört er nicht, was in aller Stille heranreift?

In der Tat, in Weißenfels ist etwas nicht in Ordnung. In den Magistratsräumen stinkt es. Alte Erinnerungen tauchen wieder auf und verdichten sich. Und dabei platzt offenbar eine Stinkbombe nach der anderen. Was sind die Merkmale dieser Stickstoffatmosphäre?

Da ist die Angelegenheit Vietz, die noch nicht abgeschlossen und geklärt ist. Vietz machte aus dem Gefängnis in einem Briefe geheimnisvolle Andeutungen. Da ist jener neu erbaute Herrenklo in der **Moritz-Hill-Straße**, der noch seines Besitzers wartet. Jener Besitzer, der vorläufig sich noch mit einer Einzimmer-Wohnung begnügen muß. Da ist der Magistratssitz des sozialdemokratischen Stadtkämmerers Kalbfleisch, der gegenwärtig verwaist ist und neu besetzt werden soll. Diesem Ratssitz sollen ganz besondere Düfte entströmen, die Anlaß geben zu jener Fieberstimmung, wie wir sie bei allen Bevölkerungsschichten der Stadt Weißenfels beobachteten. Es wird erzählt: „Kalbfleisch wurde zwangspensioniert, erlitt einen „Nervenchok." „Kalbfleisch in Urlaub unbekannten Aufenthalts." „Kalbfleisch auf „illegalen" Reisen", „Haftbefehl liegt vor" usw. Mit dem Namen Kalbfleisch werden jene im vorigen Jahre verschwundenen 32 000 Mk. Erwerbslosengelder in Verbindung gebracht. Ein anderer Teil der Bevölkerung redet von einer Summe von 300 000 Mk., die verschwunden sein sollen. In diesem Zusammenhange taucht die verschwundene Brotmarken-Geschichte wieder auf.

Wie jeder Mensch, so hat auch Kalbfleisch seine „Freunde". Zu diesen gehörte der frühere Theaterdirektor, spätere Geldmakler Deutsch. Heute geht Deutsch zu seinen Kollegen „stoßen", und in seinem Dalles scheint er sich seiner Freunde liebevoll zu erinnern. Und da hat er auch Kalbfleisch des öfteren in die Rippen gestoßen: „Hör mal, ich brauche Geld, Du weißt doch — dazumal — Du willst nicht? Weißt Du nicht als ich diese und jene Anleihe für die Stadt vermittelte und ich mit Dir die Provision teilte? Eigentlich war's keine Teilung — ich habe Dir nur gepumpt — gib's mir wieder, sonst —."

Kalbfleisch hat nun seinen Freund angezeigt wegen Erpressung. Die Vernehmung des Deutsch sowie einige andere Umstände haben so manches ergeben, was die Zwangsbeurlaubung Kalbfleischs zur Folge hatte. An die Namen Kalbfleisch und Deutsch und die verschwundenen Geldsummen knüpfen sich auch die Bemerkungen von „gefeierten Orgien und Nacktänzen". Bei diesem Gedankengang fallen dann auch einige Streiflichter auf den früheren Geschäftsführer Engelhardt, der vor einigen Tagen in Leipzig verstorben ist. Zum Nachfolger von Engelhardt im Stadttheater wurde der Oberkellner Meinicke, ein Freund von Kalbfleisch, avanciert. Nach kurzer Zeit trat Meinicke ab, nachdem er sich in den Geschäftsbüchern ein „bleibendes Denkmal" gesetzt hatte. Die Höhe des Defizit ist nie bekannt geworden.

Da ist weiter der mysteriöse Fall Vietz, von dem wir eingangs etwas erwähnten. Leichtfertige Zungen behaupten, daß Vietz durch eine von Kalbfleisch zu besorgende Kaution aus dem Gefängnis losgekauft werden sollte. Diese Kaution sollte durch Verkauf eines der „vielen" Häuser Kalbfleischs flüssig gemacht werden. Gedenkt man noch jener Gerüchte, nach denen Verhaftungen von Personen vorgenommen worden sind, die in der Sache verwickelt sind, so hat man einen Auszug aus jener Fieberstimmung, die heute die Weißenfelser Bevölkerung bewegt.

Nach alle dem, was heute in Weißenfels vorgeht, ist die Haltung des Magistrats mehr als merkwürdig. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß auch der hiesige Magistrat die berühmte Vertuschungsmethode anwendet. Aber durch dieses Verhalten ist die Annahme berechtigt, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. In den Magistratsräumen stinkt es. Damit die Außenstehenden von dem Gestank nichts merken, werden die Fenster dicht gemacht, eine Methode, die nicht neu ist. Aber damit sind die Dinge nicht aus der Welt geschafft.

Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, was gespielt wird.

Was vom Magistrat gesagt wird, muß auch vom Schrumpfparlament gesagt werden. Die bürgerlichen Stadtverordneten, als Alleinherrscher im Stadtparlament, hatten vor kurzem Sitzung. Zu den Vorgängen, die die Gemüter von ganz Weißenfels bewegen, nahmen sie keine Stellung. Keine Anfrage an den Magistrat erfolgte. Man komme uns nicht mit der blöden Ausrede, „daß sie nichts wissen und nichts gehört haben". Kein Mensch wird diesen Schmus glauben.

Aber warum schweigen sie? Nun, Kalbfleisch war ihr Mann und ihr Vertrauter. Man erinnere sich der Abhaukomödie des ehemaligen Stadtkämmerers, des Genossen König. War seine politische Ueberzugung oder seine Gewissenshaftigkeit die Ursache? König war den Bürgerlichen ein Dorn im Auge, er mußte verschwinden. Das ist wiederum nicht neu, und allen Kommunisten ist es bisher so gegangen, die an ähnlichen Posten standen. Die Bürgerlichen wollen unter sich sein und niemand haben, der ihnen in die Karten schaut. Wer denkt bei den fraglichen Vorgängen in Weißenfels nicht an die Vorgänge beim Stadtbankskandal in Halle?

Reden wir nicht erst von der Weißenfelser bürgerlichen oder sozialdemokratischen Tagespresse. Alle befinden sich mit dem Magistrat in Einheitsfront. Nur die kommunistische Presse allein wird den Reigen eröffnen, damit Licht in das Dunkel des Weißenfelser Magistrats in den Stadtskandal kommt.

Aber das nicht allein. Damit keine Verdunkelung der Vorgänge verübt werden kann, werden wir die Werktätigen in aller Oeffentlichkeit reden lassen. Für die Weißenfelser Steuerzahler steht zuviel auf dem Spiel, als daß sie warten, bis der Magistrat mit einer Erklärung herausrückt. Schon am

Donnerstag, dem 17. März, abends 8 Uhr,

im Stadttheater wird sich

eine öffentliche Einwohnerversammlung

mit den neuesten Vorgängen in Weißenfels beschäftigen. In diesem Vorgehen ist sich das Gewerkschaftskartell und die KPD. einig:

„Heraus mit der Sprache!" So lautet unsere Forderung an den hiesigen Magistrat in dieser öffentlichen Versammlung.

Der Magistrat ist zu dieser Veranstaltung eingeladen.

An die Einwohnerschaft von Weißenfels ergeht der Ruf, der Einladung zu der Versammlung Folge zu leisten. Wenn Magistrat, Stadtparlament und Presse schweigen, müssen die Massen sprechen.

Werktätige von Weißenfels, wahrt Eure Rechte. Für Donnerstag lautet die Parole:

„Alle Mann zur Einwohner-Versammlung!"

Hallo! Ortsgruppen! Sofort Werbenummern und Bestellzettel bei der Bezirksleitung anfordern.

Mansfeld-Sangerhausen

Frauen von Eisleben und Umgebung

Am Freitag dem 18. März, abends 8 Uhr, findet im „Volkshaus", kleiner Saal, eine öffentliche **Frauenversammlung** statt, verbunden mit Lichtbildervortrag „Mutter und Kind". Sorgt für guten Besuch!

KPD., Ortsgruppe Eisleben.

Vorwärts im Mansfelder Land

Am vergangenen Sonntag fand nach langer Zeit eine öffentliche Versammlung der KPD. in Erdeborn statt. Die Versammlung war sehr stark besucht, was von sehr großem Interesse der hiesigen Arbeiter für die Politik der KPD. spricht. Der Genosse Landtagsabgeordneter Lademann wies in seinem zweistündigen Referat auf alle wichtigen politischen sowie wirtschaftlichen Ereignisse der Jetztzeit hin und forderte die Arbeiterschaft auf, endlich aus dem Bärenschlaf zu erwachen.

Auch stellte er die bürgerliche Presse als das hin, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich nur ein Teil der Machtinstrumente des Unternehmertums, und gab zu erkennen, daß es nur der „Klassenkampf" ist, welcher mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Ferner klärte er gründlich den Sowjet-Granatenschwindel der SPD. auf. Nach Schluß der Versammlung fand eine freiwillige Tellersammlung statt, wobei 9,85 Mk einkamen. 5,05 Mark blieben nach Abzug der Unkosten übrig und wurden dem Kampffonds der KPD. überwiesen. (Dieser Bericht gilt zugleich als öffentliche Quittung.)

Auch wurde anschließend **eine neue Ortsgruppe der Partei gegründet,** welche zwanzig Mitglieder umfaßt. Der Tag zur Wahl des Parteivorstandes wird an dieser Stelle bekanntgemacht. Die Leserzahl des „Klassenkampf" konnte um zwei vergrößert werden. Der Sonntag war ein erfolgreicher Tag für die KPD. Die Zuhörerschaft lauschte ohne jeglichen Zwischenfall den Ausführungen des Genossen Lademann mit dem größten Interesse.

Am Nachmittag fand auch in der „Grünen Tanne" eine öffentliche Versammlung des „Stahlhelms" statt. Als Redner war der sattsam bekannte Kommunisten- und Franzosenfresser Fritsche anwesend. Leider waren die großen Massen der erwarteten Zuhörer ausgeblieben und der Redner konnte seinen Kohl den leeren Tischen und Bänken erzählen, die sind stumm und machen Herrn Fritsche kein Kopfzerbrechen. Wiederum hat die klassenbewußte Arbeiterschaft diesen Etappenhelden bewiesen, daß sie nichts mit ihnen zu tun haben will, wenn der Herr Fritsche kein Feigling gewesen wäre, so wäre er des Abends in der kommunistischen Versammlung erschienen. Wir hätten uns gefreut . . .

Arbeiter von Erdeborn, der Anfang ist getan. Tut Eure Pflicht, sorgt mit für wahre Arbeiterpolitik, werdet Mitglieder der freien Gewerkschaften, aktive Mitkämpfer für die KPD. und lest den „Klassenkampf"!

Der Kreistag von Sangerhausen aufgelöst?

Nach einer bürgerlichen Meldung ist durch das Oberverwaltungsgericht der Sangerhäuser Kreistag aufgelöst. Ursachen sind angeblich die Vorkommnisse während der Wahl in Gehofen.

Wir kommen darauf zurück.

Helfta. Die Pfeifersche Firma befindet sich auf dem Holzwege, wenn sie vermutet, daß der Lehrling Fr. Strczynski uns den Bericht vom 3. März übersandt hat. Str. ist uns überhaupt nicht bekannt. D. Red.

Eisdorf. Aus der Gemeindevertretung. Ein Teil unserer Gemeindevertreter wird nicht von Ungeziefer, sondern von der Langeweile geplagt. Sie sind wieder einmal zusammengekommen, um zu beraten, wie man am schönsten über seines „Nächsten Fell" herzieht. Die Wohnungsfrage war eigentlich der Tagesordnungspunkt, aber, o weh, man kam auf ein ganz anderes Thema, nämlich auf die Unterstützungsempfänger zu sprechen. Und da mußte nach Meinung dieser Ueberschlauen noch viel reduziert werden, denn es ginge nicht an, daß eine fünfköpfige Familie monatlich 100 Mark bekomme, lieber kann man ja dem Vorsteher noch einige Mark für seine Arbeit geben. Die Arbeiter Eisdorfs tun gut, am Viertisch ein bißchen vorsichtig zu sein, denn jedes unbedachte Wort kann in der Gemeindevertretung eine Generaldebatte auslösen.

Gehofen b. Artern. Eine Schweinerei. Bei einer hier vorgenommenen Schweineschlachtung mußte der Besitzer zu seinem Erstaunen erleben, daß das getötete Schwein vom Fleischbeschauer beschlagnahmt wurde. Der Tierarzt stellte fest, daß das Fleisch von verkapselten Finnen vollständig durchsetzt war. Das Fleisch wurde für den menschlichen Genuß als ungeeignet verworfen. Nach Annahme des Tierarztes haben Ratten dauernd mit dem Tiere gefressen oder aber das Schwein hat eine Ratte mitgefressen und ist dadurch verseucht worden. Leider betrifft der Schaden eine sehr arme Familie.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Barackenleben der Grubenarbeiter

Trostlose Zustände herrschen in den Kasernen der Grube Leopold bei Holzweißig. Die Schweineställe der Bourgeoisie sind besser als die Kasernen der Arbeiterschaft. Und dafür müssen die Bewohner wöchentlich 70 Pf. bezahlen ohne Bettwäsche!

Aber in jeder Stube liegen bürgerliche Zeitungen! Grubenkumpels, seht Ihr es denn nicht, daß Ihr von Eurem targen Lohn noch Zeitungen bezahlt, die Euer Elend totschweigen und die die Bourgeoisie unterstützen? Von Euren Lohnkämpfen seht Ihr in diesen Zeitungen nichts!

Kollegen, denkt an den bevorstehenden Kampf, da dient Euch nur die revolutionäre Arbeiterpresse mit Informationsmaterial. Grubenkumpels, werft diese bürgerliche Presse hinaus und seid den „Klassenkampf", die größte politische Tageszeitung Mitteldeutschlands, in der auch Wissen und Unterhaltung nicht zu kurz kommt.

Schwarz-weiß-rote Kirchenfeier in Ramsin

Millionen Opfer an Menschenleben werden von Leuten betrauert, die selbst durch ihre politische Plattform als treue Monarchisten die Toten des Weltkrieges haben morden helfen. Der 13. März ist für diese Elemente eine Antiqua. Sie sind nicht betrufen in solchen Formen zu trauern. Manche Kriegerwitwe, manches Mutterherz wird zu Hause wirklich getrauert haben, als sie diesen Klimbim hören mußte. Schwarzweißrote Fahnen! **Väter, Mütter, wo sind Eure Söhne?** Stahlhelmkluft! **Brüder, wo sind Eure Brüder?**

Eine Minute des Nachdenkens! Die Arbeiterschaft wird durch solche Anläße dazu angereizt. Sie begreift, daß die Führer, die Schürer, die heute zur Trauer marschieren, den Krieg in der Etappe geführt haben. Sie begreift, daß in ihren Adern dasselbe Blut fließt wie 1914. Sie begreift, daß diese Geister neue Kriege vorbereiten, wozu sie Schlachtvieh brauchen. Die Suppe ist eingebrockt, die Arbeiterschaft soll sie auslöffeln. Säet Haß zwegen dieser Gesellschaft! Nächt unser Blut, indem Ihr den Krieg gegen die Kriegsmörder führt! Sagt dem Pfaffentum den Kampf an, sie haben die Mordwaffen gesegnet! Verhindert ein zweites 1914!

Holzweißig bei Bitterfeld. Immer neue Klagen über sonderbare Erziehungsmethoden des Lehrers Krostewitz aus Holzweißig werden gemeldet. **Ganz besonders wendet er harte Strafen gegen Kinder an, welche zu Ostern die Schule verlassen und nicht an der kirchlichen Verdummung teilnehmen.** Des öfteren laufen Kinder, die die Strafen nicht ertragen können, zu ihren Eltern und wollen nicht wieder zum Unterricht zurückkehren. Wir warnen Herrn Krostewitz und fordern eine bessere Behandlung der Kinder. Wenn Sie gerne Kinder prügeln, so schaffen Sie sich eigene Kinder an und lassen die Kinder der Arbeiterschaft zufrieden. Was sagt der Elternrat dazu?

Greppin. Arbeiter heraus! Am Freitag, abends 8 Uhr, findet im Lokal Schmidt eine öffentliche Volksversammlung statt. Der Genosse Hans Schröter spricht über: **„Die imperialistische Kriegsgefahr und der Kampf gegen den Bürgerblock".** Kommt in diese Versammlung und klärt Euch auf über das drohende Völkermorden. Protestiert durch Euer Erscheinen gegen die Machenschaften des Bürgerblocks, der auch Deutschland mit in diesen Krieg gegen die Sowjetunion und damit gegen Euch hetzen will. — Die für Freitag angesetzte Genossenschaftsfraktionssitzung fällt dafür aus und findet dann Montag, den 21. März, statt.

Wittenberg. Ein Einbruch ist in vergangener Nacht in die Geschäftsstelle des „Wittenberger Tageblatt" verübt worden. Die Einbrecher sind von der Jüdenstraße aus mittels Nachschlüssel in die Druckerei, von da in die Kontorräume, den Laden und die Setzerei gelangt. Alle Behältnisse waren durchwühlt und besonders aus dem Laden verschiedene Waren gestohlen. Außerdem fiel den Spitzbuben eine eiserne Kassette mit Wechselgeld in die Hände. Was dort nicht gestohlen werden kann, ist das Gift, das man an die Leser verteilt. Dagegen müssen sich die Leser selbst schützen. — Ein Autozusammenstoß ereignete sich am Montagvormittag gegen ½12 Uhr auf der Chaussee Wittenberg—Gräfenhainichen in Pratau. Der Buchdruckereibesitzer Klapper, Senda, kam mit seinem neuen Brennaborwagen aus dem Ort gefahren und wollte beim Bäckermeister Dörfel auf die Chaussee einbiegen. Ein von Wittenberg kommendes Auto, der Firma Hamberg & Co., Berlin, gehörig, fuhr dem Klapperschen Wagen in die Flanke und drückte ihn gegen die Kirchhofsmauer. Dadurch wurde der Vordermagen des letzteren demoliert. Beide Wagen fuhren in gleichmäßigem Tempo, die Ecke ist infolge der Unübersichtlichkeit der Kurve sehr gefährlich.

Bezirkskonferenz der Roten Hilfe

Am Sonntag, dem 13. März, fand in Halle die dritte Bezirkskonferenz der Roten Hilfe für den Bezirk Halle-Merseburg statt. Die Konferenz stand unter dem Zeichen der Märzgedenkfeier für die Gefallenen der Revolution. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Konferenz die Opfer der Revolution durch Wahl einer Kranzdelegation nach dem Gertraudenfriedhof.

Zum Punkt 1 referierte ein Vertreter des Zentralvorstandes über

die gegenwärtige Lage und die Aufgaben

des 2. Reichskongresses. In tiefschürfender Weise zeigte der Referent die Unterdrückung der Arbeiterschaft in allen kapitalistischen Ländern, insbesondere die brutalen Terrorakten der weißgardistischen Regierungen in Litauen, Rumänien, Italien und Polen. Unter Anführung von einwandfreiem Material zeigte der Referent die unerhörten Verfolgungen der Klassenjustiz gegen die Arbeiterschaft. Auch in Deutschland sehen wir eine neue Welle der Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiterklasse.

Wenn in der Zeit des Sozialistengesetzes (12 Jahre) nur tausend Jahre Kerkerstrafe von der damaligen Justiz gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen wurde, so wurden allein im Jahre 1924 Kerkerstrafen von 5000 Jahren, darunter 1200 Jahre Zuchthaus, verhängt.

Auch das Schund- und Schmutzgesetz soll dazu dienen, die wenigen Freiheiten der Arbeiterschaft noch weiter zu beschränken. Der Prozeß gegen die Buchhändler und das Druckerpersonal, die wegen Vertriebs und Herstellung von kommunistischer Literatur zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, zeigt am besten, was in der Zukunft zu erwarten steht.

Die Rote-Hilfe-Organisation hat nicht nur die materielle Unterstützung unserer politischen Gefangenen und deren Angehörigen durchzuführen, sondern auch mit aller Energie dafür einzutreten, die Klassenjustiz zu beseitigen, die Amnestierung der politischen Gefangenen zu erzwingen. Das Hauptproblem des 2. Reichskongresses der Roten Hilfe Deutschlands wird es sein, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter für unsere Organisation zu gewinnen, damit der Kampf durch eine Massenorganisation erfolgreicher als bisher geführt werden kann. Auch die Organisationsform muß geprüft werden, um in Zukunft die einzuleitenden Kampagnen mit noch größerer Schlagkraft durchzuführen.

Den

Bericht des Bezirksvorstandes

gab der Genosse Härtel (Halle). Er wies insbesondere darauf hin, daß auch der Bezirk sich in aufwärtsbewegender Linie befindet. Im Berichtsjahre konnte die Einzelmitgliederzahl von 7000 auf 9000 erhöht werden. Die Korporativmitglieder stiegen von 4000 auf 5000. Es zeigen sich leider auch noch Schwächen und Mängel in unserer Organisation. Die Durchführung der einzelnen Kampagnen kann nicht als befriedigend bezeichnet werden. Die Bezieherzahl des „Roten Helfer" steht zur Gesamtmitgliederzahl in keinem Verhältnis. Der Umsatz der Zeitungen und der Rote-Hilfe-Literatur muß ganz bedeutend gesteigert werden.

Die Kassenverhältnisse des Bezirks zeigen ebenfalls eine aufsteigende Linie. Die Weihnachtssammelkampagne hatte ein verhältnismäßig gutes Resultat. Wenn im Weihnachtsmonat 1926 nur die Hälfte Extraunterstützung an die Angehörigen unserer politischen Gefangenen gegeben werden konnte, so hatte das seinen Grund darin, daß sich die Mittelbereitstellung für die laufenden politischen Prozesse außerordentlich erhöht hatten.

Die Genossin Lisa Pleul ergänzte den Bericht noch dahingehend, daß sie einging auf die Kinderhilfe unserer politischen Gefangenen, die in Kinderheimen untergebracht wurden, und auf die Ressortarbeit der Gefangenen- und Familienunterstützung.

In der folgenden Diskussion sprachen sich alle Delegierten dahin aus, daß die Rote Hilfe als eine außerordentlich wichtige Organisation **noch viel mehr von der Arbeiterschaft gestützt werden müsse.** Die Frage der Organisierung der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter sei wirklich nicht allzu schwer, man müsse nur die notwendige Liebe zur Arbeit und das Verständnis im Umgang mit den Arbeitern aufbringen, dann wird auch der Erfolg für unsere Organisation nicht ausbleiben. Alle Delegierten waren sich darin einig, daß der 2. Reichskongreß unserer Organisation große Aufgaben zu erfüllen habe und daß als Organisationsform die alte Wohnbezirksorganisation als richtig für die Zukunft bezeichnet werden muß.

In der Nachmittagssitzung sprach

ein Vertreter der KPD.

Er übermittelte die Grüße der Bezirksleitung und brachte weiter zum Ausdruck, daß die KPD. mit sehr großem Interesse die Vorwärtsentwicklung der Roten Hilfe sehe und verspreche, alles zu tun, um die Rote-Hilfe-Organisation auch fernerhin in guter Zusammenarbeit zu unterstützen.

Folgende Resolutionen und Anträge wurden von den Delegierten einstimmig angenommen:

Resolution für die politischen Gefangenen

„Die am 13. März stattfindende Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Halle-Merseburg entbietet allen proletarischen politischen Gefangenen in den Zuchthäusern und Gefängnissen der Republik, gleichzeitig allen proletarischen Opfern der Klassenjustiz, die heißesten solidarischen Grüße.

Die brutale Methode der deutschen Klassenjustiz und der unmenschliche Strafvollzug wird nur gegen revolutionäre Arbeiter angewendet. **Unerhört hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen gegen revolutionäre Kämpfer sollen dazu dienen, die aufsteigende Bewegung der Arbeiterschaft zu ersticken.** Während auf der einen Seite die Kapp-Verbrecher und Fememörder zu niedrigen Freiheitsstrafen verurteilt werden und noch außerdem hohe Offiziersspensionen vom Staate beziehen, richtet sich der Haß der deutschen Klassenrichter gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse.

Die Bezirkskonferenz protestiert auf das allerentschiedenste gegen die brutale Willkür der deutschen Klassenrichter sowie der Strafvollzugsbehörde und gelobt, **den Kampf um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen unermüdlich weiterzuführen und alle Maßnahmen zu treffen, um das Los der Gefangenen und ihrer Familien zu lindern.**

Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!

Her mit der Amnestie!

Es lebe die internationale Solidarität des internationalen Proletariats!

Resolution gegen den weißen Terror

Die Bezirkskonferenz der Roten Hilfe, Bezirk Halle-Merseburg, am 13. März 1927 erhebt flammenden Protest gegen die unmenschlichen faschistischen Greueltaten der litauischen Regierung.

Die Erschießung der besten Funktionäre der litauischen Arbeiterschaft und die Unterdrückung der Arbeiterklasse überhaupt muß das gesamte internationale Proletariat in einheitlicher Front zusammenschweißen zum Kampfe gegen dieses weißgardistische Terrorregime.

Die Delegierten der Bezirkskonferenz geloben, alles zu tun, um die Kampffront zu schließen und damit dieser barbarischen Unterdrückung ein Ende zu bereiten.

Aehnliche Resolutionen richten sich gegen den weißen Terror in Ungarn und Italien.

Telegramm

an Max Hoelz, Zuchthaus Groß-Strehlitz

Heiße solidarische Grüße sendet Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Halle-Merseburg am 13. März 1927 mit dem Versprechen, alle Kräfte anzuspannen, um baldige Freilassung zu erreichen, darüber hinaus die Amnestierung aller politischen Gefangenen zu erkämpfen.

Antrag des Bezirksvorstandes

Die Bezirkskonferenz Halle-Merseburg der Roten Hilfe ist der Meinung, daß in der Frage der Organisationsform der Roten Hilfe, ob Betriebszellen bzw. Betriebsgruppen oder Wohnungsbezirksorganisation der Reichskongreß beschließen möge, es bei der alten Wohnbezirksorganisationsform zu belassen.

Es ist eine Tatsache, die sich zweifellos aus der Praxis der Vergangenheit und der sozialen Struktur unserer Organisation ergibt, daß die Agitation, Kassierung und Sammeltätigkeit für unsere Organisation viel erfolgreicher durchgeführt werden kann mit der alten Wohnorganisationsform. Wenn wir besonderen Wert auf den überparteilichen Charakter unserer Organisation legen wollen, dann wird die alte Form zu einer unbedingten Notwendigkeit.

Antrag

Die Bezirkskonferenz möge beschließen, um in allen Ressortfragen unserer Organisation eine gewissenhafte Entscheidung herbeiführen zu können, wird der Zentralvorstand aufgefordert, allgemeine Arbeitsrichtlinien für alle Ressorts an die Bezirke herauszugeben.

Antrag

Die Delegierten der Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Halle-Merseburg am 13. März 1927 in Halle begrüßen den Beschluß des Zentralvorstandes, wonach den Bezirken Patenschaften von ausländischen Gefängnissen übertragen wurden.

Wenn der Bezirk Halle-Merseburg die Patenschaften über die rumänischen Gefängnisse Aiud Bukawschtsteja, Ornele-Marie Platroschti, Mislea-Tyrga-Ocna übernimmt, so geloben die Delegierten alles zu tun, um die internationale Solidarität auch praktisch zu beweisen.

Außerdem wurde ein Brief an die politischen Gefangenen des Bezirks gerichtet und ein Begrüßungsschreiben an die Russische Rote Hilfe abgesandt.

Nachdem wurden die Wahlen zum Bezirksvorstand getätigt, gleichfalls die Wahlen der Revisoren. Zum 2. Reichskongreß wurden fünf Delegierte gewählt, die sich auf die einzelnen Kreise verteilen.

Nach einem Appell des Konferenzleiters an alle Delegierten, nunmehr in allen Ortsgruppen die Arbeit aufzunehmen und für die Rote Hilfe zu agitieren und neue Mitglieder zu werben, wurde die arbeitsreiche Bezirkskonferenz geschlossen.

Energische Kleinarbeit

wurde von einigen Genossen in den verschiedenen Ortsgruppen geleistet. Zeitg marschiert mit 50 neuen Lesern bis jetzt an der Spitze! Auch in anderen Ortsgruppen geht es vorwärts. Es wurden gewonnen in

Stedten 7 Parteigenossen, 8 „Klassenkampf"-Leser,

Freyburg 4 Parteigenossen, 15 „Klassenkampf"-Leser.

Wo bleibt die Meldung von Deiner Ortsgruppe, Genosse? Warum hast Du noch keine Abonnenten gewonnen? Weißt Du nicht, daß der Monat März Dich zu erhöhten Anstrengungen verpflichtet? Der Wille, die Tat

garantiert Erfolge!

Neues aus aller Welt

Grubenunglück bei Mitulischütz

Gestern früh um 8.30 Uhr ereignete sich auf der Abwehrgrube ein schweres Unglück. Auf dem Schachmann-Flöz Niederwerk, Sohle 490, wurden durch plötzlich niedergehendes Gestein vier Bergleute verschüttet, von denen zwei sehr schwer verletzt ins Lazarett übergeführt werden mußten, während die beiden anderen mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Es gibt nur ein Berlin —

Im Wartesaal 2. Klasse des Anhalter Bahnhofs in Berlin entdeckte ein Kriminalbeamter einen Jungen hinter einem Glas Bier, eine dicke Zigarre rauchend und einen Roman lesend. In ein Gespräch verwickelt, erzählte der Junge dem Beamten, daß er zwölf Jahre alt sei und aus Leipzig stamme. Der Lehrer habe ihm so viel Interessantes über Berlin erzählt, daß er selbst die Gebäude und Kunstwerke der Reichshauptstadt kennenlernen wolle. Verblüffend waren die Kenntnisse des Jungen über Berliner Baudenkmäler. Um die Reise durchführen zu können, hatte der Junge 100 Mark, die er einkassieren durfte, nicht abgeliefert. Der Beamte brachte ihn zu Fuß durch die Hauptstraßen Berlins zum Polizeipräsidium, damit er wenigstens etwas von Berlin zu sehen bekam. Der Kleine hatte eben mal einen Abstecher machen wollen.

Ein zweiter Fall Machan?

Im städtischen Krankenhaus in der Gitschiner Straße in Berlin wurde ein wegen eines Herzfehlers eingeliefertes Mädchen einer Salvarsankur unterworfen, obwohl sie nicht syphiliskrank gewesen sein soll. Im Anschluß daran bekam sie ähnlich wie beim Bremer Fall der Lisbeth Kolomat-Machan einen starken Hautausschlag am ganzen Körper. Sie starb dann vor einigen Tagen plötzlich. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmt und läßt sie obduzieren.

Durch ein künstliches Gebiß ums Leben gekommen

Arges Mißgeschick hatte der in Lichta wohnende Schmied Oskar Schubert. Er verschluckte beim Abendessen sein etwas defektes künstliches Gebiß. Der herbeigerufene Arzt vermochte es aus der Speiseröhre nicht zu entfernen. Die Ueberführung des Mannes nach Jena erfolgte noch am gleichen Abend, doch war es in der Universitätsklinik auch nur möglich, das Gebiß nach dem Magen durchzustoßen, um es dann durch operativen Eingriff wieder zu entfernen. Der Mann ist jedoch nach der Operation gestorben.

Bisamrattenjagd

In der Hauptversammlung des Thüringer Landesfischereivereins wurde u. a. mitgeteilt, daß dem Verein durch das Ministerium die Befämpfung der Bisamratte übertragen und drei Bisamrattenjäger angestellt worden seien. In einzelnen Fällen seien die Flußläufe durch die Ratten völlig ausgerottet worden. 1925 wurden 2100 und 1926 4200 Bisamratten erlegt. Die staatliche Fangprämie beträgt eine Mark, der Fellwert drei bis fünf Mark.

Arbeiter-Sport

Mitteilungen des Hauptspielausschusses

Montag, den 21. März, abends 9 Uhr, findet im „Volkspark" eine Sitzung statt. **Alles muß erscheinen. Es sind geladen:**

9 Uhr: Rich. Kersch (Ammendorf) und Schiedsrichter Lausch (Teiche), Spiel 94.
¾10 Uhr: Weichardt, Seibicke (Lostania), Schiedsrichter Brand (Wörmlitz), Spiel 12.
¾10 Uhr: Querengässer (ASC.) und Schiedsrichter Spiel 78.
10 Uhr: Schönfeld (Sportfreunde) und Max Heinicke (Sportlust), Spiel 23.
¼11 Uhr: Walter Schmidt (Reideburg) und Repert (Fichte), Spiel 96.
½11 Uhr: Walter Hähicke (Teutonia) und Pabst (Wörmlitz), Spiel 41.

Franz Ziegeld, Ohmann.

Amtliche Bekanntmachung

Schiedsrichterausschuß. Am Freitag, dem 18. März, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Hart 42/44, die fällige Schiedsrichter-Vollversammlung statt. Alle Schiedsrichter haben zu erscheinen. Unentschuldigtes Fehlen wird satzungsgemäß bestraft.

W. Nämpler, Ohmann.

Protestkommission, 2. Kreis, 6. Bezirk. Fußball

Am kommenden Montag, dem 21. März, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" eine Protestverhandlung statt, dazu haben zu erscheinen die Spielführer von Sportbrüder 1., Wörmlitz 1., der Schiedsrichter Heinicke (Sportlust) und die beiden Linienrichter.

½8 Uhr die Spielführer von ASC. 1., Fichte 1., der Schiedsrichter Dipold (Teutonia) und die beiden Linienrichter.

Kurt Krüger, Ohmann.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Amtlich. Die Mitglieder des 6. Bezirks, welche beabsichtigen, Sonntag, 20. März, nach Leipzig zu fahren zum Schlußspiel um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft zwischen Dresden und Döhlau in Süditerin fahren Sonntag normittag 10.45 Uhr auf Sonntagsfahrkarte, Preis 1,70 Mark. Nach der Ankunft Besichtigung der Bundesschule. Dem Bezirk stehen ein Teil Eintrittskarten zum Spiel zur Verfügung. Im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 70 Pf. Karten sind zu haben bei den Genossen Hartlieb, Dölau, Halische Straße, und Gurich, Halle, Lutherstraße 1, ab Freitag.

Die Bezirksleitung. I. A.: Otto Gurich.

Bezirksspielausschußsitzung am 19. März, abends 8 Uhr, im Bitterfelder „Gesellschaftshaus". Zu 9 Uhr werden geladen: Otto Schack (Wolfen), Karl Mittmeier (Holzweißig), Karl Schrekenberger (Bitterfeld). 9.20 Uhr: Anton Spätd, Spielführer Sandersdorf 1. und Niemegk 1. 9.45 Uhr: Raschat, Kleinert (Greppin), Krislat (Sandersdorf).

§ 69. Disqualifiziert vom 12. bis 28. März ist Willi Pahl, Paß Nr. 18 (Bitterfeld). Einen strengen Verweis erhalten: Willi Stoge (Roitzsch); Otto Dietze, Alfred Kische 445, Bruno Nr 262 (Sandersdorf).

§§ 31 und 67. Annaburg, Spielkrafen: 10 Mk. Punkte erhält Peterswalda Spiel Nr. 8. § 27. Wegen Nichtantretens in Roitzsch am 13. Februar hat Wittenberg an Roitzsch bis 25. März 7 Mk. zu entrichten. § 31. 10,75 Mk. Holzweißig. § 67 Abs. 2. Spiel Nr. 23 2 Mk. § 31. Nr. 10 und 31 je 10 Mk. §§ 2 und 45. Spiele Nr. 6, 11 und 18 erhält keiner die Punkte. Spiel Nr. 25, § 31. wird neu angesetzt. Spiele Nr. 7 und 21 verliert Greppin die Punkte, § 2.

Vereinsmitteilungen

SSC. Teutonia 68. Alle Sportgenossen treffen sich am Sonntag, dem 20. März, normittags ½7 Uhr, auf dem Sportplatze zur Platzerbelt. Schippen und Hacken sind mitzubringen. [146

Arbeiter-Samariter Halle. Heute, Donnerstag, Uebungsstunde. Vortrag. Alle Kursteilnehmer haben zu erscheinen. Sonntag, 20. März, Besichtigung der Anatomie. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. **Der Vorstand.** [147

Bestelle ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: _____

Name: _____

Straße: _____

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Werktätige von Delitzsch und Umgebung!

Sonnabend, den 19. März, abends ½8 Uhr, Antreten am Gasthaus „Lindenhof" zum

Massenmeeting zur Ehrung unserer März-Gefallenen.

Fackelzug zum Friedhof. Dort Kranzniederlegung an den Gräbern unserer Toten.

Rückmarsch zum Markt.

Mitwirkende: Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts". Ansprache vom Genossen **Kostin, Litauen.** Es sprechen ferner:

Vertreter der Bezirksleitung und der Zentrale der KPD.

Werktätige von Stadt und Land, heraus zur Ehrung unserer Toten und zur weiteren Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung!

KPD. (Ortsgr. Delitzsch); Gewerkschaftskartell Delitzsch; KJVD. (Ortsgr. Delitzsch); RFB. (Ortsgr. Delitzsch); Sportkartell Delitzsch; Freidenker.

Delitzsch. Kampfliederabend des Gesangvereins „Vorwärts" am 18 März im „Lindenhof". Rege Beteiligung unserer Genossen und Genossinnen wird erwartet. Eintritt 20 und 40 Pf. Keine Bedienung

Eilenburg. Oberbürgermeisterwahl. Die Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich u. a. mit der Wahl des Oberbürgermeisters. Die Wahl erfolgte durch Stimmzettel. Es wurden 28 Stimmzettel abgegeben. Davon entfielen auf Belian 17, auf unseren Genossen Georg Schumann 7, unbeschrieben waren 4. Die Sozialdemokraten stimmten für den Bürgerlichen, gegen den Kommunisten.

Eilenburg. Notstandsarbeiten. Die Ausbaggerung der Mulde in der Nähe der Eisenbahnbrücke nimmt einen günstigen Verlauf. Gewaltige Kiesmengen sind seit Jahren durch die Hochwasser angetrieben worden. Der gehobene Kies dient zur Auffüllung des Dreiecks zwischen Hindenburg-Damm und Hindenburgstraße bis zur Verlängerung der Bülowstraße. Das schöne Wetter lockt viele Zuschauer, besonders Kinder heran. Das Zunaheberangehen an die fahrenden Loren birgt Gefahren in sich. Es kann nicht oft genug davor gewarnt werden. Besonders geschrollt ist das Hin- und Herschieben der leeren Loren, welche unbenützt auf dem toten Gleis stehen. Die Eltern sollten die Kinder täglich auf die Gefahren hinweisen.

Torgau. Wegen Kindestötung verurteilt. Das hiesige Schwurgericht verurteilte das Dienstmädchen Else Lehmann aus Wehderisch (Kr. Torgau) wegen Kindestötung und versuchter Abtreibung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren einem Monat Gefängnis. Die Angeklagte zeigte Reue und legte ein umfassendes Geständnis ab. Daher wurden auch mildernde Umstände zugebilligt. Die Untersuchungshaft ist angerechnet worden. — Wieder der Paragraph 218.

Aus weiterer Umgebung

Bad Schmiedeberg. Achtung, RFB.-Kameraden. Die Fahrt mit dem Auto ist gesichert, alle Genossen und Kameraden treffen sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, früh um 2 Uhr, beim Genossen Kaßbau, Wittenberger Straße 11. Aber pünktlich! Einzelne können sich noch beteiligen. Die Fahrt kostet 3,50 Mark, einschließlich Versicherung.

Koburg. Ein Schüler bei der Herstellung von Sprengstoffen verunglückt. Der 13jährige Oberrealschüler Bräutigam verunglückte gestern abend bei der Herstellung von Sprengstoff. Der Junge, dem die linke Hand zerstümmelt und das rechte Auge herausgerissen wurde, mußte in bedenklichem Zustande in das hiesige Landkrankenhaus gebracht werden. Eine dunkle Angelegenheit, die der Klärung bedarf.

Magdeburg. Verzweifelter Fluchtversuch. Wegen schweren Diebstahls sollte ein kaufmännischer Angestellter in Magdeburg in seiner elterlichen Wohnung verhaftet werden. Es gelang ihm aber, sich der Verhaftung zu entziehen, indem er aus der im ersten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße sprang. Hier setzte er die Flucht fort, ohne auf den Anruf der Beamten zu achten. Darauf machte einer der Beamten von der Waffe Gebrauch. Der Schuß traf den Flüchtling in den Oberschenkel. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus übergeführt.

Köthen. Schwerer Unfall. Von einer Gruppe Rottenarbeiter wurden am Sonnabend zwei durch einen rangierenden Wagen erfaßt und zu Boden geworfen. Der eine von ihnen, namens Baumgart, erlitt dabei eine so schwere Armverletzung, daß ihm der Arm abgenommen werden mußte. Sein Arbeitskollege kam mit einigen Kopfverletzungen davon.

Verantwortlich Marianne Gundermann Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh. Halle a. S.

8 Stück zu Pfennig 60
Hühneraugen beseitigt schnell und schmerzlos
Kukirol
Kukirol-Hühneraugen-Binden
Packung mit 8 Stück Inhalt nur 60 Pfg.
Kukirol-Verkaufsstellen: Drogerie Oscar Ballin jr., Leipziger Str. 63; Barbarora-Drogerie, Merseburger Str. 104; Einhorn-Drogerie Schmeckt, 13; Germania-Drogerie, Gr. Ulrichstr. 51; Süd-Drogerie, Liebenauer Str. 18; Universal-Drogerie, Königstr. 24-25; Drogerie Alb. Schlüter, Gr. Steinstr. 69; Thomasius-Drogerie, Thomasiusstr. 49; Drogerie M. Waltsgott Nachf., Gr. Ulrichstr. 30; Parfümerie E. Kerzscher, untere Leipziger Str. 28

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Halle. Stadtteil Zentrum. Großer Informationsabend des gesamten Stadtteils am Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, bei Köppchen. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Baumgärtel.

Stadtteil Westen. Zellengruppe 1. Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Simann alter Funktionäre.

Stadtteil Osten. Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung sämtlicher Stadtteil- und Zellengruppenleitungsmitglieder im „Braustübl", Freiimfelder Straße, gegenüber der Schule

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zwintschöna. Arbeitsgebiets-Mitgliederversammlung Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, in Zwintschöna. Alle Parteigenossen und Kommunalvertreter der Ortschaften Dieskau, Bruckdorf, Canena Kleinkugel müssen erscheinen.

Canena. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Winkel. Alle müssen erscheinen

Teicha. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Kommunale Angelegenheiten stehen zur Tagesordnung. Referent Genosse Kilian.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Dürrenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 18. März, 8 Uhr, bei Menneke. Wichtige Tagesordnung. Kein Genosse darf unentschuldigt fehlen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Thema: Internationale Frauenwoche. Referent: Genossin Ida Lehmann, Halle.

Siedten. General-Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, bei Kraneis. Alle Genossen müssen erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Langendorf. Oeffentliche Landarbeiterversammlung Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Müller, Weißenfels.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Greppin. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Kriegsgefahr und Bürgerblock. Referent Genosse Schröter, Falkenstein.

Gräfenhainichen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, im „Goldenen Adler". Thema: Kriegsgefahr und Bürgerblock. Referent ist anwesend.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Mitglieder-Informationsabend Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle". Thema: Bericht vom Reichsparteitag. Ref. Gen. Simon, Delitzsch.

Radefeld-Freiroda. Oeffentliche Versammlung Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Freiroda. Bericht vom Kodewe.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner. Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.
Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends. Postscheckkonto Leipzig. Konto Nr. 14971 Fritz Brückner. Halle.
Alle Ortsgruppen werden angewiesen, die Versicherungsbeiträge, pro Kamerad 35 Pfennig, an die Gauführung sofort einzusenden.
Alle Kameraden für die Magdeburger Kameraden werden ersucht, am Sonnabend, 19. März, 10 Uhr abend, im „Volkspark" zu erscheinen. Zimmer 2 und 4.
Magdeburger Treffen. Der Fahrpreis für Sonderzug Magdeburg beträgt voraussichtlich einschließlich Plakette 4 Mk. Nähere Anweisungen über Eingabzug und Abfahrt erfolgen noch.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abt. 5, Zentrum. Heute abend haben sämtliche Kameradschaftsführer Quartiere zu melden. Quartierkommission hat zu erscheinen im Werbebureau Wögel, Unterberg.

Halle. Abt. 4, Norden. Freitag, 18 März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Volkspark".
Halle. Freitag 6 Uhr Orgleiter im Bureau Material abholen.
Halle. Alle erwerbslosen Spielleute und Kameraden treten zur Beerdigung des Kameraden Lenz am Freitag, 17. März, 1/2 2 Uhr, auf dem Rosplatz an.
Halle. Abt. 3, Westen. Heute abend 7 Uhr Antreten der gesamten Abteilung bei Thurm, Martinswinger. Alle Kameraden haben indifferente junge Arbeiter mitzubringen.
Wölberg-Wörmlitz. Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Neuhoenbach, Wörmlitz.
Werbebezirk Dölau. Donnerstag, 17. März, abends 8 Uhr, in der „Sonne" Nietleben Werbebezirksversammlung. Regelung der Fahrt nach Merseburg.

Jungfront

Halle. Abt. 2, Süden. Alle Funktionäre und die zum Sprechchor bestimmten Kameraden treffen sich heute, Donnerstag, abend 7 Uhr im Lokal Freundlieb.
Halle. Abt. 3, Westen. Heute abend 7 Uhr Antreten der gesamten Abteilung bei Thurm, Martinswinger. Indifferente junge Arbeiter sind mitzubringen.
Halle. Abt. 1 und 4. Donnerstag, 17. März, abends 8½ Uhr, im „Volkspark" gemeinschaftliche Funktionärsitzung.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, in der „Weißen Taube" Mitgliederversammlung. Regelung der Fahrt nach Merseburg.

Untergau Merseburg

Dürrenberg. Freitag, 18. März, bei Menneke gemeinsame Versamml. mit der KPD. Abteilung Geiseltthal. Die Kameraden treten am Sonntag, 20. März, nach Merseburg wie folgt an:
Mücheln 7.45 Uhr Gasthof Oller. **Neumark-Braunsdorf** 8 Uhr Gasthof Schumann. **Frankleben** 8.15 Uhr Gasthof Böhme.

Untergau Mansfeld (Gestreke)

Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" Eisleben Vorständekonferenz. Alle Ortsgruppenführer haben zu erscheinen. Fahrgelder nach Merseburg sind unbedingt mitzubringen. Es erfolgt dann für jeden abgerechneten Kameraden die Aushändigung des Fahrscheines.
Eisleben. Freitag, 18. März, im „Volkshaus" Funktionärsitzung. Die Zug- und Gruppenführer haben abzurechnen und Fahrscheine in Empfang zu nehmen.
Helfta. Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, Versammlung. Alles muß erscheinen.
Eisleben. Die Ortsgruppe steht Sonntag, 20. März, morgens ½6 Uhr, auf dem Plan.
Oberröblingen. Die Kameraden, welche sich an der Fahrt nach Merseburg bei Gerlisch, treffen sich Sonntag, 20. März, früh 5 Uhr, Bahnhof Oberröblingen.
Hettstedt. Sonntag, 20. März, vormittags 4 Uhr, stehen die Kameraden, welche sich an der Merseburger Fahrt beteiligen, bei Kamerad Zehl an der Siedlung. Die Ortsgruppe muß um 4.45 Uhr morgens am Welfenhof stehen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Sonntag, 20. März, steht die Ortsgruppe 1/8 Uhr am Rosalisweg zwecks Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen.
Sonntag, 20. März, müssen die Ortsgruppen des UG. um 9 Uhr am Rosalisweg stehen.
Werbebezirk Teuchern. Sonntag, 20. März, vormittags ¾7 Uhr, am Konsum Abfahrt in der Richtung Merseburg. Pünktliches Erscheinen aller Kameraden.

Untergau Bitterfeld

Holzweißig. Freitag, 18. März, Mitgliederversammlung. Alle Kameraden, die sich an der Merseburger Fahrt beteiligen, müssen das Fahrgeld am Freitag erledigen.

Untergau Zeitz

Alle Ortsgruppen, die sich am Sonntag, dem 20. März, an der Märzfeier beteiligen, haben folgende Richtlinien:
Untergau Zeitz tritt am 20. März, früh ½6 Uhr, in Zeitz, Altmarkt, an.
Ottersleben steht früh 5 Uhr auf dem Marktplatz in Ottersleben zur Abfahrt bereit.
Droyßig, Kretzschau und Rossberg haben ½5 Uhr in Zeitz zur Stelle zu sein.
Theißen und Stößen haben sich ¼7 Uhr in Theißen am Marktplatz zu sammeln.
Naundorf hat sich ½7 Uhr am Gasthof „Erholung" zu stellen.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Eilenburg. Diskussionsabend am Donnerstag, 17. März, abends 8 Uhr, in der „Rose". Erscheinen aller ist Pflicht.
Halle. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Donnerstag, 17. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Zimmer 2. Tagesordnung: 1. „Die Wirtschaftskrise in Deutschland". Referentin Genossin Armgard Rasch. 2. Die Fahrt nach Merseburg.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr 14
Fernruf 21473

Mitteilung der Bezirksleitung. In jeder Ortsgruppe muß jetzt festgestellt werden, wieviel Genossen nach Hamburg fahren. Das Ergebnis der Feststellung ist der Bezirksleitung bis zum 25. März mitzuteilen, damit eventuell Sonderwagen bestellt werden. Angaben genau!
Alle Ortsgruppen des KJVD. beteiligen sich am Sonntag, 20. März, an der Märzfeier in Merseburg.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

An alle Mitglieder von Halle! Am Sonntag beteiligt sich die gesamte Mitgliedschaft an der Fahrt nach Merseburg. Die Genossen fahren mit dem RFB. Der Fahrpreis beträgt 1.50 Mark. Die Genossinnen melden sich beim RJVB. und haben bort 50 Pf. zu entrichten.
Halle, Gruppe Westen. Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, in der „Jugendherberge" Gruppenabend. Thema: Wir und unsere Gegner.
Halle. Gruppe Zentrum. Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, findet im Gesellenheim, Klosterstraße, unser Gruppenabend statt. Thema: Proletariat vor Gericht. Ref. Genosse Grabow. Jedes Mitglied muß anwesend sein.
Halle. Gruppe Süd. Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Gruppenabend. Thema: März-Kämpfe. Ref. Genosse Kikel.
Halle. Sonnabend, 7 Uhr, im Bureau UBK.-Sitzung. Alles erscheinen.
Nahnitz. Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, Diskussionsabend. Funktionäre eine halbe Stunde früher.
Schkeuditz. Am Sonntag Beteiligung am Märztreffen in Merseburg.
Modelwitz. Am Sonntag Beteiligung am Märztreffen in Merseburg.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Am Sonnabend, 19. März, treffen wir uns abends 10 Uhr in der „Stadt Leipzig".

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr politischer Informationsabend.

Unterbezirk Weißenfels

Zeitz. Freitag, 18. März, Beteiligung an der Märzfeier der Roten Hilfe im „Schützenhaus".
Weißenfels. Heute, Donnerstag, Teilnahme an der öffentlichen Einwohnerversammlung im „Volkshaus".
Weißenfels. Freitag, 18. März, abends 7 Uhr, im Jugendheim Theaterprobe. Um 8 Uhr Kursus.
Weißenfels. Sonnabend, 19. März, abends 6 Uhr, Antreten am Neumarkt.
Weißenfels. Sonntag früh 8 Uhr treten die Jugendgenossen restlos zur Märzgedenkfeier in Merseburg an.
Zeitz. Sonntag, 20. März, Teilnahme an der Märzgefallenenfeier in Merseburg.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Werbt neue Mitglieder als Erlaß für die aus Ostern verlassenen Genossen.
Halle. Freitag, nachm. 6 Uhr, in der Produktiv. Unterhaltungsabend.
Halle. Sonnabend, nachm. 5 Uhr, in der Produktiv. Funktionärsitzung.

74]

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

Fühlt dies alles das Mädchen am Schiffsgeländer?

Sergeij fühlte das alles und sah das Mädchen mit einem fragenden Blick an. Wo hat er dieses Mädchen früher gesehen? — Nirgends — oder hatte er sie vielleicht im Traum gesehen?

Sie sah ihn kurz aber aufmerksam an. Eine unruhige Frage bewegte sich wie ein volles Gefäß in der Tiefe ihrer Augen. War es wirklich oder schien es Sergeij nur so — er bemerkte ein Lächeln.

Ohne ihn anzusehen, sagte sie und es schien, als ob sie nicht zu ihm, sondern zu sich selber sprach:

— Ja, ja, ich habe gewartet . . . wie alle . . . ich bin hergefahren und habe gewartet . . . und nun, jetzt, jetzt . . . habe ich dies alles erlebt . . . wie gut Ihr es versteht, zu quälen! . . . zu quälen und durch Freude zu erschüttern . . . Ja, eben beides gleichzeitig . . . in einer Bewegung, mit einem Schlage . . . Ihr Kommunisten seid schreckliche Menschen . . . Kommt Ihr aus einem Alpdruck — oder haben wir nur im Traum gelebt?

Sergeij näherte sich ihr um einen Schritt, strich mit der Hand über die Barriere.

— Warum — ein Alpdruck? Das ist viel einfacher und tiefer. Wir sind Menschen der erbarmungslosen Tat und unsere Gedanken und Gefühle — sind eben das, was man Notwendigkeit nennt und unwiderlegbare Wahrheit der Geschichte . . . Wir sind zu einfache und aufrichtige Menschen — sonst nichts. Und nur dafür haßt Ihr uns.

Das Mädchen sah ihn mit erschrockenen Augen an, und das volle Gefäß in der Tiefe ihrer Augen bewegte sich wieder.

— O nein . . . Hier ist ein schreckliches Tier und die Erhabenheit des Schaffens in einem vereint . . . Warum? . . . Es gibt so viel Helden der Idee unter Euch, aber auch so viel Bösewichte und Menschenfresser . . .

— Vielleicht ist es so, aber wir werden die Jahrhunderte überdauern. Unsere Grausamkeiten wird man vergessen und sich unserer nur als Schöpfer und Helden erinnern und an uns denken. Unsterblichkeit — ist Qual und Blut.

Sie schwiegen. Das Mädchen sah auf die Wellen. Dann sagte sie leise:

— Ich habe zu viel gelitten . . . Sie wissen das. . . . Ich habe gelernt zu verzeihen — bis zum Allesverstehen . . .

— Auch wir verzeihen. Ihr habt das an Euch selber erfahren. Wir sind im Verzeihen ebenso schonungslos wie im Kampfe.

Verwirrung, Angst, Begeisterung regten sich in der Tiefe ihrer Augen. Sie streckte Sergeij ihre Hand entgegen, die Hand war klein und zitterte.

— Helfen Sie mir Euch verstehen und euch lieben. Werden Sie mir erlauben, Ihnen zu schreiben? Werden Sie es mir erlauben?

Sergeij rückte kalt und fremd von ihr ab.

— Ich kann Ihnen mit nichts helfen: helfen kann nur zähe Arbeit, man muß sich auf neue Ströme umschalten und erreichen, daß man sich der Welt gegenüber in ein neues Verhältnis stellt. — Sie werden an Land gehen und werden vielleicht zu neuem Leben geboren werden . . .

Sie preßte sich, durch seine Worte zermalmt, fest an die Barriere.

— Ach, zum zweiten Male geboren werden ist ebenso schrecklich, wie sterben.

Er antwortete nichts und ging der Menge entgegen.

V

Seiner Majestät Schiff in Gefangenschaft

Polja ging glühend vor Begeisterung an der Spitze der Menge. Hinter ihr, schreiend und stampfend, ein Haufe Matrosen und hinter den Matrosen eine Menge von Kosaken und Soldaten.

Dampf und betäubender Schweißgeruch. Es ist schwül. Das Deck glüht vor Hitze und Dunst, es könnte jeden Augenblick in Flammen und Rauch aufgehen von der Glut der Sonne. Wirbel und Lärm. Schiddtij und Gljeb fliegen über die Menge in die Höhe und fallen auf dichte Bündel ausgestreckter Arme. Und im Hinauffliegen ertönt gleichzeitig mit einem Dröhnen im Schiffsraum ein Schreien:

— Huuurrraa . . . rrraa . . .

Der betreßte Engländer bellte Tschibis an. Seine Pfeife hüpfte in seiner Hand und schien zu bersten. Tschibis stand im Metallglanze des Leders und sah ihn durch das Netz, das sein Gesicht bedeckte, kalt und ruhig an. Dann riß er seine Ledermütze vom Kopf und schwenkte sie vor dem Kapitän, stand dabei aber regungslos, nur seine Lippen bewegten sich.

Der Kapitän zuckte zusammen und erstarrte wie eine Leiche.

Die Bolschewiken sind Herren des Schiffes Seiner Majestät. Diese Herde von Läusen und vom Hunger zerfressener Vagabunden ist eine drohende Gewalt, die jeden Augenblick sein Schiff in die Luft sprengen und seinen Willen und seine eiserne Disziplin verschlingen kann. Er ist — Gefangener — ein flüchtiles Stäubchen in diesem glühenden, tollen Wirbel.

Polja sprang auf eine Kiste. Riß das rote Tuch vom Kopf und das Haar flatterte, wie Gold schimmernd, im Winde. Sie schwenkte ihre Arme wie Flügel und ihr Gesicht war wie das Gesicht einer Besessenen.

— Es lebe die proletarische Weltrevolution . . . Nieder mit dem bourgeoisen England!

— . . . rrraa! . . .

Der junge Offizier schrie aus vollem Halse und klatschte mit den Händen.

Der Kapitän zitterte wie im Schüttelfrost und zog schnarchend Luft durch die erloschene Pfeife.

Tschibis schwenkte die Mütze und ging bis zur Barriere.

— Genossen, . . . zur Schiffstreppe . . .

Und die Menge wurde plötzlich still, niedergeschlagen, welkte plötzlich in einer unruhigen Frage. Nur der rote Lappen mit den dunklen Blutflecken loderte über den Köpfen.

Das Mädchen sah Sergeij durch Tränen lächelnd an.

Gljeb winkte den Matrosen und der Menge mit seinem Helm und Polja winkte mit ihrem roten Tuch.

Im Bauche des Schiffes dröhnte und klirrte das Eisen und das Deck glühte vor Hitze.

Schaum

I.

Schwerer Uebergang

Gljeb erreichte, daß in die Tagesordnung der Wirtschaftskonferenz ein Bericht über die Notwendigkeit der teilweisen Inbetriebsetzung des Werkes eingefügt wurde. Die Magazine sind leer. Es gibt Faßdauben für hunderttausend Fässer. Man könnte sofort die Zementmühle in Bewegung setzen und das Brennen des Zements in einem der Oefen beginnen. Der fertige Stein lag in Massen, in Tausenden von Quadern in den Steinbrüchen. Man mußte nur die zweite Leitung des Bremsberges in Bewegung bringen. Soll nur die erste auch weiterhin für die Holzzustellung dienen.

Den Bericht erstattete Gljeb selber in Ingenieur Kleists Anwesenheit, als Experten. Strumm erwiderte kalt und düster: sprach wieder vom festen Produktionsplan, vom festzusammengefügten Apparat, vom Industriebureau und von der Zentrale. Badjin saß in seiner gewöhnlichen Pose, stemmte sich mit dem schwarzen Leder gegen den Tisch, schwieg und sah stirnrunzelnd Gljeb, Schramm und Ingenieur Kleist an, und man konnte nicht verstehen, welches seine Meinung in dieser Frage war: war er auf der Seite Gljebs oder Schramms? Schiddtij und Luchawa sprachen kurz und entschlossen für die Annahme des Berichtes und schlugen eine Resolution vor: ohne viel zu reden an die vorbereitenden Arbeiten für die Inbetriebsetzung des Werkes zu gehen.

Badjin lehnte sich zurück und lächelte zum ersten Male Gljeb mit einem freundschaftlichen Blick an.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Donnerstag, 17. März 1927** | **7. Jahrgang * Nr. 64**

Keine faulen Kompromisse!

Der hallische Metall-Schiedsspruch unannehmbar

Der hallische Metall-Schiedsspruch trennt die Arbeitszeit-Vereinbarungen vom Manteltarif. Erstere sollen erstmalig zum 31. Oktober 1927 kündbar sein, letzterer — derselbe wie bisher — zum 31. März 1928. Am 23. März, also am Mittwoch nächster Woche, läuft die Erklärungsfrist beider Parteien ab.

Es ist anzunehmen, daß die Reformisten den Spruch ohne weiteres anzunehmen bereit sind, da er „grundsätzlich" die 48-Stunden-Woche vorsieht.

Wir haben bereits gestern schon einmal darauf hingewiesen, wie durch die Klausel, „im Benehmen mit der Betriebsvertretung" **tatsächlich die 52-Stunden-Woche durch** den Spruch festgesetzt wird, da „im Benehmen" nur als „Mitteilung" an den Betriebsrat ausgelegt wird. Nicht umsonst heißt es nur in dem nachfolgenden Absatz (3), daß eine Verlängerung über 52 Stunden nur mit „Zustimmung" der Betriebsvertretung erfolgen könne.

Eine besondere Klausel enthält Absatz 3 auch insofern, als die 52-Stunden-Woche tunlichst mit Sonnabendfrühschluß festgesetzt werden soll, „wenn der gleiche technische und wirtschaftliche Nutzeffekt nicht durch Mehreinstellung von Arbeitern erreicht werden kann" Für die ersten drei Ueberstunden gibt es dann 10 Prozent Zuschlag und für die vierte Stunde 15 Prozent.

Dieser Passus erfordert eine große Aufmerksamkeit und Aktivität der Betriebsräte, da die Unternehmer ihnen stets „bewiesen" werden, daß Neueinstellungen nicht möglich seien, während sie im Interesse ihrer werktätigen und erwerbslosen Kollegen das Gegenteil zu beweisen haben. Wenn die 48-Stunden-Woche tatsächlich durch den Schiedsspruch wieder eingeführt werden sollte, warum denn überhaupt die Absätze 2 und 3?

Die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft kann diesem Schiedsspruch nicht die Zustimmung geben. Das muß den DMV.-Instanzen aus allen Betrieben und in allen Verbandsveranstaltungen deutlich gesagt werden.

Steigende Bewegung auch bei den Werftarbeitern

Stettin, 17. März.

Die Stettiner Werftarbeiter nahmen in den einzelnen Branchen zur Lohnbewegung Stellung. Nach scharfer Kritik der Taktik des DMV. wurde die **Forderung eines Stundenlohnes von 1 Mk.**, 95 und 85 Pf. erhoben und zugleich die Verbindung des **Lohnkampfes mit dem Kampf um den Achtstundentag** verlangt.

*

(WTB.) **Köln**, 16. März.

In der Lohnfrage in der **Metallindustrie des oberen Kreises Solingen** ist es zu einer Einigung gekommen. Der Arbeitgeberverband hat nach der Streichung einer Bestimmung des jüngsten Schiedsspruchs, wonach den in Kündigung stehenden Arbeitern einzelner Firmen **eine besondere Lohnerhöhung** zuteil werden soll, seinen Einspruch gegen diesen Schiedsspruch zurückgezogen. Die Arbeiter erhalten eine **Lohnerhöhung von 8 bis 12 Prozent auf den Stundenlohn, während alle Akkordlöhne um 5 Prozent erhöht werden.** In der Arbeitszeitfrage hat jetzt der Schlichter die Entscheidung zu treffen. *

Die Saar-Bergarbeiter für Streik

(Eig. Meld.) **Saarbrücken**, 17. März.

Die am 12. März stattgefundene Revierkonferenz des BVB. beschloß, über den Lohnabbau in keinerlei Form mehr verhandeln zu lassen, sondern **auf das sämmerliche Verhandlungsergebnis mit dem Streik zu antworten.** Weil der Lohnabbau ein allgemeiner ist, verlangte die Revierkonferenz von ihrer Verbandsleitung, daß sofort die nötigen Schritte zur Einberufung eines [illegible] aargebiet unter Zu- [illegible], lothringischer und [illegible]rden.

[illegible] **Streikmeldungen** [illegible] **dustrien** zeigen deut- [illegible] die tägliche Provo- [illegible]egierung im Steigen [illegible]ewegung der Berg- [illegible]ndenschicht; ein Teil [illegible]n Arbeiterschaft der [illegible] Kampf.

[illegible]s schauen jetzt ins- [illegible]bei denen Verhand- [illegible]ie **unter keinen Um-** [illegible] **Forderungen zurück-** [illegible]eit die Bergarbeiter [illegible]rüsten.

[illegible]eige machen unge- [illegible] Rationalisierung, in- [illegible] Neueinstellun- [illegible]nutzen. **Zwingt die** [illegible] **die Kartelle des** [illegible]**ung. Jeder Betrieb**

Das ist die deu[illegible]k!

25 000 Mark für Jürgens —

Berlin, 16. März.

Wie die BS.-Korrespondenz mitteilt, finden im Justizministerium bereits Beratungen darüber statt, wie man Jürgens weiter beschäftigen wird. Die Beratungen stehen kurz vor dem Abschluß. Man will Jürgens als Kammervorsitzenden weiterverwenden und ihm einen gutbezahlten und sehr angenehmen Posten im Rang eines Landgerichtsdirektors in der Justizverwaltung übergeben. Dadurch fällt Jürgens die Treppe heraus. Heute soll Jürgens höchst persönlich im Justizministerium empfangen werden. Weiter teilt dieselbe Korrespondenz mit, daß Jürgens eine Entschädigungssumme von 25 000 Mark wegen der verbüßten Untersuchungshaft erhalten soll.

Zur gleichen Zeit werden interessante Tatsachen bekannt über die Abfindung Wilhelm des Ausgerissenen. Die preußische Regierung mit Severing und Braun an der Spitze hat dem ehemaligen Kaiser für das Schloß Urville in Lothringen 1½ Millionen Goldmark Entschädigung angeboten und ausgezahlt. Dieses Schloß kam vorgestern auf der Bürgermeisterei von Remilly in der Nähe von Metz zur öffentlichen Versteigerung, da es vom französischen Staat beschlagnahmt worden ist. Das Schloß mitsamt Park und Inhalt ging für 375 000 Franken, das sind rund 75 000 Goldmark, in den Besitz eines Pariser Großindustriellen über. Damit ist der Beweis geliefert, daß man Wilhelms angebliches Eigentum um mehr als das 20fache überzahlt hat aus den Steuergroschen der Werktätigen.

Etwas anders in Sowjet-Rußland . . .

London, 16. März.

Die Kaufleute Englands und des Kontinents befunden ein lebhaftes Interesse für die von der Sowjetregierung veranstaltete Verauktionierung der russischen Kronjuwelen bei Christie in London. Ein Hochzeitsdiadem wurde von einem Pariser Kaufmann für 6100 Pfund Sterling erstanden.

52 ungarische Genossen vor dem Standgericht

Protestiert gegen die Henkersjustiz!

(Eig. Drahtm.) **Budapest**, 17. März.

Laut Beschluß der Budapester Staatsanwaltschaft werden Szanto und 52 Genossen vor das Standgericht gestellt. Die Verhandlung findet innerhalb zehn Tagen statt. Der Beschluß der Budapester Staatsanwaltschaft wurde auf Antrag des berüchtigten Blutrichters Miskolczy gefaßt. Miskolczy wurde vor kurzem zum Senatspräsidenten der Königl. Tafel ernannt, doch hat man die Vorbereitung dieses Prozesses noch seinen zuverlässigen Händen anvertraut.

50 Kilometer vor Nanking

Schanghai, 16. März.

Nach eben eingetroffenen Nachrichten sind Kämpfe zwischen Wuhu und Nanking, etwa 50 Kilometer von der letzten Stadt, im Gange. Die Drahtverbindung ist zwischen Nanking und Taipingfu unterbrochen.

Weiße Truppen abgeschnitten

London, 16. März.

Amtliche englische Mitteilungen besagen, daß die weißen Truppen bei Schanghai abgeschnitten sind, weil die Kanton-Truppen Pengpu eingenommen haben. Damit ist die Eisenbahn zwischen Schanghai und Nanking besetzt.

Aufbauarbeit der Kuomintang

Hankau, 15. März.

Die zurzeit tagende Session des Exekutivkomitees der Kuomintang beschloß, neue Ministerien für Arbeit, Aufklärung, Landwirtschaft, Industrie und Gesundheitsschutz zu schaffen.

800 000 Metallarbeiter für den Kampf um den Achtstundentag

Wir entnehmen den folgenden Artikel, der noch vor dem Schiedsspruch für Mitteldeutschland geschrieben wurde, der Berliner „Roten Fahne".

In der Metallindustrie, dem größten und wichtigsten Industriezweig Deutschlands, laufen zum 1. April eine große Anzahl bezirklicher Arbeitszeit- und Lohntarife ab. In Kündigung stehen die Metalltarife in den Bezirken Groß-Berlin (VMMV.-Rahmenvertrag, Ablauftermin 6. April), Freistaat Sachsen (mit Ausnahme des Bezirks Leipzig), Halle-Merseburg-Magdeburg-Anhalt, Großthüringen, Frankfurt-Hessen, Württemberg-Baden sowie der Werftarbeiter-Lohntarif für die ganze Wasserkante. Diese am 1. April fälligen Tarife umfassen eine Arbeiterschaft von rund 800 000 Personen. Dazu kommt am 1. April noch der Tarifablauf von zahlreichen Orts- und Branchentarifen des Metallgewerbes in fast allen Bezirken des Reiches. Im Saargebiet versuchen die Unternehmer den Achtstundentag durch eine Aussperrung von 50 000 Metallarbeitern zu beseitigen.

Die bisherigen Tarife aller obengenannten Bezirke sehen Arbeitszeiten von mehr als 48 Stunden vor. Da gegenwärtig der Kampf um die Zurückeroberung des Achtstundentages im Mittelpunkt steht, da selbst die SPD. und der ADGB. seit Monaten den Kampf um den Achtstundentag im Munde führen, so bietet die jetzige Tarifbewegung von 800 000 Metallarbeitern die beste Gelegenheit, eine wuchtige und umfassende Mobilisation für einen systematischen und erfolgreichen Kampf vorzubereiten. Die Aussicht auf einen Erfolg ist um so größer, als zurzeit allgemein ein Ansteigen der Konjunktur in wichtigen Zweigen der Metallindustrie, Werften, Stahl- und Eisenerzeugung, Elektroindustrie u. a., sogar eine Hochkonjunktur zu verzeichnen ist.

Welche Politik und Taktik schlägt angesichts dieser Sachlage die Führung des DMV. ein?

An der Tätigkeit der Verbandsinstanzen kann man nicht feststellen, daß fast die Hälfte aller Metalltarife in Kündigung steht. Im Verbandsorgan, der „Metallarbeiterzeitung", ist von der umfangreichen Tarifbewegung so gut wie nichts zu lesen und zu merken. Die bezirklichen und örtlichen Verbandsinstanzen sind genau so passiv wie die Verbandsspitze. Ihre ganze Taktik beschränkt sich darauf, Verhandlungen vor den Schlichtungsbehörden einzuleiten und zu führen. Dagegen wird nicht das geringste unternommen, um eine Stellungnahme der Mitglieder zu den Tariffragen und Forderungen, geschweige denn eine Massenmobilisation herbeizuführen. Umgekehrt. Die Bureaukratie tut alles, um jede Aktivität, jede Bewegung in der Mitgliedschaft oder gesamten Metallarbeiterschaft zu verhindern.

In Branchen-, Stadtbezirks-, ja selbst Generalversammlungen wird die Besprechung von Tariffragen systematisch, weil angeblich „nicht zuständig", unterdrückt. Es werden statt dessen langweilige Vorträge oder Hetzreden gegen die Kommunisten gehalten. Teilweise wird selbst Betriebsversammlungen verboten, über die schwebenden Lohn- und Arbeitszeitforderungen zu sprechen oder Beschlüsse zu fassen. Da, wo dies nicht verhindert werden kann, sabotiert oder mißachtet die reformistische Bureaukratie derartige Beschlüsse konsequent.

In Berlin, wo der Tarif für etwa 180 000 Metallarbeiter gekündigt ist, hat die sozialdemokratische Ortsverwaltung von sich aus noch keine einzige Mitglieder-, Branchen- oder Betriebsversammlung einberufen, um zur Tarifbewegung oder gar zum wirklichen Kampf um den Achtstundentag Stellung zu nehmen. Nichts, aber auch gar nichts, wird von ihr getan, um eine Massenbewegung zu entfachen und Mitgliederwerbung durchzuführen. Hier wird in allen General- und Branchenversammlungen die Behandlung der Lohn- und Arbeitszeitfragen von den sozialdemokratischen Führern abgewürgt.

Damit ist bewiesen, daß die reformistischen Führer bewußt und absichtlich jede Massenbewegung zu verhindern versuchen, jede Aktivität und Kampfstimmung der Mitgliedschaft und daher jeden Kampf im voraus unterdrücken und erdrosseln wollen. Werden dann von den Schlichtungsinstanzen, die unter diesen Umständen unter keinerlei Massendruck stehen, die miserablen Schiedssprüche gefällt, dann werden sie von der Bureaukratie zur Annahme empfohlen, weil „wegen Passivität der Arbeiter" kein anderer Ausweg, kein Kampf möglich sei. Tatsächlich ist dann nach einer solchen

Wir alle marschieren

Sonntag zu den Gräbern der Märzgefallenen

Wir demonstrieren

gegen Bürgerblock, Trustkapital und Imperialismus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270317-11/fragment/page=0013